

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Polizeizeit zu Braunschweig.

Der Braunschweiger Polizei grant offenbar vor ihren Lorbeeren. Und so sucht sie nach Rechtfertigungsgründen für ihre blutige, empörende Arbeit. Das Wolffsche Bureau muß Depeschen verbreiten, die von gefährlichen Angriffen der Demonstranten auf die Polizei melden. Indes fehlt offenbar innerhalb der Polizei die richtige Verständigung und so gehen einander widersprechende Darstellungen in die Welt. Die erste Depesche des Wolffschen Bureaus behauptet, daß an einer Stelle mehrere Schüsse abgegeben wurden — eine spätere weiß nur noch von einem Schuß zu berichten. Zum Ersatz weiß aber die zweite Depesche zu melden, daß die Polizei, als sie die Menge zum Auseinandergehen aufforderte, mit Eisstücken beworfen wurde und daß die Menge immer provozierender vorgegangen sei. Und danach, also provoziert und um die polizeiliche Autorität zu wahren und sich der eigenen Haut zu wehren, hat die Polizei zum Säbel gegriffen. Da aber die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trägt und noch viel weniger zieht, haben die Polizisten nun allerdings unbarmherzig dreingehauen. Die amtlichen Darstellungen geben zu, daß ein Mann einen schweren Säbelhieb über den Kopf erhielt und vermutlich eine Gehirnerschütterung erlitt. Er soll einen zu Boden gestürzten Polizeibeamten am Boden festgehalten und gewürgt haben. In der ersten Depesche werden 15 Verletzte angegeben, von denen zwei wegen schwerer Kopfwunden ins Krankenhaus gebracht werden mußten. In dieser wird auch von einem Oberwachmeister gemeldet, der in der Nähe des Hoftheaters zu Boden geworfen und durch Fußtritte schwer verletzt wurde. — In der zweiten Depesche wird dagegen berichtet, daß besagter Polizeiwachmeister nicht schwer verletzt worden ist.

Die Polizei mußte also den Säbel ziehen, mußte scharf einhauen, das ist der Trumpf der amtlichen Darstellungen. Warum aber mußte sie? Was war denn bedroht, was für die öffentliche Sicherheit Braunschweigs zu befürchten? Nichts und abermals nichts! Das beweisen die zahlreichen Wahlrechtsdemonstrationen, die auf deutschem Boden stattgefunden und allemal würdig und ohne jede Ausschreitung verlaufen sind, sobald die Polizei sich ruhig verhielt! Braunschweig selbst ist dafür Zeuge. Mehrmals schon ist es der Braunschweiger Arbeiterschaft gelungen, die Polizei zu überlisten und ihre Demonstrationen gegen das schändliche Landtagswahlrecht ohne die Polizei zu machen. Und niemals ist dabei ein zwei- oder dreibeiniger Einwohner Braunschweigs noch irgend ein Stück öffentliches oder privates Eigentum zu Schaden gekommen. Vielleicht haben sich Regent und Regierung des Landes geärgert, vielleicht auch einige der „besseren“ Einwohner der Stadt, daß die Proletarier es wagten, sich ihnen als bewußte, fordernde Masse zu zeigen, vielleicht haben belagerte Herrschaften mißfällig den Massentritt der Arbeiterbataillone, den Gesang der Arbeitermarschälle, den Donner der Hochrufe aufs freie Wahlrecht vernommen, vielleicht ist ihnen nicht wohl gewesen bei dem Empfinden, daß die Masse des Volkes gegen sie und ihre künstlich gestützte Herrschaft ist. Aber Schaden an ihrer Gesundheit haben die Privilegierten deshalb nicht genommen und was ihnen an Unbehagen durch die sozialdemokratischen Demonstrationen verursacht wurde, das wird mehr als hundertmal aufgewogen durch die bittere Kränkung, die für die Arbeiter das Landtagswahlrecht bedeutet. Und wenn die wahlberechtigtesten Arbeiter oft genug den Anblick sogenannter patriotischer und höfischer Demonstrationen ertragen müssen, weshalb sollten die Herrschenden, im Besitz der Macht und der Vorrechte, nicht die Demonstrationen der Proletarier ertragen können!

Die Polizei von Braunschweig hat ein geradezu klassisches Beweisstück dafür geliefert, wie Polizeischlägen, wie „Strahentravalle“ und „Wahlrechtstravalle“ gemacht werden. Friedlich sind alle die Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig verlaufen, wo sie zu spät kam, die „Sicherheit“ zu retten — Blut ist geflossen, da sie zur „Sicherheitswahrung“ einmal unglücklicherweise zurecht gekommen ist. Diesmal haben sie nämlich ihre Spindel rechtzeitig bedient. Stolz teilt die amtliche Darstellung mit: „Die Polizei war über die beabsichtigten Demonstrationen unterrichtet und hatte so rechtzeitig entsprechende Maßnahmen treffen können.“

Sehr entsprechende Maßnahmen, allerdings. Hätte die Wohlthätigkeit nicht die „wertvollen Elemente“, die „Nichtgentlemen“ gefunden, oder wären diese Gefellen nicht so gut unterrichtet gewesen, so gäbe es heute eine Anzahl gespaltener Säbel und gebrochener Arme in Braunschweig weniger, so hätten die Polizeisäbel kein Bürgerblut zu trinken bekommen. Aber freilich, dann hätte die Braunschweiger Polizei wieder einmal zusehen müssen, wie die Braunschweiger Proletarier die Straßen Braunschweigs benutzten, um zu zeigen, daß sie ein gerechtes Wahlrecht, daß sie Gleichheit der Staatsbürgerrechte fordern. Und das wäre natürlich viel schrecklicher gewesen als alle zerfallenen Köpfe und alle gebrochenen Knochen, und aller heiße Ingrimm, der jetzt in Braunschweig und weit über sein Reich hinaus, im ganzen Reich in der Brust der Arbeiter und aller derer, die noch mit ihnen fühlen können, brennend aufgestiegen ist.

Man braucht sich nur den würdigen Verlauf der früheren polizeilich nicht gestörten Braunschweiger Demonstrationen zu vergegenwärtigen, um zu wissen, was man von der Glaubwürdigkeit jener Meldungen zu halten hat, wonach die Polizei erst angegriffen hat, als sie durch Schüsse und Eisbägel zur Notwehr gezwungen war. Für jeden, der sehen will und der die Gepflogenheiten der preußisch-deutschen Polizei kennt, liegt der Ablauf der Geschehnisse nur zu klar zutage. Die Polizei, die längst auf die Wahlrechtsdemonstrationen erbittert, weil die schlaue Sozialdemokratie ihr bisher jedesmal ein Schnippchen geschlagen, erfährt durch ihre Spindel, daß die Arbeiter den beim Festessen verammelten Abgeordneten des Klassenlandtags den Anblick einer Wahlrechtsdemonstration bereiten wollen. Die ob dieses rechtzeitigen Wink hocherfreute Polizei trifft „die entsprechenden Maßnahmen“. Sie legt sich auf die Lauer und als die demonstrierenden Massen dicht vorm Ministerpalast angekommen sind, da stößt die Polizeimacht vor und es ertönen die bekannten dreimaligen Aufforderungen zum Auseinandergehen, die außer ein paar den Polizisten zunächst Stehenden niemand hört. Die Vornstehenden können wegen der von hinten Nachdrängenden nicht gleich zurück — der Widerstand ist gegeben, die Polizeiatade kann beginnen, die Säbel ihre blutige Arbeit verrichten. Auf die friedliche Menge faust wahllos die Plemppe, wie im Kausch hauen die Polizisten — Frauen und Kinder werden nicht gesont. Es scheint, als seien Menschen in wilde Tiere verwandelt, als hätten die schlimmsten, grausamen Instinkte des Menschen wieder Gewalt über die Hüter der Ordnung gewonnen, als wären alle Hemmungen, die Erziehung und vieltausendjährige Besittung ausgerichtet haben, hinweggeschwemmt von einer Woge der Wildheit.

Vielleicht sind die Eisstücke, die die Herren Polizisten getroffen, nicht bloße Phantasieprodukte — aber hundert gegen eins ist zu wetten, daß sie erst geflogen sind, als die Säbel schon aus der Scheide waren, als schon Blut geflossen war. Wenn die Polizei wütet, so bleibt Proletarierblut nicht kalt. Wenn ein Polizeiwachmeister das Publikum zur Notwehr zwingt, kann er dabei unter die Füße kommen. Und es ist auch nicht unmöglich, daß ein Polizist am Boden von einem Bürger festgehalten und gewürgt wird — es fragt sich nur, was zwischen beiden vorherging, ehe sie zu Boden stürzten! Die Braunschweiger Polizei hat eine friedliche Demonstration in ein Blutbad verwandelt. Nicht weil sie angegriffen wurde, nicht weil sie in Notwehr war, sondern weil sie das niederträchtige Landtagswahlrecht wahlrechtsschützen wollte! Weil sie den Schreier der Entrüstung über das Unrechtstücken wollte! Weil dem Volk, weil dem Proletariat verboten sein soll, was den Herrschenden alle Tage erlaubt ist, die Demonstration auf der Straße!

Säbelhiebe dem Proletariat, das zu fordern wagt, daß sich auf der Straße als fordernde Masse zeigt! Das ist preußisch-braunschweigische Regierungsweisheit. Wie lango wird sie noch vorhalten?

Wir sind es gewöhnt, daß die Polizei nicht glimpflich mit den Bürgern umgeht, wenn sie zur Wahlrechtsschlacht den Säbel zieht! Indes, die Braunschweiger Polizei darf sich rühmen, daß sie mehr schwere Verletzungen, mehr gespaltene Schädel und gebrochene Knochen erzielt hat — wenn sich auch der angeblich abgehauene Arm als ein „nur“ gebrochener Arm herausstellte — als jemals vorher zu verzeichnen waren! Sie darf sich rühmen, den Grimm wider Wahlrecht und Polizeiwirtschaft in noch erheblicher stärkerer Maße angestachelt zu haben, als es je eine Polizei in Preußen-Deutschland vermocht hat! Und der Wahlrechtskampf ist mit der Braunschweiger Schlacht noch nicht zu Ende!!

Ueber die Vorgänge am Mittwoch wird uns noch aus Braunschweig gemeldet:

Die Polizei ging nach einem von ihr abgefeuerten Signal sofort rüchloslos vor. Viele Menschen, die sich vor den Säbeln retten wollten, stürzten zu Boden, und auf sie hieb die Polizei ein. Dabei wurde einer Frau das Jodett am Arm durchhauen und der Arm schwer verletzt. Ein Buchdrucker erlitt einen Säbelhieb über den Arm. Ein schwangeres Mädchen wurde von einem Polizisten in den Rücken getreten und geschlagen. Ein junger Schmiedebursche von knabenhaftem Aussehen erhielt von einem Polizisten einen Stoß, daß er niederstürzte und den Arm brach. (Zurecht wurde gemeldet, daß dem Knaben der Arm abgeschlagen worden sei.) Zahlreiche Personen erhielten Säbelhiebe über den Kopf. Die in die Häuser geflüchteten Demonstranten wurden aus den Fenstern herausgehoben. Die Arbeiter haben in keiner Weise Veranlassung zu einem derartigen Vorgehen der Schulleute gegeben.

Der Arbeiter bemächtigte sich selbstverständlich eine große Erregung und in großen Jagen durchzogen sie singend und demonstrierend die Stadt. Am Hoftheater kam es um 7 Uhr zu einer zweiten Polizeiatade, bei der der Säbel wieder blutige Arbeit verrichtete. Hier wurde ein älterer invalider Arbeiter derart durch einen Säbelhieb über den Kopf verletzt, daß er mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Auf die Menschen wurde wahllos eingehauen, und die Polizisten verlangten, daß sie schnell laufen sollten, obwohl das eine Unmöglichkeit war. Die Polizei hatte zweifellos von oben her strenge Anweisung erhalten, die Waffe schonungslos arbeiten zu lassen.

Um 8 Uhr erfolgte auf dem Hagenmarkt, wieder in der Nähe des Ministeriums, ein dritter Zusammenstoß mit der Polizei. Zu Kaisers Geburtstag wird hier alljährlich ein großer Papststreich abgehalten. Die Papststreichbesucher, vermengt mit Arbeitern, besamen hier den Polizeisäbel zu kosten, wobei es einem besonders ziel- und wahllos um sich hauenden Oberwachmeister der Polizei schlecht erging. Ein von ihm mit dem Säbel geschlagener Arbeiter warf den Polizisten in der Notwehr zur Erde, und dann wurde der Säbelschwinger durch Fußtritte verletzt. — Hier schlug ferner ein baumlanger Polizist einen schon am Boden liegenden Arbeiter derart mit dem Säbel über den Kopf, daß der Verwundete schwer verletzt vom Platze gebracht werden mußte.

Kurz nach 9 Uhr ging die Polizei am Ende des Wohlweges wiederum mit der blanten Waffe vor. Ein 63jähriges Mütterchen, eine Witwe, kam von ihrer Arbeitsstätte und geriet in die Menschenmenge. Sie trug einen Säbelhieb in die Wade davon, der einem Stiefel glüht.

Kurz nach 10 Uhr abends zog ein Trupp Menschen, die vom Papststreich kamen, die Hamburger Straße entlang; sie wurden von der Polizei mit dem Säbel angegriffen und zurückgetrieben. Ein älterer Arbeiter, der mit dem Trupp gar nichts zu tun hatte, erhielt einen scharfen Säbelhieb über den Kopf. Der Arbeiter wurde mit dem Sanitätswagen fortgeschafft.

Die drei Protestversammlungen der Arbeiter, in denen Referate über das allgemeine Wahlrecht gehalten wurden, waren sämtlich überfüllt. Es wurde eine scharfe Resolution gegen das pluralistische Klassenwahlrecht und gegen die hinter verschlossenen Türen erfolgte Ungültigkeitserklärung der Wahl des einzigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Jasper angenommen.

Donnerstag mittag sollte wie alljährlich zu Wilhelm II. Geburtstag eine große Parade abgehalten werden. Sie ist — wohl infolge der Wahlrechtsdemonstrationen und aus Furcht vor diesen — abgeblasst worden. Dafür war die Schloßwache mit scharfen Patronen versehen.

## Sozialdemokratische Volksschulpolitik.

Dresden, 26. Januar.

Im sächsischen Landtage wurde am Dienstag über den Volksschuletat verhandelt, der diesmal für die sozialdemokratischen Abgeordneten von besonderer Wichtigkeit war, weil in Sachsen zurzeit ein neues Volksschulgesetz vorbereitet wird. Die bevorstehende Reform beherrschte die ganze achtstündige Verhandlung. Auch die bürgerlichen Redner, von denen besonders der Seminardirektor Dr. Sehrt und der freisinnige Dr. Dietel leidlich vernünftige Ansichten vertraten, beschäftigten sich eingehend damit. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach zuerst Genosse Lange aus Leipzig.

Ausgehend von einer Kritik der heutigen Schulzustände entwickelte er die sozialdemokratischen Forderungen. Treffend kennzeichnete er die volksfeindlichen Bestrebungen der Konservativen, wie die Unverträglichkeit des Religionsunterrichts mit dem Prinzip der Gewissensfreiheit und mit den elementarsten Anforderungen der Erziehungswissenschaften nach. Nebenbei rechnete er mit früheren Reden des Kultusministers über die „zunehmende Verrohung“ der Volksschuljugend ab und zeigte an verschiedenen eindrucksvollen Beispielen, daß die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Verstärkung der Familie durch die kapitalistische Ausbeutung nur zu viel zureichende Gründe für die stellenweise Verwahrlosung der Jugend abgeben, die übrigens von den Gegnern stark übertrieben werde.

Vergeblich bemühte sich der Kultusminister Dr. Sed., den Eindruck dieser Rede abzuschwächen. Bezeichnend war seine Erklärung, daß diese Rede ein größeres Interesse bestimmter Kreise des Volkes für die Volksschule offenbare. Sicherlich meinte der Minister damit die Sozialdemokratie. Hat er wirklich erst jetzt erfahren, daß die Sozialdemokratie ein großes Interesse an den Volksschulen nimmt? Hat er das wirklich bisher nicht gewußt, so zeigt der Fall wieder einmal, wie jämmerlich ungenügend unsere Bureaucratie über die Sozialdemokratie unterrichtet ist. Aber wenn Herr Dr. Sed. sonst über unsere Partei nicht viel weiß, er hat doch seinen Zitatensatz, den er nun öffnete, um den Nachweis zu versuchen, daß die Sozialdemokratie die „edelen Pflanzkulturen des Religionsunterrichts“ in der Jugend zerschüttere wolle und deshalb mit verantwortlich sei für die Zunahme der Vergehen Jugendlicher. Als Beweismittel mußte Herweghs Gedicht: „Get und arbeit, ruf die Welt“ und das „Lied von der deutschen Treue“ im „Arbeiterturner-Liederbuch“ herhalten.

Genosse Ribbe zergaule diese lächerliche Anklage gebührend, ergänzte durch reichhaltiges Material die Kritik des Genossen Lange. In seinen pointierten Ausführungen wies er nach, die erste und wesentlichste Voraussetzung einer gedeihlichen Volksschulreform seien den Gemeinden Staatszuschüsse nach der Leistungsfähigkeit zu gewähren. Heute seien die ärmeren Schulgemeinden bis zum Zusammenbrechen belastet. Wollte man es bei dem jetzigen Zustande belassen, so würden alle Verbesserungen im Volksschulgesetz auf dem Papier stehen bleiben. Er unterbreitete der Kammer sodann einen Vorschlag für Neuregelung der Schulkosten. Danach soll jede Gemeinde ihre Schulkosten soweit selbst tragen als sie 25 Proz. des Gesamtstaats Einkommenertrages des betreffenden Ortes ausmachen, die darüber hinausgehenden Volksschulkosten soll der Staat tragen. Dadurch würde die jetzige ungleiche Belastung der Gemeinden durch die Volksschulkosten, die so weit gehen, daß reiche Gemeinden nur 10 und 15 Proz. ihres Staatseinkommensteuerertrages für die Schule aufwenden müssen, andere bis zu 300 Proz., beseitigt und eine Gleichheit der Belastung nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinden herbeigeführt werden. Um abzu dem Staate jeden Anlaß zu nehmen, die Gemeinden aus finanziellen Gründen zu bevormunden und schließlich den Fortschritt im Schulwesen zu

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 20 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

berhindern, sollte der Staat die Schulden nur so weit übernehmen, als ein durchschnittlicher Betrag von Schulden für den Kopf eines Schülers — etwa 60 bis 70 M. — nicht überschritten wird. Der maßgebende durchschnittliche Betrag sollte durch eine statistische Erhebung über die Volksschulden ermittelt werden. Die Staatszuschüsse würden sich dann allerdings mehr als verdoppeln, doch es handle sich für die Staatsbürger nur um eine Veränderung im Aufbringen der Kosten, aber nicht um eine Erhöhung. Es müßte dann vom Staate erhoben werden, was die Gemeinden jetzt auf ungerechte Weise in Form von Schulumlagen und Schulgeld einziehen. Nach einer Begründung der sozialdemokratischen Forderungen: Einheitschule, Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, Vermittlungsfreiheit und Beseitigung des Religionsunterrichts, rechnete der Redner mit dem konservativen Abgeordneten Dr. Spieß ab, der behauptet hatte, die Sozialdemokratie sei schuld an der steigenden Kriminalität in Sachsen. Genosse Rysche wies nach, daß im sozialdemokratischen Sachsen weit weniger Verbrechen vorgekommen seien als in dem frommen Posen und Ostpreußen.

Die folgenden Redner, Kultusminister Dr. Wed und Abg. Dr. Hähnel, beschäftigten sich fast ausschließlich mit den Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers, auf die sie zum Teil sachlich eingingen, ohne eine direkt ablehnende Haltung zu den Vorschlägen über die Neuordnung der Schulkosten einzunehmen.

Ein Schlußantrag machte der interessanten Debatte, der die Sozialdemokratie das Gepräge gegeben hatte, ein Ende.

## Der Großblock in Bayern.

München, 26. Januar.

Die Meldung vom Bündnis des Zentrums mit dem Bund der Landwirte bei der Landtagswahlwahl zu Landau wäre, für sich allein betrachtet, kaum des Registrierens wert, denn ob Landau durch einen Liberalen oder Bündler vertreten sein wird, ist für die bayerischen politischen Verhältnisse vollständig bedeutungslos.

Aber hinter dem Vorgang steckt viel mehr. In ihm haben wir den ersten klaren Beweis von einer seit Monaten im Werden begriffenen Neugruppierung der politischen Parteien in Bayern. Wir haben es also nicht mit einer in der Politik so häufigen lokalen Zufallserscheinung, sondern mit einem Vorgange zu tun, der nur aus der politischen Gesamtsituation in Bayern und im Reiche zu beurteilen und zu verstehen ist.

Der Zusammenschluß der Bündler und des Zentrums in Bayern ist im letzten Grunde nur die Konsequenz der durch die Finanzreform im Reiche geschaffenen politischen Lage und Parteigruppierung.

Die letzten Landtags- und Reichstagswahlen des Jahres 1907 machten Liberale und Bündler in der Pfalz noch in größter Einigkeit. Die Kompromißverhandlungen gestalteten sich zwar schwierig; aber schließlich gingen die Liberalen durch das laudenswerte Joch und akzeptierten den Bundesführer Dr. Röske für den Wahlkreis Kaiserslautern. So schien der Bund für viele Jahre besiegelt.

Da kam die Reichsfinanzreform, die Sprengung des Bündnisbundes und die Paarung des Zentrums mit den Konservativen. Diese Vorgänge auf reichspolitischen Gebiete trübten das Verhältnis der bayerischen Bundesbrüder. Die Verstimmlung trat zum erstenmal sichtbar in die Erscheinung bei der Reichstagswahlwahl in Landau-Neustadt, wo die Sonder- und Truchkandidatur der Bauernbündler den Verlust des Mandats an die Sozialdemokratie zur Folge hatte.

Die Entfremdung wuchs durch die Beratungen über die bayerische Steuerreform, weit mehr aber durch die liberale Versammlungs- und Propaganda gegen die Reichsfinanzreform, wodurch die Bündler in eine sehr gereizte Stimmung verfiel wurden. Sie befeuerte sich natürlich nicht dadurch, daß mehrmals bei den Besprechungen über die Reichsfinanzreform in der bayerischen Kammer Liberale und Bündler hart aneinandergerieten, zuletzt die Führer Dr. Casselmann und Veß. Veß empfahl ganz offen, den engeren Anschluß an das Zentrum, was Dr. Casselmann veranlaßte über Verrat und Treubruch zu klagen.

Das Streitgebiet wurde noch erweitert durch eine Bemerkung des liberalen Abgeordneten Dr. Günther über einen bayerischen Großblock zur Bekämpfung des Zentrums.

Bayerischer Großblock! Begierig nahm die liberale Presse die Idee auf und so haben wir in ihr seit vierzehn Tagen eine ausgiebige Blattdbatte. Die meisten Organe des Liberalismus treten energisch für den Blockgedanken ein, schon schon den stolzen Zentrumssturm in Trümmern liegen und die Morgenröte der Freiheit über Bayern leuchten, vielleicht auch schon in weiter Perspektive die Ministeressel mit liberalen Politikern besetzt. Ein schöner Traum!

Die sozialdemokratische Presse und Partei stehen der Blockidee nicht grundsätzlich abweisend, aber im ganzen sehr kühl gegenüber.

Zwar ist ein Hindernis, das der Verwirklichung eines Großblocks im Wege stand, durch das Abdrücken des Bauernbundes vom Liberalismus beseitigt. Mit einem Liberalismus, der bisher nichts anderes als ein Höriger des Bundes der Landwirte oder des konservativen Bauernbundes war, ist niemals ein Pakt zu schließen. Trotzdem bleibt die Blockidee eine Utopie, solange die Casselmannschen Gestalten an der Spitze des Liberalismus stehen.

Man muß da der „Augsburger Abendzeitung“ recht geben, welche ganz nüchtern den Großblockgedanken bespricht und in geradezu bewundernswürdiger Selbstkenntnis anspricht, daß der bayerische Liberalismus in seiner gegenwärtigen Verfassung überhaupt nicht bündnisfähig sei. Der bayerische Liberalismus ist zurzeit in einem solchen Verfallungsstadium begriffen, daß die Gemeinschaft zwischen Nationalliberalen, Jungliberalen, Freisinnigen und Demokraten so gut wie gelöst ist. Und ausgerechnet in dieser Zeit des möglichen Zusammenbruchs des liberalen Blocks pouffiert man die Idee eines Großblocks!

Was man begreift, das ist die Angst, die den Liberalismus angeht, das Landauer Vorgang erfährt hat. Ein Bündnis des Zentrums mit dem Bauernbund bei allgemeinen Wahlen bedeutet in Bayern den völligen Ruin des Liberalismus. Und das Bündnis, zunächst für die Reichstagswahlen des Jahres 1911, steht heute schon so gut wie fest. In dieser wirklich verzweifelt Situation klammern sich die ertrinkenden liberalen Politiker an einen Strohalm, an den Gedanken des Großblocks nach badischem Muster.

Die sozialdemokratische Partei wird abwarten und sich durch keine Jata Morgana der liberalen Presse täuschen lassen.

Zurzeit ist der Großblockgedanke für Bayern eine durchaus utopische Idee. Erst dann kann über diese Idee ernsthaft gesprochen werden, wenn der bayerische Liberalismus sich zu einer wirklich liberalen und volkstümlichen Politik entschlossen hat.

## Die Wahlen in England.

London, 27. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Es liegen nunmehr die Ergebnisse aus 621 Wahlkreisen vor; 49 sind noch ausständig. Von diesen waren im letzten Parlament 9 konservativ vertrieben. Gewählt sind 258 Konservative, die also jetzt gerade 100 Mandate mehr gewonnen haben als bei den Wahlen von 1906; 250 Liberale, 39 Mitglieder der Arbeiterpartei und 74 Freie. Von diesen gehören 7 einer unter Führung D'Oriens stehenden Gruppe an, die dem Budget vollkommen ablehnend gegenübersteht. Von Mitgliedern der Arbeiterpartei wurden gestern wiedergewählt die Genossen M. C. Harvey in Derbyshire (Nordost) und der Bergarbeiter A. Stanley in Stafford (Nordwest).

Die Situation hat sich für die Liberalen insofern etwas günstiger gestaltet, als sie momentan mit der Arbeiterpartei zusammen eine Majorität von 31 Stimmen über die Konservativen besitzen. Doch bleiben die Freie auf jeden Fall ausschlaggebend. Die konservative Presse weist deshalb mit steigendem Nachdruck darauf hin, daß den Liberalen die Lösung aller großen Probleme unmöglich sei. Höchstens könnten sie das Budget — und dieses vielleicht nur in abgeschwächter Form — erledigen, aber nicht die Oberhausfrage und nicht Home Rule. Freilich sei auch die Tarifreform zunächst zurückgestellt. Aber das könne nur einen kurzen Aufschub bedeuten.

Sicher ist, daß die Wahlen keine endgültige Entscheidung gebracht haben. Der Kampf um den Imperialismus geht weiter und wahrscheinlich wird die nächste Schlacht nicht allzu lange auf sich warten lassen.

## Die Mandchureifrage.

Auf den amerikanischen Vorschlag zur Lösung der Mandchureifrage haben bis jetzt nur Japan und Rußland eine bestimmte offizielle Antwort gegeben. Die Regierungen der europäischen Staaten haben es mit der Antwort nicht so eilig, jedoch ist es sicher, daß die Mehrzahl den Vorschlag ebenfalls ablehnen wird. Freilich aus ganz anderen Gründen als Japan und Rußland. Wenn die letzteren sich durch eine Neutralisierung der mandchurischen Eisenbahnen im vorgeschlagenen Sinne direkt in ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen bedroht sehen, so stellt diese für die europäischen Staaten keine unmittelbaren Vorteile in Aussicht. Das amerikanische Memorandum schlägt den Großmächten vor, alle in der Mandchurei bereits bestehenden wie die noch zu erbauenden Eisenbahnen auszuverkaufen und für Chinas Eigentum, aber zugleich für den Handel neutral zu erklären und unter Kontrolle der Großmächte zu stellen. Der Anteil jeder Großmacht an der Kontrolle soll ihrem Anteil an dem Kaufpreis der bestehenden und an dem Bau der neuen Eisenbahnlinien entsprechen. Der ganze Plan soll durch eine internationale Anleihe an China oder durch Gründung eines internationalen Syndikats zu Eisenbahnenzwecken in der Mandchurei finanziell gesichert werden.

Die Verwirklichung dieses Planes brächte der Eisenindustrie Amerikas, besonders den Schienenwalzwerken, große Vorteile. Die chinesische Regierung ist ja jetzt fieberhaft bestrebt, Eisenbahnen zur Abwehr der japanisch-russischen Gefahr zu bauen. Eine Linie hat China sogar selbständig erbaut (von Jinkuar nach dem Süden). Ob die weiteren Linien vom chinesischen Staate oder von einem internationalen Syndikat gebaut werden sollen, Amerika würde in jedem Falle einen neuen Absatz für seine Schienenproduktion finden, auch würde der Bau von neuen Eisenbahnen in der Mandchurei den amerikanischen Handel dort erheblich fördern können. Die wirtschaftlichen Vorteile Amerikas bei der Verwirklichung des Mandchureivorschlages liegen somit auf der Hand. Aber auch nur für Amerika. Denn die europäischen Staaten werden in der Mandchurei mit dem amerikanischen Handel nicht so leicht konkurrieren können. Deshalb auch die Zurückhaltung Englands und Deutschlands dem amerikanischen Vorschlage gegenüber.

Der Vorschlag hat aber noch eine andere Bedeutung: er ist eine politische Demonstration gegen die zwischen Japan und England geheim geführten Verhandlungen über die Mandchureifrage. Was Japan durch die zwei großen und siegreichen Kriege — gegen China und gegen Rußland — nicht erzielt hat, sucht die japanische Regierung jetzt auf scheinbar friedlichen Wegen zu erreichen. Durch den Bau von Eisenbahnen im südlichen Teile der Mandchurei und durch ein friedliches Abkommen mit Rußland über die Nordmandchurei war Japan seit dem Portsmouth Frieden bestrebt, den ganzen Handel in der Mandchurei an sich zu ziehen, da Rußland in keiner Hinsicht als Konkurrent betrachtet werden kann. Als Handelskonkurrent ist Rußland in den in Betracht kommenden Gegenden überhaupt für Japan nicht so gefährlich. Nötigenfalls könnte man Rußland auch durch einen neuen Krieg verdrängen oder zur Nachgiebigkeit zwingen. Rußland hat zwar jetzt in Ostibirien fast ein ganzes Armeekorps mehr als vor dem letzten Kriege, ist auch im Besitz der nordmandchurischen Eisenbahn, aber es hat an der chinesischen und japanischen (koreanischen) Grenze keine bedeutenden Festungen mehr, so daß im Falle eines neuen Krieges Rußland mit seinen vierhalb Armeekorps und der Eisenbahn Japan völlig machtlos gegenüberstehen würde. Aus diesen Gründen suchte auch Rußland seit dem Friedensschluß die Freundschaft Japans zu gewinnen und beide waren bereit, sich gegenseitig kleinere Dienste auf Kosten Chinas zu erweisen. Rußland protestierte nicht, als Japan von China einen Vertrag erzwang, der Japan die Eisenbahnen in der Südmandchurei zusichert und ihm neben großen Handelsvorteilen das Recht auf alle metallischen Schätze in den japanisch-chinesischen Grenzgebieten gewährt. Japan protestierte nicht, als Rußland den Anspruch auf Jurisdiction in der ganzen Gegend der russischen Eisenbahnen erhob, sowie auf das Recht, in dieser Gegend Kolonialen zu gründen, obwohl Rußland nach den Bestimmungen des Portsmouther Friedens kein Recht hat, in der Mandchurei Militär zu halten. Ohne Zustimmung Japans würde es Rußland selbstverständlich nie gewagt haben, solche Ansprüche geltend zu machen. Japan ist aber momentan Rußland freundlich, und Rußland hegt jetzt Hoffnungen, unter der Mitwirkung Japans (!) in der Nordmandchurei seine Macht zu entwickeln und dort den russischen Handel aufblühen zu lassen. Dies soll eine Entschädigung

für die russischen Industrie- und Handelskreise sein, denen die Agrarier in Rußland selbst keine Konzessionen machen wollen. Rußland und Japan waren im Begriff, einen Vertrag zu schließen, der die „Einflusszone“ jedes dieser Staaten feststellen sollte, ein Vertrag, der etwa dem zwischen Rußland und England im Jahre 1906 geschlossenen Vertrage über die Einflusszonen in Persien ähneln sollte. Zuerst sollten die Handelszonen festgelegt werden, der wirtschaftlichen Eroberung sollte nachher eine militärische folgen: eine endgültige Annexion Koreas und der Südmandchurei durch Japan und eine Annexion der Nordmandchurei durch Rußland, wobei es allerdings fraglich bleibt, ob die japanische Politik dabei sehr aufrichtig ist.

Diese schönen Pläne Japans sind jetzt durch den Vorschlag Amerikas zerstört worden. Wenn der Vorschlag im ganzen auch keine Aussichten auf Verwirklichung hat, so bedeutet er doch eine politische Demonstration des Entschlusses Amerikas, die Politik der „Beschützung“ Chinas weiter zu verfolgen. Und diese Politik verfolgen auch mit Ausnahme von Rußland die übrigen Großmächte, in erster Linie aber Deutschland. Seit Jahrzehnten hat Amerika Ostasien als Hauptabnehmer für seine Eisenproduktion angesehen. Die großen Erfolge, die Amerika in Japan erzielt hat, namentlich in dem Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen, haben seine Blicke auch auf die anderen ostasiatischen Gebiete gelenkt, denen eine kulturelle Entwicklung vorausgesetzt werden kann. Japan aber (das zwar auch jetzt noch einen Markt für die amerikanische Eisenindustrie darbietet) kann mit der Zeit ein gefährlicher Konkurrent werden. Deshalb muß der Expansionspolitik Japans ein Ziel gesetzt werden. Aus diesen Gründen haben es die Großmächte — Amerika und Deutschland an der Spitze — verhindert, daß Japan den Sieg über China und nachher ebenso den Sieg über Rußland in vollem Umfange ausnütze. Die Beweggründe Deutschlands sind — prinzipiell wenigstens — dieselben wie die der Vereinigten Staaten. Zur Zeit des japanisch-chinesischen Krieges hatte Deutschland noch keine direkten Handelsinteressen im fernen Osten. Aber schon damals hat Deutschland durch die energische Unterstützung der Forderungen Amerikas und Englands zugunsten Chinas die Bereitschaft, mit der „gepanzerten Faust“ einzugreifen, bekundet.

Die Erwerbung von Kiautschou und Samoa folgte diesem ersten Auftreten Deutschlands in der ostasiatischen Frage, dann der Aufmarsch während der „Beschützung“ Chinas nach der Bozenerhebung. Dank einem Zufall — der Ermordung des deutschen Vorkämpfers in China — konnte Deutschland auch offiziell die Hauptrolle in dem chinesischen sogenannten „Kriege“ spielen. Jetzt fühlt sich Deutschland berufen, in allen den fernen Osten betreffenden Fragen eine der wichtigsten Rollen zu spielen. Zur Grundlage hat die deutsche Politik im fernen Osten, wie gesagt, ebenso die Sucht nach neuen Absatzmärkten, wie die Politik Englands, Amerikas usw. Während aber England und besonders Amerika nur die für sie bereits vorhandenen Märkte zu sichern bestrebt sind, handelt es sich für Deutschland um das Schaffen von neuen Märkten und in Gegenden, wo Deutschland den früher Bekommenen gegenüber als Konkurrent auftreten muß. Selbstverständlich kann das Auftreten eines neuen Konkurrenten ebensowenig für England, wie für Amerika erwünscht sein. So lange es sich um eine Maßnahme gegen japanische Bestrebungen handelt, geht Amerika mit Deutschland gern zusammen. Ja, noch mehr: Amerika war es eben, das für Deutschland die Erwerbung von Samoa vermittelt hat. Die amerikanisch-deutsche Freundschaft kann aber im fernen Osten nicht von langer Dauer sein. Sollte sich der deutsche Handel in Ostasien entwickeln, so wird es zweifellos in erster Linie zu Konflikten mit Amerika führen. Gegenwärtig aber können noch beide eifrig und einig für die Politik der offenen Tür im fernen Osten kämpfen. Schutzhöllnerisch zu Hause und freihändlerisch in der Mandchurei und in China; immer zunehmende Zollrüftung in den direkten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika und — gemeinsames energisches Auftreten beider für die Politik der „offenen Tür“ in Ostasien! Wenn Deutschland auch dem wirtschaftlichen Teile des amerikanischen Vorschlages nicht zustimmt, so ist die deutsche Diplomatie mit der amerikanischen auch in diesem Falle einig. Wenigstens in Petersburg und in Tokio wird der amerikanische Vorschlag als eine Demonstration nicht nur Amerikas, sondern, wenn auch zu Unrecht, zugleich als eine Deutschlands betrachtet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar 1910.

Decoriert!

Neben ist Silber, Schweigen ist Gold! Nicht immer trifft dieses Sprichwort zu; aber in bezug auf den Reichskanzler, der zurzeit nominell Deutschlands Geschicke leitet, hat es sich wiederum als richtig erwiesen. Unter den vielen, die heute aus Anlaß des Geburtsstages Wilhelms II. wegen ihrer hervorragenden Verdienste mit Orden ausgestattet worden sind, befindet sich auch Herr v. Bethmann-Hollweg. Er hat für seine Fähigkeit, zu schweigen und, wenn er das Schweigen bricht, nicht zu sagen, den Schwarzgen Adlerorden erhalten.

Damit sind jene Lästereien glänzend widerlegt, die da wissen wollten, der Kaiser fühle sich bereits durch den neuen Kanzler gelangweilt.

Patriotischer Uebereifer.

Von einem kleinen Zwischenfall bei der Kaisergeburtstagsfeier in Karlsruhe wissen bürgerliche Blätter zu berichten. Wie alljährlich hatte die Bürgerchaft wieder ein sogenanntes „Kaisereffen“ im Festballsaal veranstaltet, an der die Spitzen der Regierung sowie die Zivil- und Militärbehörden teilnahmen. Der zweite Festredner, der Kammerhistoriograph Frey, Vorsitzender des jungliberalen Vereins zu Karlsruhe, hielt in seinem Patriotismus die Gelegenheit für angebracht, für das badische Herrscherhaus zu schwärmen und Vergleiche zwischen diesem und der Hohenzollerndynastie zu ziehen. Unter anderem sagte er z. B.:

Als der Erzleher, dessen Beispiel und Wort in allen Schichten der Bevölkerung viel gilt, hatte Friedrich der Deutsche mitgeholfen, uns den Reichsgebanen einzuprägen, unauslöschlich einzuprägen, so daß wir nicht wanken und nicht irren werden, auch nicht in trüben Zeiten, wie der gegenwärtigen, wo wir mit banger Sorge in die Zukunft unseres badischen Volkes blicken müssen, weil größere mächtigere deutsche Bundesstaaten auf eigenen Vorteil bedacht sind, unbekümmert darum, daß uns dadurch viel Schaden zugefügt wird. Es ist ein Verdienst des Großherzogs Friedrich des Deutschen, daß er kein Partikularist ist, daß wir, wenn wir Wilhelm II. im Geiste vor uns sehen, in unserem Empfinden der Ehrenhaftigkeit dabei verbleibt vor dem Deutschen Kaiser, so daß wir auch in einer solch trüben, sorgenvollen Zeit voll herzlicher

germanischer Kreuze, voll Anhänglichkeit dem Jubilar Heilruf entgegenbringen.

Diese Worte passten dem gleichfalls antworfenden preussischen Gesandten am babilischen Hofe Herrn v. Eisenacher nicht. Er sprach dem neben ihm sitzenden Oberbürgermeister von Karlsruhe sein Bedauern aus, daß diese Angriffe gefallen seien, und betonte, daß er sich gezwungen sehe, eine Feiertage bei der derartige Angriffe auf den von ihm vertretenen Bundesstaat Preußen erhoben werden, zu veranlassen. Darauf verließ er ostentativ den Saal.

### Gefaltowitz.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“, die von „gut unterrichteter Seite“ stammen soll, ist die Demission, die der Gouverneur von Südwestsafrika, von Schumann, infolge seines Konflikts mit Herrn Dernburg eingereicht hat, angenommen worden.

### Zurück zum Kulturkampf.

Im Zentrum ist man zurzeit eifrig bemüht, die alte Kulturkampfstimmung aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufzufrischen. Da die Artikel der Zentrumspresse dazu nicht genügen, soll demnächst, wie die „Allg. Volksztg.“ ankündigt, eine „für den Gebrauch politischer Kreise und namentlich der heranwachsenden Jugend geeignete“ kürzere Darstellung erscheinen, die über den Kulturkampf orientiert und die Erinnerung an jene Zeit wach hält.

„Nach allen Seiten hin“, so meint das „Kölnische Volksblatt“, ist es erwünscht, die Erinnerung an jene Tage nicht verschwinden zu lassen. Die ausführliche Darstellung in dem Brücklingschen Werke, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert, kann dem vorhandenen Bedürfnis nicht voll und ganz gerecht werden, weil es sich zur Massenverbreitung nicht eignet. Besser kann diesem Zwecke dienen ein Sonderabdruck zweier Artikel aus der jüngsten (dritten) Auflage des Staatslexikons der Görresgesellschaft, welcher bei Herder in Freiburg erschienen ist. Er trägt den Titel: Die kirchenpolitischen Kämpfe in Preußen gegen die katholische Kirche, insbesondere der große Kulturkampf der Jahre 1871—1887. Er vereinigt die Artikel des Staatslexikons von Dr. Jul. Baedem über die preussische Kirchenpolitik und von Dr. Karl Baedem über den Kulturkampf, die sich gegenseitig vortrefflich ergänzen und so ein zusammenhängendes Bild einer der wichtigsten Seiten unseres innerstaatlichen Lebens geben. Namentlich die Leiter und Mitglieder der Bismarckverbände seien auf das Werkchen aufmerksam gemacht, da es ihnen ein vortreffliches Hilfsmittel für ihre Aufklärungsarbeit bietet. Es ist heute wirklich unmöglich, unsere gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse zu verstehen, wenn man nicht die gegenseitige Stellung von Staat und Kirche im Auge behält, wie sie sich aus dem Kulturkampf herausgebildet hat.

Das Zentrum ist zwar interkonfessionell, aber seine Leiter wissen ganz genau, daß es kein besseres Mittel gibt, um einen großen Teil der wandernden Zentrumstruppen bei der alten Fahne zurückzubalten, als die katholische Kirche für gefährdet zu erklären, die Erinnerung an die Kämpfe der siebziger Jahre wieder wachzurufen und zugleich das Zentrum als die einzige Verteidigerin der verfolgten katholischen Kirche hinzustellen.

### Gibt Amerika nach?

Der offiziöse Draht verbreitet jetzt täglich Nachrichten aus den Vereinigten Staaten von Amerika, nach denen es scheinen könnte, als seien bereits alle Sawierigkeiten hinweggeräumt, die bisher die amerikanische Regierung dazu bestimmten, Deutschland den neuen Minimal-Tariff vorzuenthalten. So wird aus Washington gemeldet, daß, wie verlautet, die Regierung der Vereinigten Staaten das deutsche Einfuhrverbot gegen amerikanisches Schafwolle bei der Entscheidung der Frage, ob Deutschland der Minimaltariff zu bewilligen sei, außer Betracht lassen wird. Ist diese Meldung richtig, so wäre dem Deutschen Reich damit eine Stellung unter den Staaten gesichert, die von der Vörspräsentigen Zollserhöhung, die nach dem 31. März eintreten wird, ausgenommen sind.

Und in einem Telegramm aus New York heißt es:

„Das Journal of Commerce“ schreibt in einem Leitartikel, das deutsche Fleischgesetz habe keine so direkte Beziehung zur Zollfrage, um es zu rechtfertigen, daß Amerika auf seiner Forderung als Bedingung für die Einräumung der Minimaltariffe beharre. Die Vorenthaltung der Minimaltariffe würde eine schwere Schädigung des deutsch-amerikanischen Handels mit sich bringen und erwiderte überdies angeht die in Amerika herrschenden Bewegung gegen die Fleischpreise lächerlich.“

### Die Kulturaufgaben leiden in Preußen nicht.

Vor der polener Strafkammer hatte sich der Volksschullehrer Kühner wegen Ueberschreitung des Pflüchtungsrechtes zu verantworten. Ihm waren in der Schule zu Minikowo 144 Kinder übergeben worden, die in zwei Abteilungen, vormittags und nachmittags, Unterricht hatten. Das war für den Lehrer eine fortschreitende Kette von Ueberanstrengungen, unter denen auch schon seine Vorgänger, die jedes Jahr wechselten, zu leiden hatten. Einer von den Vorgängern wurde infolge der übermenschlichen Anstrengungen schwindsüchtig, ein anderer unheilbar geisteskrank. Der Angeklagte fand bei seinem Amtsantritt die Schüler etwas vernachlässigt vor und versuchte, das Versäumnis durch Prügel nachzuholen. Hierzu bediente er sich eines dicken, festen Fledermausrodes, mit dem er u. a. eine geistig und körperlich zurückgebliebene Schülerin dermaßen über Kopf, Arme und Rücken schlug, daß sie vier Wochen lang den Arm nicht bewegen konnte. Der Kreisrichter besanderte zwar, daß der Angeklagte weit über das Maß des Erlaubten hinaus geschäftigt habe, und daß der Knüttel wohl in einen Dolchstab gehöre, er fand aber kein Wort, um die Ueberfüllung der Schulen und die damit verbundene Ueberlastung der Lehrer gebührend zu kritisieren.

Der Angeklagte, der die ungeheure Ueberlastung als Entschuldigungsgrund anführte, wurde zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. Er hat also weiter Gelegenheit, seine pädagogische Erziehungslehre anzuwenden, wenn die Regierung nicht Wandel schafft und einen zweiten Lehrer zu seiner Entlastung bestellt.

### Journalistische Vernunft.

Am Mittwoch nachmittag gelangte vor dem Schöffengericht IV zu Hamburg ein Verleumdungsprozess zur Verhandlung, dessen Dram und Dean „tief bilden läßt.“ Anknüpfend an einen Artikel der „Hamb. Nachrichten“: „Hamburg ein Helms-Denkmal?“, in dem in der bekannten Weise dieses Scharfmacherblattes Stellung genommen wurde gegen die „Entwicklung“ der von Helms so oft verpönten Hammonia durch Aufstellung eines solchen Denkmals, brachte das „Hamb. Echo“ in seiner Nummer vom 31. Oktober eine Wochen-Plauderei, betitelt: Helms und Hülbe, Variante zum „Wintermärchen“, Kaput XXXI. In Anlehnung an dieses bekannte Helmsgedicht werden dem Redakteur Hülbe von den „H. Nachr.“ einige „duftige“ Eigenschaften nachgesagt. Hülbe fühlte sich durch diese rein bildlich gemeinte Satire beleidigt und strengte gegen die Genossen Köpfe als Verantwortlichen und Stengels als mutmaßlichen Verfasser der Plauderei eine Verleumdungsklage an. Der Privatkläger behauptete vor Gericht, es sei notorisch, daß Stengels der Verfasser sei. Stengels erwiderte, er müsse das Redaktionsgeheimnis wahren, es sei nicht journalistischer Brauch, daß ein Redakteur den anderen wegen Verleumdung verklage. Der Vorsitzende, Amtsrichter Dr. Lehrendt, ein junger Richter, meinte, „man erkenne

den Verfasser am Stil.“ Beide Beklagte verlangten von der Gegenseite den Beweis für die Autorität des Gedichtes, das lediglich eine Satire sei und keineswegs die Person des Klägers treffen wolle. Eine solche Beweispflicht hielt das aus dem genannten Richter, einem Landgerichtsrat a. D. und einem Kaufmann als Schöffen besetzte Gericht für überflüssig. Wiederholt gab der Vorsitzende seine subjektive Meinung zum besten. Beide Angeklagte wurden zu je 500 M. Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Schönste kommt jedoch noch. Begründend führte der Vorsitzende nämlich aus: Der politische Kampf müsse in ritterlicher Weise geführt werden. Das hätten die Angeklagten aber nicht getan, indem sie sich an das zynischste Gedicht Helms angelehnt hätten, um den Privatkläger in seiner persönlichen Ehre zu treffen. Nach Bekundung des Privatklägers, der Stengels an seinem Stil erkenne, sei dieser der Verfasser. Andere Leute seien derselben Meinung, ebenso das Gericht. „Wir haben die feste Ueberzeugung, daß Stengels der Verfasser ist.“

Also Herr Hülbe von den „Hamburger Nachrichten“, der fast in jeder Nummer seines Blattes Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten äußerst aggressiv und auch persönlich angreift, ist Kläger und glaubwürdiger Zeuge in einer Person. Mit dieser auf den Kopf gestellten Prozedurführung wird sich selbstverständlich die Verurteilung näher zu beschaffigen haben. Die Verhandlung war auch noch einer anderen Richtung hin interessant. Um den Verfasser der Plauderei zu ermitteln, wollte der Redakteur Hülbe sogar das Zeugniszwangsverfahren auf andere Redakteure des „Echo“ eingeleitet wissen.

### Die Betriebsbeschränkungen in der Tabakindustrie.

Als Folgen der Tabaksteuer mehrten sich von Tag zu Tag. Aus dem westfälischen Gebiet werden wieder eine ganze Reihe von Zigarrenfabriken genannt, die ihren Betrieb zeitweilig oder auch gänzlich stillgelegt haben. Aus der umfangreichen Liste heben wir nur die folgenden hervor:

Die Firma Bessel u. Wachtmann-Dönabrück läßt 40 Arbeiter auf unbestimmte Zeit feiern; desgleichen die Firma Ruff in Preuß. Oldendorf 118 Arbeiter. Bei Veimer u. Blochhorn in Gehrden müssen vorläufig 130 Arbeiter drei Wochen aussetzen. Leonhardt u. Co. Minden teilten ihren Arbeitern in Gehrden mit, daß sie nach drei Wochen länger, also nunmehr sechs Wochen, aussetzen müssen. Brackel u. Brüggemann-Bremen haben ihre sämtlichen Pitalen im Kreise Lübecke sechs Wochen lang geschlossen. Es werden davon zirka 400 Arbeiter betroffen. 150 Arbeiter der Firma Schäfer u. Hartjen-Bremen müssen drei Wochen feiern.

In Regna, Ober- und Niederbeschen, Herford, Hagen, Lemgo, Bielefeld usw. sind sehr viel Tabakarbeiter auf längere Zeit hinaus arbeitslos geworden.

### Gemäßregelte Nationalliberale.

Die eigenartige Interpellation, die von den Nationalliberalen im Preussischen Landtag eingebracht worden ist, in der gesagt wird, ob es der Regierung bekannt sei, daß in der Provinz Posen nationalliberale Beamte gemäßregelt worden sind, hat begreifliches Aufsehen erregt. Daß selbst nationalliberale Beamte gemäßregelt werden, erschien kaum glaubhaft. Ueber den Anlaß, der zur Einbringung der Resolution geführt hat, erzählt das „Berliner Tageblatt“ folgendes:

„Ein Gymnasialdirektor und einer seiner Professoren in einer Stadt der Provinz Posen — Namen tun vorläufig ja nichts zur Sache — hatten sich unmitttelbar nach Ablehnung der Erbschaftsteuer im nationalliberalen Sinne öffentlich betätigt. Infolgedessen wurde zunächst der Direktor ad audiendum verbum vor den Regierungspräsidenten gitiert. Die Sache soll indes etwas anders verlaufen sein, als eine hohe Behörde erwartet haben mag. Der Direktor soll dem Regierungspräsidenten ungefähr erwidert haben: „Er ziehe es vor, zu gehen, um nicht gegangen zu werden; wenn er draußen sei, werde er auf die Vorwürfe gegen ihn erwidern.“ Der aufrechte Mann ist in der Tat am 1. Oktober d. J. aus seinem Amte geschieden. Der Professor, der mit ihm in gleicher Verdammnis war, ist versetzt worden.“

Dieser neueste Streich der preussischen Bureaukratie steht allerdings einzig da, denn der Direktor hat doch im Sinne der Regierung gehandelt, als er für die Erbschaftsteuer eintrat, wenn auch vielleicht nicht im Sinne des Regierungspräsidenten. Ueberdies scheint das Spielwesen in Posen nicht bloß gegen Polen und Sozialdemokraten, sondern auch gegen Nationalliberale tätig zu sein. Wenigstens tritt ein Königsberger nationalliberale Blatt mit, daß verschiedene Beamte in Posen an den nationalliberalen Parteisekretär die Bitte gerichtet haben, sich im brieflichen Verkehr mit ihnen weicher zu verhalten.

### Politik der Nadelstiche.

Die Rheinische Zone des Deutschen Gastwirtsverbandes hielt vor kurzem in Steele eine Vorstandssitzung ab. In dieser wurde unter anderem auch mitgeteilt, daß einem Wirt in Rülheim a. d. Ruhr das Eingreifen in die Debatte auf dem Herbsttagungszugunsten des Antrages, allen Gewerkschaften und Parteien, also auch den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, die Sätze zu Versammlungszwecken und Festlichkeiten zur Verfügung zu stellen, anscheinend von militärischer Seite in Rülheim verweigert worden sei. Der Wirt hat nämlich die Nachricht erhalten, daß in diesem Jahre die Kaisergeburtstagsfeier nicht in seinem Lokale stattfinden könne, während bisher stets eine Kompanie des in Rülheim garnisonierenden 159. Infanterie-Regiments die Feier dort abgehalten habe. Die Mitglieder der Rheinischen Zone des Deutschen Gastwirtsverbandes und der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien erblickten in dieser Abgabe an den Wirt eine Maßregelung. Sie haben deshalb in einer gemeinsamen Versammlung in Offen beschloffen, die Angelegenheit dem Kriegsminister zu unterbreiten. Die Maßnahme wird nach verständlicher, wenn man in Betracht zieht, daß in dem Lokal des betreffenden Wirtes bisher noch keine Veranstaltungen von sozialdemokratischer Seite stattgefunden haben.

### Italien.

#### Verurteilte Wahlmögler.

Rom, 24. Januar. (Fig. Ver.) Vor dem Appellationsgericht von Brescia wurden sieben ein Rotar, ein Polizeikommissar, ein Erzpriester und vier stellvertretende Pfarrer, sowie einige Rotarangehörige wegen Urkundenfälschung verurteilt, die sie durch Eintragung von Analfabeten in die Wahllisten begangen haben. Am gleichen Tage wurden wegen desselben Vergehens, in demselben Wahlkreis von Vozzolo ein anderer Rotar und drei andere Priester ebenfalls verurteilt. Da versteht man doch, warum in Vozzolo der konserwatibe Kandidat den Sieg über den Genossen Kroldi davontrug.

### Norwegen.

#### Demission des radikalen Kabinetts.

Kristiania, 27. Januar. Im heutigen Staatsrat überreichte Ministerpräsident Andrusen das Demissionsgesuch des gesamten Kabinetts. Der König nahm die Demission an und ersuchte die Minister, bis auf weiteres die Geschäfte weiterzuführen. Nach Schluß des Staatsrats empfahl der Ministerpräsident dem König auf dessen Auftrage, sich an den Führer der Rechten, Stralije, wegen Neubildung des Kabinetts zu wenden. Das Demissionsgesuch der Regierung wird mit dem Ausfall der letzten Störhingswahlen begründet.

### Rußland.

#### Die Polizei.

Der bekannte Schriftsteller N. Rubakin veröffentlicht interessante Angaben über die Stärke der russischen Polizei und die Unmenge, die sie dem Volke kostet. Bei der letzten großen Volkszählung im Jahre 1897 wurden insgesamt 104 575 Polizisten und Gendarmen gezählt, die Spizel und Probokateure natürlich nicht einbezogen. Im Verlauf von 10 Jahren hat diese Zahl, wenn man nur die offiziellen Angaben berücksichtigt und das zahlreiche Heer der Spizel und Lockspizel außer acht läßt, mehr als um das Doppelte zugenommen. Als die Agrarunruhen ausbrachen, wurde 1903 auf die Anregung Plehnes die Landpolizei enorm vermehrt. Wie aus dem Etat des Ministeriums des Innern ersichtlich ist, wurden 1907 im Europäischen Rußland allein mehr als 10 000 Landpolizeiwachmeister und 47 000 Landpolizisten gezählt, die die „Verhigungsarbeit“ auf dem flachen Lande ausübten. Ganz enorm sind die Ausgaben für die politische Geheimpolizei angewachsen. Nach den Angaben des Ostbristenführers Gutschkow in der Duma sind die Kredite für das Gendarmeriekorps, dem die oberste Leitung der Spizelei und Lockspizelei obliegt, in den letzten fünf Jahren um 3 Millionen Rubel gestiegen. Welche enormen Summen der Polizeiapparat verschlingt, ist daraus ersichtlich, daß für das Ministerium des Innern im Jahre 1908 insgesamt 83½ Millionen Rubel bewilligt waren.

Zuzugufügen wäre noch, daß für die Lockspizelei und Espionage im Inlande wie im Auslande ungeheure Summen bewilligt werden. Interessante Daten darüber haben die Enthüllungen während der Ajev- und Harting-Affäre und noch kürzlich während des Falles Karpow gebracht. Außer der offiziellen Kredite des Ministeriums des Innern gibt es noch für den Unterhalt der politischen Polizei im Aus- und Inlande geheime Korruptionsfonds, über die seinerzeit Plehne in einem geheimen Memorandum an den Zaren (das 1905 im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde) interessante Aufschlüsse gegeben hat. Nicht zu vergessen endlich die Riesensummen, die die junkerlichen Landbesitzervereinigungen und vielerorts auch die Bourgeoisie in den letzten Jahren für die Verstärkung der Polizei aus öffentlichen und privaten Mitteln bewilligt haben.

### Griechenland.

#### Eine neue Krise.

Athen, 26. Januar. Am Mittwoch wurde der Presse mitgeteilt, daß die Regierung, da zwei Sitzungen der Deputiertenkammer wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses geschlossen werden mußten, die Absicht habe, ihre Entlassung zu nehmen.

Wie die Blätter berichten, hält die Militärliga die Einberufung der Nationalversammlung für notwendig und hat in diesem Sinne Schritte bei den Parteiführern getan.

### Amerika.

#### Für billige Nahrungsmittel.

Washington, 26. Januar. Im Hinblick auf die allgemeine Preissteigerung brachte das Mitglied des Kongresses Sabbath eine Gesetzesvorlage ein, wonach die Einfuhr der notwendigsten Nahrungsmittel zollfrei sein soll.

### Aus der Partei.

#### Ausgerüstet.

In Gresham, einem Städtchen mit 2300 Einwohnern im Witterfelder Kreise nahe bei Halle a. S., wurde am 25. Januar ein Parteigenosse mit großer Mehrheit in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bisher vollzog sich die Wahl dort recht patriarchalisch. Im November erhielt unser Genosse 6 Stimmen gegen 5 bürgerliche! Er hatte schon 25 Jahre im Kollegium gesessen, aber jetzt wandten die Gegner einen Trick an. Der Genosse war nicht Hausbesitzer, sein Mandat wurde deshalb für unzulässig erklärt. Nun stellte sich aber heraus, daß die bürgerlichen jemand gewählt hatten, der gar nicht die preussische Staatsangehörigkeit besaß! Es mußte Neuwahl angefordert werden und hier traten nun unsere Genossen mit 13 Mann an, während die Bürgerlichen ihre 5 behielten. Mit 6 Stimmen werden sich die Arbeiter wohl nicht wieder begnügen.

#### Der Fall Ferri vor der römischen Parteisektion.

Rom, 24. Januar. Die römische Parteisektion hatte am Abend des 22. den Fall Ferri auf ihre Tagesordnung gesetzt. Die Diskussion kam aber kaum über formale Erörterungen hinaus. Eine Tagesordnung Sabatini, die den einfachen Uebergang zur Tagesordnung besaß, wurde abgelehnt, worauf mit großer Mehrheit die folgende Resolution De Divitiis angenommen wurde:

„Die römische Parteisektion erkennt die Notwendigkeit an, über die moralische Bedeutung der politischen Haltung Enrico Ferris zu beraten und schlüssig zu werden und beschließt, diesen ausdrücklich zur nächsten Versammlung einzuladen.“

Weiter einigte man sich dahin, demnächst die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung zur Diskussion zu stellen.

### Gemeindefürsorge.

In Stammheim in Württemberg fand eine Erbschaftswahl zum Bürgerausschuß statt, bei der beide sozialdemokratischen Kandidaten gewählt wurden. Die Sozialdemokratie hat jetzt dort in den beiden Gemeindefürsorge die Mehrheit.

In Glesmarode im Braunschweigischen errangen unsere Genossen bei der Gemeinderatswahl einen schönen Sieg. Zwei Genossen wurden als Vertreter der dritten Klasse mit großer Majorität gewählt.

### Jugendbewegung.

#### Pädagogen über den Polizeikampf gegen die Jugendbewegung.

Zur Auslösung der Freien Jugendorganisation Berlin und Umgebung“ bringt die Fortbildungsschule, Beiblatt zur Pädagogischen Zeitung, eine Notiz in ihrer Nummer 2 vom 27. Januar 1910, in dem es zum Schluß heißt:

„Die Fortbildungsschule, der die Jugendorganisation zwar in einzelnen Fällen unbedeutend gewesen ist, erblickt in der Auflösung jedoch keine Förderung ihres Einflusses auf die Jugend. Sowie fest steht, daß eine große Partei nicht daran gehindert werden kann, ihren Einfluß auf die Jugend auch fernerhin auszuüben, wenn sie das will. Schlimmer ist aber, daß durch Unterdrückung der Organisation nunmehr in den Augen vieler Schüler der Jugendlichen den Fürsorgebestrebungen, die von der Fortbildungsschule ausgehen, ein Stempel aufgedrückt wird, der diese so notwendige Arbeit im Mißkredit bringen muß. Es wird nicht schwer sein, einem Teil der gewerblich tätigen Jugend die Sache so darzustellen, als handle es sich bei der Fortbildungsschule um Bestrebungen, die nur den Zweck hätten, die Jugend für bestimmte politische Anschauungen willig zu machen, um sie dadurch mit Erfolg von der Beteiligung fernzuhalten. Dem rege gewordenen Mißtrauen gegenüber werden die Versicherungen wenig nützen, daß die Fortbildungsschule mit allen ihren Einrichtungen völlig auf neutralem Boden steht.“

Sehr richtig! Es ist ferner auch nicht zu befürchten, daß die Veranstaltungen der Pflichtfortbildungsschulen die Erinnerung an die Veranstaltungen der Freien Jugendorganisation“ verdrängen werden. Dazu langt's nicht!

# Gewerkschaftliches.

## Wer vermittelt die vielen ausländischen Arbeiter nach Deutschland?

Die fremden Arbeiter rücken wieder in großen Massen in rheinisch-westfälische Industriebezirke ein, daß sich der anfangs ruhige Zustrom einer allgemeinen Beunruhigung bemächtigt. Diese Massenzuwanderung ist sogar der Regierung auffällig geworden, und der Regierungspräsident von Arnswalde hat die ihm unterstellten Behörden angewiesen, Recherchen anzustellen, auf weissen Veranlassung die vielen ausländischen Arbeiter einzuwandern.

Wir sind nun in der Lage, dem Herrn Regierungspräsidenten die nötige Aufklärung zu verschaffen. Vor uns liegt die Nr. 82 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die folgendes Inserat enthält:

Industriearbeiter aus Holland, Belgien, Italien, Rußland und Oesterreich-Ungarn für die Saison 1910 beschaffen wie unter sehr günstigen Bedingungen und erbitten Aufträge baldigst.  
Deutsche Feldarbeiter-Zentrale, Berlin SW. 11, Postfach 4.

Vielleicht veranstalten nunmehr die Behörden Erhebungen darüber, wie lange die Arbeiter sich noch foppen lassen und ruhig zusehen, daß die Regierung dieser zweifelhaften Arbeitsnachweis-Gesellschaft ihre Unterstützung leiht. Durch Agenten werden die Einwanderer in Arbeitsmittel der Feldarbeiterzentrale zugetrieben, an der Grenze werden 2 bzw. 5 M. Gebühren für jede vermittelte Person erhoben und durch einen Erlaß des Ministers dieser Arbeitsvermittlung eine Art rechtliche Form gegeben. Die Zentrale beordert die Arbeiter nach dem Industriebezirk und dann kommen die dem Minister unterstellten Behörden her und veranstalten Erhebungen darüber, woher die vielen fremden Arbeiter kommen. Die deutschen Arbeiter aber bezahlen mit ihren Steuern die Erhebungen des Regierungspräsidenten und zum Teil auch die Beamten in den Bureaus der Feldarbeiterzentrale. Ja, die amtlichen Maßnahmen preussisch-deutscher Behörden sind oft wunderbar, für den gewöhnlichen Untertan verstandlich; nichtsdestoweniger haben wir als lokale Staatsbürger ihnen die nötige Reberenz nicht zu versagen.

### Berlin und Umgegend.

#### Zur Tarifbewegung in den Brauereien.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hatte seine Mitglieder aus den ringfreien Lagerbrauereien zu einer Versammlung eingeladen, die am Mittwochabend im „Englischen Garten“ stattfand. Als ich referierte über den Tarifvertrag, wie er am Sonntag von der Brauereiarbeiterversammlung im „Freepalast“ beschlossen wurde und zunächst den Ringbrauereien vorgulegen ist. Die Versammelten, vorwiegend aus dem Fachpersonal der Brauereien bestehend, waren damit einverstanden, daß in den ringfreien Brauereien dieselben Forderungen erhoben werden, wie sie in dem Entwurf des einheitlichen Tarifvertrages enthalten sind. Es werden 16 ringfreie Lagerbrauereien in Berlin und Umgegend gezählt.

**Achtung, Buchbinder und Buchbinderarbeiten!** Das Personal der Buchbinderabteilung der Buchdruckerei Anton Vertinetti, Buch- und Steindruckerei, hat, um der fortwährenden untertariflichen Entlohnung entgegenzutreten und die Anerkennung des seit 1896 bestehenden Tarifs zu erzielen, die Arbeit niedergelegt. Folgende Arbeiten sind als Streikarbeiten zu betrachten: „Vollstrecklicher“, Verlag Schwab, Schlachtensee. „Die Eiche“, Organ der Holzarbeiter (Hirsch-Dunder). Alle Arbeiten der Schokoladenfabrik Hildebrandt, die neuen Photographischen Gesellschaft-Steglig, Horwig (Chemisches Laboratorium), Böry (Optische Anstalt), Wiffinger (Samen und Getreide Engros), Köppler Straße, Chemische Fabrik Riedel, Gerichstraße; alle Arbeiten, welche die Firma Vertinetti tragen und die Monatschrift „Pflanzenheilkunde“ (Dr. Rahm). Diese Arbeiten sind zu verweigern und ist dem Bureau vom Angebot derselben Mitteilung zu machen.

### Deutsches Reich.

In der Schuhfabrik von Dorndorf in Breslau sind bei den Leistenschneidern Differenzen ausgebrochen. Löhne von 13 und 11 M. sind keine Seltenheit.

Die Arbeiter der gräflich Schaffgottschschen Holzindustrie in Warmbrunn in Schlesien haben am Sonnabendmorgen einmütig die Arbeit eingestellt.

#### Zu den Knappschaffsältesten-Wahlen im Ruhrgebiet

wird uns noch geschrieben: Nun auch das Resultat vom Sprengel 24 nenn vorliegt, woselbst der alte Verband 249, die Polen 75 Stimmen erhielten, stellt sich die gesamte für den Verband abgegebene Stimmzahl auf 1016, der Verband vereinigte somit auf sich 610 Stimmen mehr, als alle seine Gegner, Christliche, Polen, Hirsch-Dunderische und die Jegenpartei zusammenbrachten.

Das ist für die Gegner des Verbandes, besonders aber für den christlichen Gewerksverein eine blamable Niederlage. Die Christlichen hatten die größten Anstrengungen gemacht, um wenigstens ihre beiden Hochburgen Neulinghausen und Alteneßen zu halten. Aber auch dort zeigte es sich, daß der Verband das Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Vergarbeiter besitzt und daß diese von der R.-Glabbacherlei nichts mehr wissen wollen. Bei der Wahl im Jahre 1904 erhielt der christliche Gewerksverein 190 Stimmen, der Verband nur 175 Stimmen; der Gewerksverein also 15 Stimmen Mehrheit. Bei der jetzigen Wahl hat der Gewerksverein 75 Stimmen verloren, der Verband 79 Stimmen gewonnen. Noch niedrigermetternber ist das Resultat in Neulinghausen. Dort erhielt der Gewerksverein 1904 379 Stimmen, der Verband 45; demnach hat der Gewerksverein bei der jetzigen Wahl 183 Stimmen verloren, der Verband dagegen 162 Stimmen gewonnen. Es muß wirklich schlimm bestellt sein mit der R.-Glabbacher Weltanschauung, wenn der Christliche Gewerksverein selbst in seinen bisher unstrittenen Hochburgen solche vermittelnden Niederlagen erleidet. Und dabei waren sich die Christen ihrer Sache besonders in Neulinghausen völlig sicher. Noch am 28. Januar verhöhrte der christliche Generalsekretär Ziele-Derhausen in einer Versammlung die Mitglieder des Vergarbeiterverbandes, indem er ihnen zurief, sie sollten nach Batavia auf den Affensang geben, das wäre besser, denn in Neulinghausen sei für den Verband doch nichts zu holen. Auf diese Grobmißbilligkeit haben die Vergarbeiter die einzig richtige Antwort gegeben, Neulinghausen gehört dem Vergarbeiterverband. Die Verbändler gehen nicht nach Batavia auf den Affensang, sondern sie bleiben im Ruhrrevier und saugen dem Gewerksverein die Sprengel weg.

#### Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

Die Lohnbewegung der Dresdener Töpfer ist immer noch nicht erledigt. Wohl sind die Unternehmer bereit, den Töpfern Lohnaufbesserungen zu bewilligen, jedoch weigern sie sich, mit den im Töpfergewerbe organisierten Töpferhilfsarbeitern ein Tarifverhältnis einzugehen. Da aber die Töpfer daran festhalten, daß auch ihre Hilfsarbeiter in das Tarifverhältnis einbezogen werden, finden nach weitere Verhandlungen statt.

Die Lohnbewegung in Wörlitz i. S. ist erledigt. Die Gehilfen hatten hier den Tarif gekündigt, um vor allem die durch den modernen Stil in den Vordergrund gedrückte glatte Adelsmarc in der Bezahlung aufzubessern. Dies ist nunmehr gelungen; auch die gewünschte Lohnerhöhung auf Vergütungen wurde bewilligt.

Von den 71 in der Bewegung gestandenen Gehilfen ist nur einer unorganisiert. Dieser Erfolg zeigt, daß eine geschlossene Organisation auch ein Entgegenkommen der Unternehmer verbürgt.

Die circa 450 Töpfer in Wörlitz stehen immer noch in der Lohnbewegung. Dem eingereichten Minimaltarif der Gehilfen haben die organisierten Unternehmer der Ofenfabriken einen Normaltarif entgegengestellt, der so unvollkommen ist, daß eine vollständig besuchte Gehilfenversammlung diesen Tarif einstimmig ablehnte. Weitere Verhandlungen sind von den Arbeitern beantragt worden. Der bisher geltende Lohnvertrag läuft am 15. Februar ab.

In Arnswalde haben die Töpfer auf dem Verhandlungswege ihren Tarif verbessert. Der seit dem 1. Januar d. J. in Hirschberg i. Schl. ausgebrochene Töpferstreik währte unverändert weiter. Die Situation liegt für die Arbeiter günstig. Streikbrecher sind so gut wie keine vorhanden.

#### Straßenbahner und Transportarbeiterverband.

Das Personal der städtischen Straßenbahn in Karlsruhe, welches bisher in einer lokalen Vereinigung zusammengeschlossen war, beschloß in seiner letzten Generalversammlung den korporativen Uebertritt in den Deutschen Transportarbeiterverband, Sektion Straßenbahner.

In der Eisenerzeugungsfabrik von Stumpf in Worms legte am Mittwoch (26. Januar) das Personal die Arbeit nieder. Die Firma hatte nicht nur von den Arbeitern gestellte Lohnforderungen abgelehnt, sondern sie maßregelte auch noch Vertrauensmänner. Zugang ist streng ferngehalten.

#### In Erwartung des kommenden Kampfes!

Die 200 organisierten Holzarbeiter von Weyreuth haben einstimmig beschlossen, den Mitgliedsbeitrag von 60 auf 80 Pfennig pro Woche zu erhöhen.

### Ausland.

#### Gewerkschaften ländlicher Diensthöten in Frankreich.

Die Organisation der Landarbeiter ist in dem vorwiegend agrarischen Frankreich von besonderer Wichtigkeit. Es bestehen auch Anlässe zu einer gewerkschaftlichen Vereinigung der ländlichen Arbeiter schon seit einigen Jahren. Absolut genommen scheint die von der letzten Statistik des Arbeitsamts für den 1. Januar 1908 gegebene Ziffer: 527 Gewerkschaften mit 58 000 Mitgliedern nicht unbedeutend, aber sie stellt nicht einmal ganz 2 Proz. der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiterschaft dar. Auch entfällt sie fast ganz auf einige Spezialweige: die Holzfäller, die Winzer und die Gärtner. Und irtümlich wäre es überhaupt, die offizielle Ziffer, die ja alle möglichen Arten von Vereinen umfaßt, ohne weiteres als Maß für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung auf dem Lande anzunehmen.

In den letzten Monaten ist aber in der Tat eine gewerkschaftliche Bewegung im Landproletariat in Fluss gekommen, die zudem gerade von dem anscheinend am schwierigsten zu organisierenden seiner Gruppen, den ländlichen Diensthöten ausgeht. Ein börsenliberales Blatt, die „Nouvelles“, das mit Aufmerksamkeit und, wenn es sich um Agrarierinteressen handelt, nicht ohne Schadenfreude die Entwicklung der Arbeiterorganisation verfolgt, teilt darüber eine Reihe interessanter Einzelheiten mit.

Der Schauplatz der neuen Bewegung ist das Departement Allier. Die dort vorherrschende Form der landwirtschaftlichen Unternehmung ist die Halbpacht und die kleine und mittlere Pacht. Eine Gesellschaft junger Knechte, die an ihren freien Sonntagen in den Städten Vorträge industrieller Gewerkschaftler gehört hatte, ging voran. In Bourbon-L'Archambault bei Moulins wurde die erste Gewerkschaft gegründet. Aus dem ganzen Stanton waren ländliche Diensthöten, der Einladung folgend, gekommen und erklärten ihren Beitritt. Innerhalb einiger Wochen wurden sechs weitere Lokalsektionen gegründet, andere sind in Vorbereitung. Am 28. November trat in der Arbeitsbörse von Moulins der erste Kongress zusammen, der die Delegierten der sieben Gemeinden vereinigte. Er redigierte eine Programm-erklärung, die mit einer Schilderung der Lage der landwirtschaftlichen Diensthöten eingeleitet wird.

Aus dieser Einleitung geht hervor, daß das von der Natur so außerordentlich begünstigte Frankreich weit davon entfernt ist, ein Paradies für landwirtschaftliche Arbeiter zu sein. Wenn auch die Verhältnisse nicht an die ostbaltische Gutsknechte heranreichen, so sind sie doch schlimm genug. Hütelungen, die in ganz frühem Alter ihre Familien verlassen — in Frankreich wird die Schulpflicht nicht durch ein gesetzlich festgesetztes Minimalalter, sondern durch die Ausfolgung eines Abgangszertifikates der Volksschule, das mitunter von zwölfjährigen Kindern erlangt werden kann, begrenzt — erhalten 8 bis 12 Fr. monatlich und „Kost und Logis“. Mägde erhalten: im Alter zwischen 10 und 12 Jahren (!) 100 bis 120 Fr. jährlich, von 12 bis 15 Jahren 120 bis 200 Fr., von 15 bis 18 Jahren 200 bis 300 Fr., von 18 Jahren an bis 300 Fr. und „Kost und Logis“. Die Knechte beziehen zwischen 15 und 20 Jahren 250 bis 450 Fr., später bis 600 Fr. jährlich. Natürlich sind die Löhne der Tagelöhner viel niedriger.

Die Arbeitszeit beträgt 14 bis 16, im Sommer bis 18 Stunden. Die Kost ist ungenügend, oft schlecht und die Schlafstätten widersprechen den einfachsten Regeln der Hygiene. Zwei Knechte in einem Bette schlafen zu lassen, ist allgemeiner Brauch auf allen Pachtungen, die mehrere Arbeiter beschäftigen.

Das Programm fordert: Regelung der Arbeitszeit und Gewährung fester Mittagspausen.

**Erhöhung der Löhne.** Verbesserung der Kost. Hier wird die Forderung von Wein für die beiden Hauptmehlsorten deutschen Lesern etwas des fremdlich erscheinen. Aber der Wein ist eben in Frankreich das billigste Volksgetränk und im „nationalen Interesse“ haben sogar Universitäts-Autoritäten „bewiesen“, daß er „süßlich“ und „nährlich“. Rämlich nicht nur die Weinbändler, Weinwirte und — bedeutend weniger — die Weinbauern, sondern auch die Trinker.

**Verbesserung der Schlafstätten.** Die Arbeiter fordern ein eigenes, ordentlich eingerichtetes Bett und darüber hinaus ein besonderes, sauberes Zimmer für jeden.

#### Koalitionsrecht im „freien“ Amerika.

Die Organisation der Postangestellten der Vereinigten Staaten hatte anlässlich ihres letzten Kongresses im Oktober 1909 auch beschlossen, eine Erhöhung der Bezüge durch eine Petition an das Parlament zu verlangen. Seitdem ist diese Forderung von den Führern der Organisation nach Möglichkeit in der Agitation benutzt worden. Der Verbandsvorsitzende wurde jedoch letzthin vor die Oberpostbehörde geladen, wo man ihm eröffnete, er habe sich, und so auch seine Organisation, fortan jeder öffentlichen Agitation für Aufbesserung der Löhne der Postangestellten zu enthalten. Es soll sogar vom Präsidenten Tait beabsichtigt sein, diesen Angestellten das bisherige Petitionsrecht ganz zu nehmen.

#### Australische Klassenjustiz.

Aus Sydney wird gemeldet: Wegen ihrer Tätigkeit beim Aufstand der Minenarbeiter gegen Ende des vergangenen Jahres sind der Vorherrscher des Vergarbeiterverbandes des Nordens zu drei Jahren Zwangsarbeit (!), einige Führer der Ausständigen zu acht Monaten (!) und acht Vergenute zu zwei Wochen bis drei Monaten (!) Zwangsarbeit verurteilt worden.

## Verfammlungen.

Die Musikinstrumentenarbeiter versammelten sich am Montagabend im Gewerkschaftshause und hörten den Tätigkeitsbericht der Branchenkommission vom Jahre 1909. Leopold, als Bericht-

erstatter, gab zuerst einen Ueberblick über die Lage im Beruf während des verflochtenen Jahres. Bis zum Herbst machte sich noch die wirtschaftliche Depression so stark fühlbar, daß die Kommission wenig ausdrücken konnte, um den Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen entgegenzutreten. Das Zwischenmeisterstück bereitete sich aus, viel Arbeitslosigkeit herrschte und die Agitation für den Verband strotzte. Mit dem Beginn des letzten Vierteljahres änderte sich die Lage, ein Umschwung in der Konjunktur zeigte ein, die Arbeitslosen verschwanden fast ganz von der Bildfläche, und nun belebte sich auch wieder die Agitation. In manchen Betrieben waren erhebliche Abzüge gemacht worden und man kämpfte jetzt wieder um bessere Bedingungen. Die gute Konjunktur konnte aber nicht so nutzbar gemacht werden wie es wünschenswert wäre, weil die Kollegenschaft nicht immer einig und geschlossen hinter ihrer Kommission stand. Vielfach wurde Uebergeleit gearbeitet, entgegen dem Beschluß des Verbandes, die Ueberarbeit zu vermeiden. — Während des Jahres fanden zehn Branchenversammlungen, elf Versammlungen der Vertrauensmänner und 478 Werkschaftsversammlungen statt. Wegen der Reise wurden in 7 Betrieben 58 Mann ausgesperrt. Verschiedene Differenzen und Streiks brachen aus und wurden zum Teil in günstiger Weise erledigt. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der Kommission in diesem Jahre vergönnt sein werde, ihre Tätigkeit umfangreicher und erfolgreicher zu gestalten, unter der Voraussetzung, daß die Mitglieder des Verbandes ihre Pflichten eifriger als bisher erfüllen.

Nach einer längeren Diskussion über den Bericht nahm die Versammlung die Neuwahl der Branchenkommission und die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung vor.

Die Tapezierer vollzogen in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung die Wahl zum Innungsschiedsgericht. Gewählt wurden als Beisitzer: Bönlke, Brunow, Peiffe, Strauß, Hermann, Jod; als Ersatzmänner: Horst, Rißke, Bar-nitzke, Klink, Veely, Schröder. — Nach der Wahl gab der Obmann der Beisitzer einen kurzen Bericht über die vom Innungsschiedsgericht im Jahre 1909 erledigten Klagen. In der nachfolgenden Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, daß die Arbeiter auf Grund der Erfahrungen, die sie mit dem Schiedsgericht, namentlich mit dem Auftreten des Vorsitzenden Hagemann gemacht haben, dem Innungsschiedsgericht nicht das Vertrauen entgegenbringen können, welches das Verbergericht allgemein genießt.

In einer besonderen Versammlung erstattete der Ausschuss Bönlke Bericht über die Tätigkeit des Gehilfenausschusses. Unter Hinweis auf einige Fälle aus dem vergangenen Jahre konnte er konstataren, daß der Ausschuss bemüht war, die Interessen der Gehilfen wahrzunehmen, doch könne im Rahmen der Innungs-versaffung eine entsprechende Tätigkeit nicht entfaltet werden, da hier den Gehilfen nur Pflichten aber keine Rechte zuzufehen. Im Jahre 1909 wurden 163 Lehrlinge ein- und 182 ausgeschrieben. Im Jahre 1908 waren die entsprechenden Zahlen 219 und 182. — In den Ausschuss wurden gewählt als ordentliche Mitglieder: Bönlke, Rinn, Rißke, Brunow, Osten, und als Ersatzmänner Hirsch und Raabe.

Die Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen (Zentrale Berlin 3 des Schneiderverbandes) hielten am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der der Kassendirektor vom 4. Quartal 1909 vorgelegt wurde. Er läßt für die Hauptkassette mit der Bilanzsumme von 8807,10 M. ab. Von den Ausgaben kommen 902,94 M. auf die Krankenunterstützung. Die Einnahmen der Filialkassette waren 6899,42 M., die Ausgaben 2416,50 M., so daß der Kassendirektor sich am Quartalschluß auf 3482,92 M. belief. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Eue einstimmig Decharge. Als Mitglied des Hauptvorstandes wurde Schwaerlin gewählt, als Revisor der Filialkassette, an Stelle der verstorbenen Frau Gerde, wurde Braun gewählt. Ferner beschloß die Versammlung, das Gehalt des angestellten Bevollmächtigten um 10 M., das der angestellten Hilfskassiererin um 5 M. im Monat zu erhöhen. Sodann gab Eue eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Arbeitsvermittlung. Auf dem Arbeitsnachweis der Filiale werden jetzt dauernd Wäschebinderinnen, Plätterinnen und Zuschneider verlangt. Es ist eine verhältnismäßig starke Nachfrage nach geübten Arbeitskräften vorhanden. Die Mitglieder und Berufsangehörigen haben alle Ursache, sich, wenn sie Stellung suchen, nur an den Nachweis ihrer Organisation zu wenden und haben es durchaus nicht nötig, die in den Zeitungen erscheinenden Arbeitsangebote zu beachten. Es liegt in ihrem eigenen Interesse, dafür zu sorgen, daß der Arbeitsnachweis den Unternehmern stets die gewünschten Arbeitskräfte überweisen kann, soweit überhaupt Arbeitssuchende im Berufe vorhanden sind.

Im übrigen hielt der Redakteur Georg Dabidsch ein Vortrag über Kinderkranke, der lebhaften Beifall fand und vor allem dazu diente, die Versammelten anzuspornen, nach besten Kräften mitzuwirken, daß das Kinderkrankegesetz vom Jahre 1903 nicht nur auf dem Papiere steht, sondern auch wirklich zur Geltung kommt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Das Hochwasser in Frankreich wütet weiter.

Paris, 27. Januar. (W. T. B.) Hier sind jetzt 7040 Telephonverbindungen infolge des Hochwassers unterbrochen. Gegen 3 Uhr nachmittags überflutete das Wasser den Quai Beethier; der Quai des Grands Augustins ist vollständig überschwemmt. In Boulogne sur Seine sind die Quais und die benachbarten Straßen unter Wasser. Barren versehen das Rettungswerk und versorgen die Bewohner mit Lebensmitteln. Im Departement Gard steigt die Rhône noch weiter, in den Ebenen fällt reichlicher Schnee.

Das Wasser in den Kellerräumen des Ministeriums des Auswärtigen steigt fortwährend. Die Expedition mußte in die obersten Stockwerke verlegt werden. In der Beaune-Straße pfachte eine Gasröhre, wobei zwei Arbeiter erstickten. In der Ortschaft Montaeli schweben 500 Arbeiter in Gefahr. Die Bewohner dieser Ortschaft konnte man noch rechtzeitig vor dem Herannahen des Wassers warnen und auffordern, ihre Wohnungen zu verlassen.

Paris, 27. Januar. 10 Uhr abends. (W. T. B.) Das Hochwasser bringt jetzt bereits durch die Quasimanern, die an einzelnen Stellen, so auch hinter der deutschen Botschaft, geborsten sind, hindurch. Daher dürfte auch der Quai d'Orsay, von dem aus man bisher zum Garten der Botschaft gelangen konnte, bald vollständig überschwemmt und das Botschaftspalais von beiden Seiten vom Wasser eingeschlossen sein. In der Rue de Lille ist in einem gegenüber der deutschen Botschaft gelegenen Hause, in dem ein Mädchen untergebracht ist, die Wasserleitung geplatzt, so daß auch die oberen Stockwerke überschwemmt zu werden drohen. In dem Hause sind etwa 30 Mädchen, zumeist Lehrerinnen und Gymnasiallehrerinnen, untergebracht; auch mehrere Kranke befinden sich unter ihnen. Der Ausbruch von Epidemien steht zu befürchten, falls nicht die strengsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden sollten.

#### Kurzer Prozeß.

Lehran, 27. Januar. (W. T. B.) Ein Kesse Ala ed Douleh, namens Nebager es Saitane, der mit den Anhängern des früheren Schahs Reşamed Ali aus Persien ausgewiesen war und jetzt eigenmächtig nach Lehran zurückgekehrt ist, wurde auf dem Stadtplatz gehängt.

Aus dem Etat der Landesversicherungs-Anstalt Berlin für das Jahr 1910.

Der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin ist in mancherlei Beziehung auch für die Öffentlichkeit, insbesondere für die Versicherung von Interesse, weshalb einige wichtige Punkte aus den Verhandlungen über denselben hier wiedergegeben seien.

Der Etat bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 15 268 880 M., darunter der Spezialetat für die Lungenheilstätte und das Sanatorium Veelich mit 2 641 693 M., Heilstätte Lichtenberg mit 126 520 M. und die Tuberkuloseanstalt Lichtenberg mit 78 418 M. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt brachte bei dem Ausschuss den Antrag ein, der Auflösung der Heilstätte Lichtenberg (Geschlechtskrankenbehandlung) zuzustimmen. Er führte zur Begründung aus, daß die belegten Räumlichkeiten für eine Erweiterung der Tuberkulosebehandlung in Benutzung genommen werden sollten, da man mit der Behandlung von Tuberkulose bei Lungenerkrankungen angeblich gute Erfahrungen gemacht habe. Andererseits sei nach der Meinung des Vorstandes die Behandlung Geschlechtskranker nicht mehr ein so dringendes Bedürfnis wie in früheren Jahren, da unterdessen Einrichtungen von anderer Seite getroffen worden seien.

Ferner komme in Betracht, daß man nicht die erwarteten Erfolge erzielt habe. Der Andrang zu dieser Heilstätte liege zu wünschen übrig, was sich daraus erkläre, daß Versicherte, die eine solche Behandlung nötig hätten, aus falschem Schamgefühl die Einrichtung nicht benutzten, andere wieder sehr häufig die Anstalt in Anspruch nehmen, obwohl bei diesen ein Heilverfahren im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes nicht als absolut notwendig erschiene. Der Ausschuss, insbesondere die Vertreter der Versicherten, wollten, ohne daß Ersatz geschaffen werde, von einer sofortigen Auflösung nichts wissen. Man einigte sich auf eine Resolution, wonach der Ausschuss der Auflösung der Heilstätte Lichtenberg unter der Voraussetzung zustimmt, daß der Vorstand vor der Auflösung eine Station für Geschlechtskranke einrichtet oder sonst in geeigneter Weise für die Behandlung der Geschlechtskranken sorgt, damit das notwendige بهداشتliche Heilverfahren durchgeführt werden kann. Der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt, Dr. Freund, legte einen Entwurf vor, wonach in nächster Zeit eine Baracke für circa 20 Geschlechtskranke auf dem der Versicherungsanstalt in Veelich gehörenden Gelände zunächst provisorisch errichtet werden soll.

In dem Hauptetat der Anstalt sind als bemerkenswerte Posten zu verzeichnen: Die Durchführung des Heilverfahrens nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes mit insgesamt 8 008 354 M., darunter befinden sich für Besoldungen und ähnliche Ausgaben circa 700 000 M.; ferner für ärztliche Beiträge 23 300 M. Auf Anfrage wurde dem Ausschuss mitgeteilt, daß im verflochtenen Geschäftsjahre 15 551 Untersuchungen vorgenommen und 10 723 Gutachten abgegeben wurden. Außer der vorgenannten Summe stehen im Etat noch 80 000 M. als Ausgabe für ärztliche und sachverständige Gutachten, Zeugengebühren und Vorauslagen der unteren Verwaltungsbehörde. Die Vertreter der Versicherten nahmen Veranlassung, bei dieser Gelegenheit auf mancherlei Erscheinungen des letzten Jahres hinzuweisen; auch auf die hohen Ausgaben für ärztliche Untersuchungen von Invalidenrenten-Antragstellern und die vielfach erfolgenden Abweisungen.

Bei der Gelegenheit wurde ferner Beschwerde geführt, und zwar gleichzeitig von den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten, über das mitunter eigentümliche Auftreten der Kontrollbeamten, die Betriebe und Karten der Versicherten zu revidieren haben. Es stellte sich heraus, daß unter den Arbeitgebern und auch unter den Versicherten, ja sogar bei Kontrollbeamten die irrige Meinung vorhanden ist, ein Invalidenrentenempfänger dürfe von seinem Arbeitgeber mehr beschäftigt werden. Diese Annahme ist, wie hier ausdrücklich wiederholt wird, ein Irrtum. Es steht der Annahme von Arbeitern und Arbeit trotz Erhaltens von Invalidenrenten nichts im Wege. Dabei wird natürlich immer nur an Einzelfälle zu denken sein, wo nach ärztlichem Gutachten bei Versicherten an eine Wiederherstellung der Arbeitskraft im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes nicht mehr zu denken ist.

Die Kosten der seit circa einem Jahre von der Anstalt errichteten Zahnklinik sind in der Ausgabe mit 100 000 M. veranschlagt. In dieser Summe sind die Gehälter für Zahnärzte und Zahntechniker nicht enthalten. Bei diesem Posten kam eine Gelegenheit zur Erörterung, die Veranlassung zu längerer Aus-

einandersehung gab. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt ließ von solchen weiblichen Personen, die Jahresbeitrag nachsuchen und erhielten, einen Revers unterschreiben, nach dessen Inhalt diese Personen auf die Erstattung der Beiträge im Heiratsfalle auf die Dauer von 10 Jahren verzichten müßten. Der Vorstand führte zur Begründung der Maßnahme aus, daß viele weibliche Versicherte, besonders aus dem schon besser gestellten Kreise der Arbeitnehmer, wie Geschäftsdamen, Kontoristinnen usw. Jahresbeitrag nachsuchen und bewilligt erhielten, nach verhältnismäßig kurzer Zeit sich aber verheirateten und die eingezahlten Beiträge zurückverlangten. Der neue Revers sollte gewissermaßen nur vorbeugend wirken, damit weibliche Versicherte, die eine Ehe eingehen, nicht leichtfertigerweise ihr Versicherungsverhältnis auflösen lassen, andererseits sei es auch nicht Aufgabe der Anstalt, aus Schönheitsrücksichten Gebisse oder Zahnerkrankungen zu verschaffen. Der Ausschuss erklärte sich im Prinzip mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden. Der Vorsitz auf die Dauer von 10 Jahren stelle sich aber doch als eine gewisse Härte dar; es wurde daher gewünscht, und der Vorstand erklärte sein Einverständnis, daß die Karenzzeit von 10 Jahren zwar bestehen bleiben solle, aber mit der Einschränkung, daß die bis zur Stellung eines solchen Antrages zurückgelegten Versicherungsjahre in Anrechnung kommen sollten. Eine weibliche Versicherte, die 7 Jahre gekleidet, hat demnach diesen Revers nur noch mit dreijähriger Gültigkeit zu unterschreiben.

In wie hohem Maße vielfach Arbeitgeber immer noch ihre Pflicht vernachlässigen, den Arbeitern ordnungsmäßig Beitragsmarken zu liefern, geht aus der Tatsache hervor, daß im vergangenen Geschäftsjahre von den Kontrollbeamten nicht weniger als 164 000 Mark für Nachverwendungsmarken eingeholt wurden, 23 000 M. mehr als im Vorjahre!

Im Juli vorigen Jahres wurde den beamteten Angestellten der Anstalt in Verfolg der Erhöhung der Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten ebenfalls eine Erhöhung zuteil. Das veranlaßte seinerzeit die Vertreter der Versicherten, im Ausschuss auch für die nicht Beamtenangehörigen Angestellten eine Erhöhung der Bezüge zu fordern. Eine solche Forderung lag dem Ausschuss vor. Der Vorstand schlug vor, die Befolgung dieser Angestelltengruppe um 2 113,77 M. auszubessern. Diese Erhöhung erschien dem Ausschuss teilweise nicht genügend, teilweise auch nicht ganz gerecht. Die Verhandlungen ergaben, daß die Aufwandslisten, insbesondere bei dem Personal des Spezialstatets für Veelich von 5 auf 8 Jahre verläßt und dadurch ein schnelleres Erreichen des festgesetzten Höchst-einkommens möglich wurde.

Insgesamt beträgt die vorgenommene Erhöhung der Löhne 25 243,26 M.

Bei der Beratung des Spezialstatets wurde von den Vertretern der Versicherten Beschwerde geführt über die Schulzustände für die Kinder der in der Heilstätte Veelich Angestellten. Die Kinder dieser Angestellten müssen die circa eine Stunde entfernten Schulen der Stadt Veelich besuchen. Ein Wagen, der sie befördert, fährt täglich nur einmal hin und zurück. Die kleinen Kinder von 6-8 Jahren, die einen späteren Schulbeginn wie die älteren Schüler haben, müssen morgens mit diesem Wagen mit, und sind gezwungen, in Veelich solange zu warten, bis ihr Unterricht anfängt. Ebenso müssen familiäre Kinder warten, bis der Wagen alle wieder nach der Anstalt zurückfährt. Dabei müssen sich, namentlich für kleinere Kinder, Unzutuglichkeiten herausstellen, die vom Ausschuss auch stark gerügt wurden. Die rühmliche Stabver- treterin von Veelich, in der, nebenbei bemerkt, kein einziger Sozialdemokrat sitzt, hat bisher sehr wenig getan, um diesen Lebensständen abzuhelfen. Die Bewohner der Heilstätte, circa 360, bringen zwar ein Drittel der gesamten Steuern für Veelich auf, werden aber von dieser Stadt, wie dieser Fall zeigt, wie Stiefkinder behandelt. Es ist daher vom Vorstand und Ausschuss der Plan erwogen, an der zuständigen Stelle die Genehmigung einer eigenen Schule nachzusuchen. Gegenwärtig sind einige 50 schulpflichtige Kinder in der Heilstätte vorhanden, eine Zahl, die im Verlaufe einiger Jahre um das Doppelte sich steigern dürfte.

Die Heilstätte Veelich unterhält in eigener Regie eine eigene Bäckerei und Schlächterei. Letztere hat einen jährlichen Umsatz von 300 000 M., wovon für 27 000 M. Waren zum Selbstkostenpreis an die Berliner Krankenkasse und für 3000 M. an die Heilstätte Lichtenberg abgegeben werden. Es sind in der Heilstätte insgesamt tätig: 2 ärztliche Direktoren, 3 ärztliche Abteilungsdirektoren, 3 Ober- und 11 Assistenzärzte; an technischem Personal 1 Verwaltungsdirektor, 1 Inspektor, 8 Bureauassistenten, je ein Garten- und Maschineninspektor und 2 Materialinspektoren; unter dem Stabpersonal befinden sich 16 Krankenbeschwestern, 24 Krankenwärter, 18 Krankenwärtlerinnen, 78 Dienstmädchen, 24

Waschmädchen und 10 Plätzerinnen. Handwerker zählen wir 55, darunter 14 Schlosser, 3 Holzleger, 3 Klempner, je 4 Maurer und Schuhmacher, 8 Maler, 3 Tischler, 2 Tapezierer, 1 Drechsler, 6 Schneider, 2 Barbierer, 2 Bäcker und 3 Schlächter.

Ueber die Verlegung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung nach Charlottenburg, ein Lieblingsplan des Herrn von Goltzowski, ist vor einiger Zeit schon berichtet worden.

Der Ausschuss und Vorstand verurteilte einstimmig diesen ohne Wissen und Willen der beiden Körperschaften betriebenen Plan, der ein großes Licht darauf wirft, wie Unternehmer und die für sie interessierten Personen auf Gesetze und Vorschriften pfeifen, wenn sie ihren Kopf durchsetzen wollen. Der Ausschuss war einstimmig zwar für die Errichtung eines eigenen Dienstgebäudes, weil nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung für die gegenwärtigen Schiedsgerichte ein Ausbau vorzuziehen ist. Dagegen wendete sich der Ausschuss mit Entschiedenheit gegen einen Bau in Charlottenburg, weil nach seiner Meinung das Dienstgebäude in das Zentrum seiner Haupttätigkeit gehört, das heißt in die Mitte von Berlin, um den beteiligten Versicherten die Gelegenheit zu geben, ihre Rechte mit geringem Zeitverlust und billigen Fahrkosten wahrzunehmen zu können. Es wurde beschlossen, den zuständigen Minister zu ersuchen, dem Plane, das Schiedsgerichtsgebäude an die Weichselgrenze von Berlin zu verlegen, die Genehmigung zu verweigern. Die Zeit wird lehren, ob der Minister diesen Erwägungen zugänglich ist oder ob auch für ihn der Wunsch der Berufsangehörigen und des Herrn von Goltzowski Befehl ist!

Mit Jahresabschluss 1909 war die Dienstdauer des bisherigen Ausschusses beendet. Die im November vorigen Jahres bereits erfolgten Neuwahlen ergaben für die Vertretung der Versicherten nur wenige Veränderungen. Nach den geltenden Bestimmungen führt den Vorsitz im Ausschuss Jahr um Jahr abwechselnd ein Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. In der am 3. Januar dieses Jahres erfolgten Konstituierung wurde für das Jahr 1910 als Vorsitzender des Ausschusses der Kaufmann Israel, als Stellvertreter derselben der Vorstehende für 1909, der Schlosser Eduard Barnst gewählt.

Pflegeheime für erblich syphilitische Kinder und Arbeitsheilstätten für syphilitische Arbeiter.

Die Syphilis ist seit einem Jahrzehnt als eine ebenso furchtbare Geißel der Menschheit wie die Tuberkulose erkannt. Sie ist vielleicht noch schlimmer als diese; sie geht erwiefernemahnen von einer syphilitischen Mutter direkt auf das Kind über und veranlaßt eine große Zahl von Aborten, Totgeburten, Fehlgeburten und lebensunfähigen Geburten. Der Syphilidologe Prof. Jounicour in Paris teilt mit, daß von 414 syphilitischen Frauen 154 Kinder tot geboren wurden und von den 260 lebend geborenen 141 kurz nach der Geburt starben. In der geburtsärztlichen Klinik der Charité in Berlin wurden in den Jahren 1902 und 1903 von 2532 Frauen bei 96 Syphilis der Mutter und des Kindes gefundene. Genau läßt sich gar nicht feststellen, wie zahlreich die Todesfälle von Kindern syphilitischer Eltern sind. Bei einer großen Anzahl der unter der Rubrik Atrophie und Lebensschwäche angeführten Todesfälle von Neugeborenen ist, wie der Berliner Sanitätsrat Dr. W. Rosenhals mitteilt, nicht zu bezweifeln, daß sie erblich syphilitisch waren, und die Lebendgeborenen werden später besonders leicht von anderen Krankheiten hingerafft. In diesen Leiden sterben namentlich schon früh zahlreiche uneheliche Kinder der ärmeren Klassen; oder sie erliegen schnell einer hinzugesetzten anderen Krankheit, während erblich syphilitische Kinder wohlhabender Eltern infolge zweckentsprechender und zuverlässiger Pflege dieselben überleben und zu gesunden Menschen herangezogen werden können.

Aber solche unter wirtschaftlichen Miskständen aufgewachsenen erblich kranken Kinder werden — was vielleicht noch schlimmer ist — mangelnd ausgiebiger Pflege und Behandlung zu geistig und körperlich minderwertigen Krüppeln, die ihren Mitmenschen dann zur Last fallen und zum großen Teil dem Verbrechertum anheim-fallen. Dazu kommt, daß die durch Erbteil von den Eltern her mit dieser furchtbaren Krankheit behafteten unschuldigen Kinder eine ständige Gefahr für ihre Umgebung bilden. So sind die Fälle nicht selten, in denen die Kruppe, das Vorperforal, Geschwister, Groß- und Pflegeeltern und durch diese noch weitere Personen resp. Familienglieder von hereditär syphilitischen Kindern angesteckt werden, sei es durch einen Kuss, eine kleine Wunde am Finger, einen Löffel, ein Glas oder ein gemeinsam gebrauchtes

Kleines feuilleton.

Als Paris unter Wasser. Ein fesselnder historischer Rückblick, der im „Gaulois“ veröffentlicht wird, zeigt an interessanten Beispielen, daß die neue Ueberschwemmungskatastrophe in Paris im vergangenen Jahrhundert ihre zahlreichen Vorläufer hatte und daß die Seine keineswegs jener friedliche Fluß ist, als den sie der Fremde kennen lernt, der an einem sonnigen Frühlingmorgen die Quai's entlang schlendert. Vor mehr als vier Jahrhunderten wurden zahllose Menschenleben ein Opfer des Flusses; am 7. Januar 1409 trat die Seine über ihre Ufer und ihre Wasser drangen vor bis zum Place Maubert und Marais. Bis zum 12. stieg die Ueberschwemmung immer mehr; die gedüngtesten Bürger trugen damals in feierlicher Prozession den Reliquienkrein der heiligen Genoveva zum Flußufer, um den Jörn des Elementes zu beschwören. Dort bedroht war die Notre-Dame-Brücke. Ein Jahr später kam eine neue Ueberschwemmung und diesmal wurde die Brücke von den Wassern schwer erschüttert. Aber die Schiffe, die die Brücke untersuchen lassen, versahen keinerlei Wiederherstellungsarbeiten; als am 25. Oktober 1494 unter einem furchtbaren Sturm plötzlich wieder Hochwasser eintritt, wird die Brücke von den Fluten völlig zerstört und mit ihr sinken die 65 Häuser, die sie be- deckten, in die Fluten der Seine. 600 Menschen wurden dabei verschüttet und starben in den Wellen. Die Empörung im Volke, im Parlament und am Hofe war so groß, daß man den Vorsteher der Kaufmannschaft und alle Schöffen des verflochtenen Jahres auf der Stelle verhaftete. Da sie die nötigen Reparaturen verabsäumt hatten, wurden sie zu hohen Geldstrafen und zur Erfüllung aller Schwadenersatzansprüche verurteilt. Sie besaßen nicht genug, um das zu bezahlen, und schmachteten daher bis an ihr Lebensende im Kerker. Die Notre-Dame-Brücke wurde von 1500-1512 dann wieder neu aufgeführt; dabei erhöhte man den Boden am Ufer, so daß die 15 Stufen der Notre-Dame-Kirche ver- schwinden, alle Säulen zu Stellensäulen und die ersten Etagen zum Strahengehoß wurden. Im 1547 riß ein Hochwasser zahllose Schiffe mit sich fort und die St. Michel-Brücke stürzte ein, mit 17 Häusern, die auf ihr standen. Der höchste Wasserstand in der Geschichte von Paris wurde am 4. Juli 1615 erreicht; bei dieser Ueberschwemmung zeigte der Wasserstand am Pont-Royal 9,89 Meter. Im Januar des folgenden Jahres froh die Seine bis zu mehreren Metern tief; plötzliches Tauwetter löste dann die Eismassen, unzählige Fahr- zeuge wurden zerstört und unter dem Druck der Eisflut stürzte der Pont-Royal von neuem mit mehreren Häusern ein. Der Rest der Brücke wird geräumt und fällt im Juli der Hochflut endgültig zum Opfer. Die Pont-Royal-Brücke wurde so ersetzt, daß viele Häuser einfügten, wobei große Schätze aus den Goldläden und den Weinstergeschäften verloren gingen. Im Faubourg Saint-Marcel wurden zwei Häuser ein und begraben neun Menschen unter ihren Trümmern. Aber immer wieder fordert die Seine neue Opfer, 1641 reihen die Fluten die Marienbrücke mit, 1658 kommt eine neue

furchtbare Ueberschwemmung, 1697 eine dritte, und 1740 erreicht die Seine am Pont-Royal wieder 9,89 Meter. Auch mit dem 19. Jahr- hundert endigt nicht die Schreckenschronik; 1802, 1807, 1836, 1876 und schließlich 1880 suchten neue Hochwasserkatastrophen die Bürger von Paris heim.

Eine politisch-geographische Untauke. Der „französische Kongo“ hat aufgehört zu existieren. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht die Dekrete, die die Umwandlung dieser Kolonie in das „französische Äquatorialafrika“ regeln. Die neue Bezeichnung ist richtiger, denn die Kolonie liegt nicht ganz im Kongo- becken. Gabon, das Schabterritorium und Gabal liegen außerhalb. Das ungeheure Gebiet umfaßt zwei wirtschaftsgeographisch ganz verschiedene Teile: eine an Naturprodukten sehr reiche Region, die dafür der Getreidefrucht und des Viehs entbehrt, und ein zum Sudan gehörendes offene Land ohne natürliche Bodenschätze, das sich aber zu Ackerbau und Viehzucht außerordentlich eignet. Wenn die nötigen Verbindungen hergestellt sein werden, dürfte diese Gegend, wie der „Temps“ voraussetzt, die Normalkammer auch für die belgische Kongo- kolonie werden. Wie dieses Blatt bemerkt, ist der neue Name der französischen Kolonie auch darum vorteilhafter, weil er Verwechslun- gen mit dem belgischen Kongo vorbeugt. Dieses für den Nachbar- gar nicht schmeichelhafte Motiv erinnert an die Namensänderungen, die Verwandte von Raubmördern distanzieren erwiesen. Eine Wirt- schaft gegen innere Verwandtschaft ist der neue Name allerdings nicht.

Humor und Satire. Geistiges Turnen.

In einer der letzten Nummern des „Bulletin paroissial“ (Kirchl. Anzeigers) der drei Kirchspiele von Quaregnon (Belgien) er- schien ein höchst merkwürdiges Dokument, das wir wortgetreu wieder- geben. Es lautet:

Großes Wettturnen für junge Leute beider Geschlechter von 7 bis zu 60 Jahren und darüber. (Das Wettturnen findet alle Tage und überall statt.)

Programm: I. Zu bestimmter Morgenstunde: a) Einleitende Freiübungen. 1. Übung: die Augen öffnen. 2. Übung: Das Zeichen des Kreuzes. 3. Übung: „Lieber Gott, Dir bringe ich meinen Tag dar.“ 4. Übung: aus dem Welt, wie wenn es darin brennte. NB. — Diese Freiübungen sichern, wenn sie gut gemacht werden, den Erfolg des Wettturnens. b) Individuelle Übungen mit Geräten (Anzug, Waichboden, Wäsche usw.) 1. Übungs- reihe: sitz so rasch als möglich anziehen. 2. Übungsreihe: (noch rascher) Toilette. 3. Übungsreihe: auf die Arme und Beine langhanteln. Sammeln und auflösen. — II. Im Laufe des Tages: Übungen an Geräten, jeder mit den Geräten seines Standes und seines Berufes. Fester Barren, fest wie die Gerechtigkeit. Genannte Tugend dem Nächsten gegenüber üben. Parallelen. — Neben aller Welt in aller Freundschaft und Nächstenliebe leben und bei den Übungen vermeiden die Nachbarn zu verletzen. — III. Am Abend: Große Parade vor dem General Gewissen. 1. Regiment: Genietruppen — Erdarbeiten. 2. Regiment: Pflänker — Wünsche.

3. Regiment: leichte Reiter — Worte. 4. Regiment: Artillerie — Handlungen. 5. Regiment: Hilfsdienst — Ambulanz — Unter- lassungen. Desfilé: an der Spitze Trompeten der Neue. NB. — Die Preise werden am Abend des Lebens verteilt. Die Preis- richter, deren Unparteilichkeit wohl über Verdacht erhaben ist, sind der liebe Gott und seine Engel.“

Notizen.

Als Direktor des Deutschen Schauspiel- hauses in Hamburg wurde an Stelle des Herrn v. Berger, dessen Bestätigung als Direktor des Wiener Burg-Theaters gleich- zeitig gemeldet wird, Dr. Karl Hagemann gewählt. Herr Hagemann, der aus Hamburg stammt, war bisher Intendant des Mannheimer Theaters, er hat sich durch eine Reihe von Schriften über Regie und Schauspielkunst bekannt gemacht und wird den Wichtigen Berge zweifellos noch erziehen.

Eine keramische Ausstellung, die Erzeugnisse der kgl. Majolikawerkstätte Cobinen und der babilischen Majolikamanufaktur in Karlsruhe umfaßt, wurde im Teppichsaal von A. Wertheim (in der Leipziger Straße) eröffnet.

Zusament nicht. Aus Wien wird gemeldet: Die Statthalterei hat der Direction der Neuen Wiener Bühne die Auf- führung des „Schwanen“ „Feldherrenhügel“ auch in geänderter Form verboten. — Das ist echt österreichisch (wie es ebenso echt preussisch sein würde). Eine absolutistische Bureaucratie gibt nie nach, lieber blamiert sie sich bis aufs Äußerste. Denn das ist ja der einzige Grundlag, der ihrer Hirnlosigkeit eine gewisse Autorität und Konsequenz verleiht: daß sie durch nichts in der Welt sich von dem einmal eingenommenen Standpunkt abbringen läßt. Ob der Standpunkt unsinnig, ungleichlich, gemeingefährlich oder sonst was ist, spielt dabei keine Rolle.

Wann wurde die Schnellpresse erfunden? Ueber diese Frage hat sich ein Streit erhoben, da einige Jubiläums- sanaiter ihren Zeitgenossen gern um einige Jahre voraus sein und das Hundertjahrjubiläum dieser wichtigen Erfindung schon heutz begehren möchten. Die Fachzeitung „Kunst und Buchgewerbe“ stellt nun aber fest, daß Friedrich König, der Erfinder der Schnell- presse, zwar schon 1810 ein Patent auf eine Buchdruckmaschine nach dem Prinzip der Handpresse, aber mit selbsttätiger Einföhrung und mechanischem Antrieb nahm, daß aber das erste Patent auf eine Druckmaschine mit Zylinderdruck vom 30. Oktober 1811 stammt und die erste Maschine dieser Art erst im Dezember 1812 vollendet und druckfertig wurde. Das Jubiläum hat also etwas Zeit.

Der Erfinder des Flugdrachens. In den Ver- einigten Staaten starb der Ingenieur William Eddy, verahmt durch die Erfindung eines nach ihm benannten Flugdrachens, der nament- lich für die Benutzung dieses Geräts zu wissenschaftlichen Zwecken in der ganzen Welt eine ausgedehnte Anwendung erfahren hat. Eddy war in diesen Dingen durchaus Autodidakt, der sich aber hohe Ver- dienste auch in der Verwertung des Flugdrachens für die Photo- graphie in höheren Luftschichten erworben hat.

Wäschestück. Dabei dauerte bei der Syphilis diese Infektionsgefahr mindestens 3 bis 4 Jahre, wenn auch die Infizierten scheinbar längst gesund sind. Der bekannte Syphilidologe Prof. Welander in Stockholm erzählt folgenden, von ihm in einer Familie beobachteten tragischen Fall. Der Vater wurde von einem syphilitischen Manne, der bei der Familie wohnte, durch Zufall mittels eines Gegenstandes an der Junge angesteckt. Vom Vater übertrug sich die Syphilis wahrscheinlich durch einen Kuß auf die Lippen der Mutter. Diese war in anderen Umständen und das Kind starb an Syphilis im Mutterleibe. Nach einigen Jahren gebar die Frau ein lebendes Kind, das aber Symptome der erblichen Syphilis darbot. Durch geeignete Behandlung schwanden diese Erscheinungen und nun lebte die Eltern in dem Glauben, daß das Kind gesund sei. Nach zwei Jahren traten aber neue ansteckende Symptome an den Lippen des Kindes auf. Hierdurch wurden die beiden älteren Töchter im Alter von 12 und 18 Jahren, die bisher von der Krankheit freigeblieben waren, von ihrer Keinen Schwester angesteckt. Auch hier war die Eingangsstelle der Syphilis der Mund. Und diese Fälle sind nicht selten!

Selbst nach vielen Jahren scheinbarer Gesundheit treten oft noch schwere, lebensgefährliche Erscheinungen an einzelnen Körperstellen auf, wie am Knochensystem, den Sinnesorganen, den Schleimhäuten, dem Gehirn und dem Rückenmark. Bei einem jungen Mädchen von 17 Jahren, die angeblich in ihrer ersten Kindheit und Schulzeit vollkommen gesund gewesen war, traten plötzlich Zeichen schnell zunehmender Gehirnverwässerung auf. Allerdings stellte sich auch heraus, daß Vater und Mutter vor der Geburt des Mädchens an Syphilis erkrankt, aber aus Unverständnis nicht ausreichend behandelt waren. Auch waren ihnen schon mehrere Kinder bald nach der Geburt gestorben.

Andererseits hat man festgestellt, daß in wohlhabenderen Familien durch anhaltende und zuverlässige Behandlung und Pflege auch Kinder Syphilitischer zu absolut gesunden Menschen heranwachsen. Solche Beobachtungen haben den erwachsenen Prof. Welander in Stockholm veranlaßt, ein Heim einzurichten, in dem durch mehrjährige Aufenthalt und anhaltend sachgemäße Behandlung und Fürsorge auch erblich belastete Kinder ärmerer Eltern zu gesunden Menschen heranwachsen. Sein Versuch gelang glänzend. Sein Kind starb dort an syphilitischen Erscheinungen. Dieses Beispiel veranlaßte, daß bald in Kopenhagen ein ähnliches Kinderpflegeheim errichtet wurde, und jetzt ist man auch in Berlin dazu geschritten, ein gleiches zu tun. Die Berliner Disziplinäre Gruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Berliner Dermatologische Gesellschaft haben die dringende Notwendigkeit der Errichtung derartiger Heime auch bei uns erkannt und einen eingetragenen Verein „Pflegeheim für erblich kranke Kinder“ ins Leben gerufen, an dessen Spitze der erwähnte Sanitätsrat Dr. Rosenthal steht, und das im April 1900 in einem von der Stadt Berlin gekauften, in einem parzellierten Garten von 2700 Quadratmeter in Friedrichshagen sich bis zum Müggelsee erstreckenden Gelände liegt. Dieses erste Pflegeheim für erblich kranke Kinder in Deutschland ist für die Aufnahme von 40 Kindern in der Weise eingerichtet, daß jedes Jahr 10 Kinder aufgenommen werden, die vier Jahre in dieser Pflege bleiben und dann als gesund und ohne Schaden für sich und ihre Umgebung anderweitig untergebracht werden können. Im ersten Jahre sind ein eheliches und neun uneheliche Kinder aufgenommen worden. Auch die Mütter können während des ersten Jahres aufgenommen werden, um ihre Kinder und eventuell auch noch andere syphilitische Kinder zu stillen, denn eine gesunde Amme würde dadurch von diesen Kindern ebenso angesteckt werden, wie ein gesundes Kind von einer syphilitischen Amme, während syphilitische Kinder ohne Schaden von einer syphilitischen Amme gestillt werden können und dabei gedeihen. Es fanden auch im ersten Jahre vier syphilitische Mütter als Ammen Aufnahme, von denen zwei noch heute da sind und deren Kinder vorzüglich gedeihen. Schon die wenigen Monate des bisherigen Betriebes lassen vorläufige Einwirkung der Behandlung und Pflege erkennen, unter der die Kinder prächtig gedeihen. Deshalb hofft man die noch bestehenden finanziellen Schwierigkeiten der Anstalt unter Beistand größerer Gemeinden befriedigend lösen zu können. So ist der Weg angebahnt, wie nicht nur diese Kinder und ihre Mütter geheilt werden, sondern auch eine weitere Verbreitung der Seuche wird durch sie verhindert. In Betreff der an Syphilis erkrankten Männer ist dies dagegen noch nicht gesichert. Zwar sind die Krankenkassen durch die letzte Ergänzung des Krankenversicherungsgesetzes jetzt auch bei Geschlechtskrankheiten ihrer Mitglieder zu ärztlicher Behandlung und Genährung von Kranken geldd verpflichtet. Aber in den scheinbar leichteren syphilitischen Erkrankungen unterliegt man meist mit Einwilligung oder auf Wunsch der Erkrankten die Überweisung an Krankenanstalten. Auch ist der Aufenthalt in der venerischen Abteilung eines Krankenhauses für einen Mann oder eine Frau mit anständiger Gesinnung oft widerwärtig und die Erkrankung meist derart, daß der Patient dabei arbeitsfähig ist und auch arbeiten möchte. Sie werden daher meist nur ambulatorisch behandelt, wenn auch eigentlich ihre Isolierung von gesunden Menschen notwendig wäre. Aus diesem Grunde dürfte die von Dr. Saalfeld in Berlin angeregte Errichtung von Arbeitsstätten für Syphilitiker die Verschleppung der Krankheit am sichersten verhindern und zugleich durch diese Isolierung die tüchtigste schnelle Heilung dieser arbeitsfähigen Personen unter geeigneter Beschäftigung am besten verbürgen. So gut wie man zweckmäßige Arbeitsstätten für Blinde, für Krüppel usw. geschaffen hat, so dürften auch Erweiterungen über die Ein-

richtung von Arbeitsstätten für Syphilitiker unter Mithilfe von Krankenkassen, Staat und Gemeinden zu einem befriedigenden Resultat führen.

Sollte es den Forschungen des Professor Ehrlich-Frankfurt am Main, über die wir vor kurzem berichteten, gelingen, der Syphilis den Garaus zu machen, so wäre das von unschätzbare Bedeutung für die Menschheit. So verheißungsvoll aber auch die Arbeiten des ersten Forschers sind, so wenig darf man die Hände in den Schoß legen und mit der Belämpfung der Syphilis warten, bis das heiß ersehnte Resultat jener Forschungen Wirklichkeit geworden ist.

## Soziales.

### Der neue Mietsstempel.

Eine Reihe von Aufschriften zeigt, daß über die von und wiederholt veröffentlichten Mietsstempelvorschriften noch große Unklarheit herrscht. Wir bringen deshalb die für die Zeit seit dem 1. Juli 1909 in Kraft stehenden Vorschriften des neuen Mietsstempelgesetzes in Erinnerung.

Der Mietsvertragsstempel (der nicht auf dem Vertrag, sondern in einem vom Vermieter zu führenden Verzeichnis quittiert wird) wurde früher von allen schriftlichen Mietverträgen erhoben, deren Mietszins 300 M. jährlich übersteigt und beträgt  $\frac{1}{10}$  Proz. des Mietszinses. Seit dem 1. Juli 1909 wird der Stempel für alle, auch mündliche Mietverträge erhoben. Die Grenze der Stempelpflichtigkeit soll bei dem Jahreszins von 300 M. (oder einer entsprechenden 150 M. übersteigenden Quote für einen Teil des Jahres) beginnen, der Mietsstempel ist aber erheblich, nämlich von  $\frac{1}{10}$  auf  $\frac{1}{10}$  bis 2 Proz. erhöht. Stempelbeträge unter 50 Pf. werden auf 50 Pf. abgerundet. Beträgt bislang der Mietsstempel bei einer Miete von 300 bis 500 M.: 50 Pf., bei einer Miete von 500 bis 1000 M.: 1 M., bei einer Miete von mehr als 1000 bis 1500 M.: 1,50 M., bei mehr als 1500 bis 2000 M.: 2 M. usw., so beträgt seit dem 1. Juli der Stempel bei Jahresmieten von

mehr als 300 M. bis 400 M.	0,50 M.
400 " " 500 "	1,00 "
500 " " 666,66 "	2,00 "
666,66 " " 833,33 "	2,50 "
833,33 " " 1000 "	3,00 "
1000 " " 1125 "	4,50 "
1125 " " 1250 "	5,00 "
1250 " " 1375 "	5,50 "
1375 " " 1500 "	6,00 "
1500 " " 1625 "	6,50 "

usw. bis 2000 M.  $\frac{1}{10}$ , bis 3000 M.  $\frac{1}{10}$ , bis 4000 M.  $\frac{1}{10}$ , bis 5000 M.  $\frac{1}{10}$  usw., bei mehr als 20000 M. 2 Proz. der Jahresmiete. Betrifft das Mietsverhältnis Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, so bleibt die Hälfte der Stempelabgabe unerhoben. Betrifft ein Mietverhältnis zum Teil Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, zum Teil andere Räume, so tritt die Ermäßigung nur ein, wenn in den vom Vermieter zu führenden Stempelverzeichnis eine entsprechende Trennung des Mietszinses gemacht ist. Mietverträge, durch die Gastwirte oder Zimmervermieter Fremde zur Beherbergung aufnehmen, sind stempelfrei.

Zimmervermieter haben den Stempel gleichfalls bis zum Schluß des Monats zu entrichten, wenn der Mietszins auf das Jahr berechnet 300 M. übersteigen würde. Nebenleistungen, wie Lieferung des Frühstücks, sind unserer Ansicht nach nicht dem Mietbetrag zuzurechnen. Eine entgegenstehende Ansicht gibt das Hauptzollamt kund. Nach der von uns nicht geteilten Auffassung der Zollbehörde sind mündliche Chombrigovierverträge, auch dann, wenn der Vermieter zugleich geringfügigere Nebenleistungen, zum Beispiel die Lieferung des Frühstücks übernommen hat, einheitlich, das heißt unter Hinzurechnung des für diese Nebenleistungen vereinbarten, bezw. auf dieselben entfallenden Betrages als Mietverträge durch das Mietsverzeichnis zu verzeichnen. Zimmervermieter werden, um der durchaus unberechtigten Besteuerung von Frühstücken mit Mietsstempel zu entgehen, gut tun, den Mietspreis und den Preis für das Frühstück besonders (getrennt) zu vereinbaren, zum Beispiel 28 M. für Miete, 4 M. für Frühstück.

Die Mietsstempelbelastung wäre in dieser für den Mittelstand und die Arbeiterklasse besonders drückenden Weise nicht zustande gekommen, wenn das Abgeordnetenhaus auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahrecht und nicht auf dem Dreiklassensensus beruhen würde.

### Entschädigung wegen ungenügender Beschäftigung.

Der Dreher Langer war zum 11. Dezember von der Neuen Bergwerksgesellschaft engagiert worden. Als er sich zur Arbeit einfinden sollte, wurde ihm eine Revolventenpistole zum Arbeiten angewiesen. Das lehrte er aber ab, da er bisher nur als Dreher an der Leitspindelbank gearbeitet hatte, was er der Firma schon in seinem Bewerbungsschreiben mitgeteilt hatte. Da aber eine Leitspindelbank nicht frei war, konnte Langer nicht beschäftigt werden.

(Unterhaltungsblatt; 27. Okt.); Wiesbadener Zeitung (28. Okt.); Dippreuther Zeitung (17. Okt.); Saarbrücker Volksztg. (22. Okt.); Deutsche Industrie-Zeitung (im Leitartikel, 16. Okt.); Der Papierfabrikant (Heft 41, 15. Okt.); Der Steinbruch (25. Okt.); Gummi-Zeitung (15. Okt.); Farbenzeitung (Berlin, 23. Okt.), usw.

Berlin-Friedenau, 25. Januar 1910.

Dr. Fritz Stephan Neumann.

Der deutsche Dr. phil. Fritz Stephan Neumann beglückt und an Kaisers Geburtstag (sein Patriot weiß, was er zu tun hat!) mit einer „Verdichtung“. Die Klauderei, die so dem für Männer wie Neumann geradezu gemachten § 11 des Verdrängungsgesetzes zum Opfer fällt, hat am 21. November — vor  $\frac{1}{2}$  Wochen! — im „Vorwärts“ gestanden! Wer aber glaubt, daß Herr Neumann mehr als zwei Monate braucht, um sich auf eine Erwiderung zu besinnen, der irrt sich. Nein — Neumann, der Beschwoel, versichert es uns in einem ziemlichem Begleiterschriften höchst eigenhändig: sein Ausschmittbureau (nicht zu verwechseln mit Ausschmittbureau) hat an dem bedauerlichen Versehen Schuld, na überhaupt und so!

Ob das, was Dr. Neumann in seiner Reklame — „Verdrängung“ — Rotz alles aufzählt, auch wahr und richtig ist, das wissen wir nicht. Haben auch keine Lust, es nachzuprüfen; denn eine „Verdichtung“ braucht bekanntlich weder wahr noch richtig zu sein. Aber möglich ist schon. Hat doch neulich erst die „Köln. Zeitung“, wie die „Tägliche Rundschau“ (die das unerbittliche Bild hat, Herrn Dr. Neumann als Redakteur zu besorgen) gestern früh haarfeln zitierte, Dr. F. St. Neumann und sein Gefudel rühmend genannt!

Wir wissen jetzt also: Neumann hat wiedergelaut. „Konservative Korrespondenz“, „Korrespondenz des Reichsverbandes“ und — „Tägliche Rundschau“ haben das Wiedergelaut des Wiederkäuers wiederwiedergelaut und ein paar Zeitungen haben dieses Wiederwiedergelaut wiederwiedergelaut (soweit sie nicht — darüber schweigt Friedrich sich aus — ihm seinen Quark rechts und links um die Ohren schlugen)! Uebrigens: wenn die — Gummi-Zeitung Herrn Dr. Neumann nicht in ihre Arme geschlossen hätte, so wäre uns das in der Seele weh getan haben.

Sollte Dr. phil. Fritz Stephan Neumann oder sein Ausschmittbureau auch diese Rotz übersehen, so will ich's ihm ebenso glauben wie das erste Mal.

Er klagte deshalb gegen die Gesellschaft beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung von 64,80 M. In dem Termin vor dem Gewerbegericht besitzte der als Zeuge vernommene Werkführer, der den Kläger engagiert hat, denselben speziell als Leitspindelbankdreher eingestellt zu haben.

Das Gericht beurteilte die Beklagte entsprechend dem Klageantrage, weil es aus dem dem Engagement vorausgegangenem Schriftwechsel die Ueberzeugung bekommen hatte, daß der Kläger als Leitspindelbankdreher engagiert worden ist.

### Preussische Schulmishandeln.

Auf die Rückständigkeit preussischer Schulmishandeln warf ein Prozeß ein bezeichnendes Licht, der vor der Trierer Straf-Lammer dieser Tage verhandelt wurde. In dem kleinen Ortchen Schlausenbach an der Eifel hatten zwölf Einwohner im letzten Frühjahr hintereinander nicht weniger als je sieben Strafmandate erhalten, weil sie ihre Kinder vom Schulbesuch ferngehalten hatten. Da die Betroffenen Einspruch erhoben hatten, gelangte die Angelegenheit zunächst vor dem Schöffengericht in Prüm zur Verhandlung, in der folgender Sachverhalt festgestellt wurde. Im Frühjahr 1909 verfiel die Regierung die Umschulung der Kinder von Schlausenbach nach Aum, da die Schlausenbacher Lehrstelle nicht besetzt werden konnte. Die Schuldäter erklärten aber, die Regierung habe kein Recht zu einer solchen Umschulung und weigerten sich, ihre Kinder nach Aum in die Schule zu schicken. Zumal der Weg dorthin von den Kindern nicht ohne Schädigung der Gesundheit zurückgelegt werden könne. Das Schöffengericht nahm zunächst eine Bestätigung des Weges von Schlausenbach nach Aum vor und konstatierte, daß dieser Weg bei schlechtem Wetter sich direkt in eine Pfütze umwandelte. Ohne Gesundheitschädigung sei es den Kindern nicht möglich, den Weg, zu dem man eine Stunde Zeit benötigt, mehrmals in der Woche zurückzulegen. Der Einspruch der Schuldäter, die Regierung sei nicht berechtigt gewesen die Umschulung vorzunehmen, wurde für nicht stichhaltig erklärt, trotzdem aber angelehnt der Ortverhältnisse auf Freisprechung erkannt. Die Berufungsinstanz von Trier bestätigte diesen Freispruch.

### Einführende bayerische Schulpaläste.

Im Dorfe Niedbrunn in der Oberpfalz erfuhr dieser Tage der Unterrichts- in der Volksschule eine läche, wenn auch für Kenner bayerischer Schulmishandeln nicht verwunderliche Unterbrechung. Es stürzte plötzlich mit Donnergepolter und unter Staubwolken ein Teil der baufälligen Decke herab auf die Schulbänke. Es fehlten infolge der außerordentlich schlechten Witterung eine Anzahl Schüler, weshalb die von dem herabstürzenden Schutt getroffenen Schulbänke leer waren. So wurde ein großes Unglück durch reinen Zufall abgewendet.

## Aus Industrie und Handel.

### Einfuhrscheinwesen.

In ganz erheblicher Weise wird die Staatskasse durch die Praxis des Einfuhrscheinswesens geplündert. Das demonstrieren wieder in recht aufreizender Weise die nun vorliegenden Angaben über die im Jahre 1909 durch Einfuhrscheine beglichenen Zollbeträge. Während im Jahre 1907 49 749 371 M. Zölle durch Einfuhrscheine beglichen wurden, ergibt sich für 1909 ein Betrag von 92 908 385 M. Das ist eine Zunahme um rund 43 Millionen Mark gleich 86,7 Prozent.

Was den Zweck einer Witwen- und Waiserversicherung dienen sollte, reden die Exporteure als Liebesgabe ein. Das ist die Politik der Junker und Heiligen.

Theater-Gründung. Am Dienstag haben sich die Interessenten der Großen Oper zu einem Gründungssymposium zusammengepfloffen. Die bisher gezinnete und eingezahlte Summe beträgt, wie gemeldet wird, 750 000 M.; weitere 250 000 M. sind von einem Konfession übernommen worden. Für den Rest des Aktienkapitals von 1 000 000 M. soll weiteren Interessentenkreisen Gelegenheit zur Zeichnung gegeben werden.

Die Kisten der Kaufmannschaft von Berlin, die bereits einmal gegen den Zwang der Einfuhrsicherung protestiert haben, beschloffen, erneut die Befreiung des Handels von Gewerbesteuer zu beantragen, da dem Handel und Verkehr hierdurch fortgesetzt Unzutraglichkeiten erwachsen. Die rote Farbe der Kisten teilt sich den Fahrzeugen, in denen sie verladen wird, mit und die später darin beförderten Waren nehmen dann auch die rote Farbe an. So wurde ein Haß von Rotfärbung von Mais mitgeteilt, der in einem Kahn befördert worden war, in dem sieben Wochen vorher gefärbte Gewerbesteuerscheine transportiert worden war. Dem Schiffer erwachsen aus der Beförderung gefährdeter Gewerbesteuer in seinem Kahn Nachteile, weil das Fahrzeug für den Transport einer ganzen Anzahl von Waren, z. B. Brotfrucht, Walzgerste nicht geeignet ist; manche Schiffer übernehmen daher die Beförderung von gefährdeter Gewerbesteuer überhaupt nicht, wodurch ihnen mancher Verdienst entgeht. Dem Verfrachter entstehen andererseits unter Umständen noch größere Verluste, wenn seine Ware während des Transports die rote Farbe des Gefasses angenommen und infolgedessen für ihren eigentlichen Verwendungszweck ungeeignet geworden ist.

Weizenmehlfuhr. Insgesamt wurden im Jahre 1900 1 654 745 Doppelzentner Weizenmehl ausgeführt gegen 1 513 915 im Jahre 1908. Der Wert stellte sich 1909 auf 48,05 Millionen Mark gegen 32,20 Millionen im Jahre zuvor, sodas sich eine Wertsteigerung um 15,85 Millionen Mark ergibt. Es sind das fast 50 Proz., um die die Einnahme aus dem Weizenmehltransport gestiegen ist.

Kampf gegen Lebensmittelwucher. Aus New York wird unterm 27. Januar gemeldet: Die New Yorker bohrtotierten mit besonderer Energie den Truf der Milchhändler. Nach einer stürmisch verlaufenen Versammlung am gestrigen Nachmittag zeigten gestern abend ungefähre ein Duzend der großen Milchfirmen öffentlich an, daß sie ihre Preise auf das alte Niveau herabsenken werden. Der Kampf gegen den Fleischtruf dauert noch an.

### Ein neuer Truf.

Mit einem Kapital von 800 000 Dollar hat sich ein neuer Truf in Amerika gebildet. Die größten Geschäfte der Bekleidungsbranche haben sich nach tagelangen Verhandlungen, deren Ergebnisse bisher geheim gehalten wurden, schließlich zu einer Allianz vereinigt, um eine genaue Kontrolle des Materials vom Rohprodukt an bis zur fertigen Ware zu organisieren. Die Baumwollfabrikanten, die Baumwollplantagenbesitzer in den Südstaaten haben schon vor längerer Zeit mit den Wollfabrikanten in England Verbindungen angeknüpft, um diese dem Truf gefügig zu machen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die englischen Wollgroßhändler dem neuen Unternehmen zwar sehr günstig gegenüber stehen, ihre definitive Beitritt zum Truf ist jedoch bisher noch nicht erfolgt.

Ridel in Kanada. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ wurde vor einiger Zeit in dem von der kanadischen Abgeordnetenkammer eingeleiteten Ausschuss für Verg- und Hüttenwesen ausgeführt, daß Kanada drei Fünftel des gesamten Ridelvorrates der Welt besitze. Die Bezirke, in denen Ridel vorkommt, stehen unter der Herrschaft eines amerikanischen Trustes, der International Ridel Company in New York. Der kanadischen Regierung wurde dringend empfohlen, über die Ridelquellen des Landes zum Nutzen Kanadas und Großbritanniens selbst zu verfügen. Viele Millionen Tonnen dieses Metall liegen nutzlos da, weil der Trust den Abbau noch nicht wünscht. Man müsse mit aller Energie darauf dringen, daß Kanada diese Ridelvorräte an sich nehme und so England einen großen Vorteil vor allen anderen Ländern für den Bau moderner Schiffschiffe sichere.

## Wiederkäuer.

Ant die Redaktion des „Vorwärts“.

In Nr. 273 des „Vorwärts“ widmen Sie der Broschüre „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin, für den deutschen Arbeiter und Bürger zusammengefaßt von Dr. Fritz Stephan Neumann, Friedenau-Berlin, Berlin 1909, Verlag von Otto Elsner“, eine Besprechung, die ich Sie, wie folgt, zu berichtigen ersuche:

Es ist un-wahr, daß „kein Blatt, selbst kein reaktionäres“, auf diese Broschüre „angebissen“ hat.

Wahr ist vielmehr, daß bis zum 21. November, dem Tage Ihrer Besprechung, außer den von Ihnen bereits erwähnten Organen, der „Konservativen Korrespondenz“, der „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ und der „Täglichen Rundschau“ folgende Zeitungen, Zeitschriften und Fachorgane auf die Broschüre „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin“ in Leitartikeln, längeren und in kürzeren Besprechungen „angebissen“ haben: Norddeutsche Allgemeine Zeitung (im Leitartikel des 17. Okt.); Deutsche Zeitung (als Leitartikel; 8. Okt.); Die Post (als Leitartikel; 9. Okt.); Nationalzeitung (13. Okt.); Nationaldemokratische Blätter (31. Okt.); Deutsche Arbeiterzeitung-Berlin (24. Okt.); Oesterreichische gewerböl. Arbeiterzeitung-Wien (23. Okt.); als Leitartikel; Leipziger Neue Nachrichten (21. Okt.); Rheinisch-Westfälische Zeitung (13. Okt.); Schwäbischer Kurier (11. Okt.); Augsburgischer Abendzeitung (13. Okt.); Dippreuther Zeitung (20. Okt.); als Leitartikel „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“; Schlesische Volkszeitung (17. Okt.); Neue Augsburgische Zeitung (17. Okt.); „Hamburiger Echo“ (12. und 13. Nov.); Leltower Kreisblatt (13. Okt.); „Parade“ (Amtliche Zeitung des Deutschen Arbeiterverbandes; 20. Okt.); Regensburger Anzeiger (10. Okt.); Saarbrücker Zeitung (11. Okt.); Fränkisches Volksblatt (13. Okt.); Fürstentum Bremer (13. Okt.); Uraniumshauer Anzeiger (13. Okt.); Mannheimer Generalanzeiger (11. Okt.); Bayerische Post (Nov. 4); Reddinghäuser Zeitung (14. Okt.); Mainzische (23. Okt.); Die Arbeit (Wien; 24. Okt.); Glauchauer Ztg. (23. Okt.); Altonaer Nachrichten (14. Nov.); Oeppler Zeitung (30. Okt.); Fränkischer Kurier

# Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hatte mit der Ankündigung eines Vortrages über Frauenkleidung am letzten Mittwoch eine überaus zahlreiche Zuhörerschaft nach Feuersteins Festsaal gelockt.

In interessanten, treffenden Ausführungen suchte Herr Dr. Pollad den Wert einer verbesserten Frauenkleidung nachzuweisen. Das Proletariat, das in so verdienstvoller Weise den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen habe, solle auch der Unvernunft der heutigen Frauenkleidung den Krieg erklären. Ein Ueberbleibsel aus längst vergangener Zeit nannte er sie, aus einer Zeit, da die Frau dem Manne noch als Hieppuppe und Schaustück diene, während sie heute für den Kampf um das Dasein arbeitsfähig sein müsse. Dabei bedürfe die Frau einer zweckentsprechenden Kleidung, die ihre Leistungsfähigkeit erhöhe. Welche schädigende Wirkung die heutige Zweiteilung in Bluse und Rock und vor allem die sogenannte Stütze, das Korsett, hervorbringe, bewies der Vortragende, indem er der Abbildung eines normalen Frauenkörpers das monströse Gegenstück eines durch das Korsett verunstalteten gegenüberstellte. Der Brustkorb, das Zwerchfell, der Magen, die Leber und die Bauchorgane leiden unter der Einwirkung des Schürleibes. Der durch Kleidung und Korsett auf die Körpermitte ausgeübte Druck pflanzt sich nach allen Seiten fort und lähmt daher auch die Verdauungsorgane, so daß ein großer Teil der Frauenleiden — wenn auch nicht verursacht — so doch unterhalten und verschlimmert wird durch die zweckwidrige, ungelungene Kleidung. Irrig sei die weitverbreitete Ansicht, das Korsett diene dem Körper als Stütze. Die Hauptursache sei die gerade auf diesem Gebiete herrschende Unwissenheit zu bekämpfen, damit wenigstens die kommende Generation von den Watterwerkzeugen des Schürleibes und der einengenden Kleider verschont bleibe. Nur dann könnten gesunde Arbeiterinnen, gelunde Mütter heranwachsen. Bei Bettanlag und irgendwelchen Deformationen wäre es selbstredend ratsam, dem Körper eine Stütze zu geben; doch müßte z. B. eine Leibstütze den Leib nicht wie bisher von oben nach unten drücken, sondern ihn von unten nach oben heben, um die inneren Organe genügend zu stützen. Der Redner besprach dann des näheren, wie die Unterkleidung der Frau beschaffen sein müsse. Der oft erhobene Einwand, die Reformkleidung sei plump und unanständig, treffe für die heutigen Gewänder keinesfalls mehr zu; ganz im Gegenteil könne man behaupten, daß die großen, schönen Linien des Frauenkörpers durch die neue Tracht weit besser zur Geltung kämen. Diese Behauptung wurde bestätigt durch die darauf folgenden Demonstrationen. Fräulein Lido ließ ungefähr 30 junge Mädchen Revue passieren und begleitete diese Vorführung mit praktischen Erläuterungen. Den schwerwiegendsten Einwand nämlich, daß die Reformkleidung zu teuer sei, weil die Industrie sie noch nicht in ihre Produktion aufgenommen habe und fertige, in Massen hergestellte, darum preiswerte Ware nicht käuflich sei, entkräftete sie durch Hinweis darauf, daß die jetzt üblichen Blusen und Röcke mit Leichtigkeit in Reformkleidung umgearbeitet werden könnten.

In der darauf folgenden Diskussion wurde noch hervorgehoben, daß während der Schwangerschaft der Frau das Korsett und eine vernünftige Unterkleidung zur Geseundershaltung von Mutter und Kind eine unerlässliche Bedingung sei. Es zeigte sich auch wiederum, daß gerade die proletarische Frau, die aus klarer Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage mit verzerrten, rüchständigen Anschauungen behaftet ist, jeder neuen, gesundheitsfördernden Vestrückung zugänglich ist. Weis sie doch, daß sie den Kampf zur Befreiung ihrer Klasse, den sie Seite an Seite mit dem Manne kämpfen will, erfolgreich nur führen kann, wenn sie sich und ihre Kinder gesund erhält.

Am nächsten Vereinsabend, Mittwoch, den 2. Februar, spricht Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75, über das Thema: „Sozialdemokratie und Kultur“. Am 6. Februar drittes Konzert im Chorale-Saal, Bellevuestr. 4. Die Feier des ersten Stiftungsfestes findet am 20. Februar im Gewerkschaftshaus statt und wird zu einem heiteren Abend unter Mitwirkung von Bogena Bradshy, Robert Koppel und James Rotstein gestaltet. Die Festrede hält Genosse Max Grundwald. Eintrittskarten zu beiden Veranstaltungen a 50 Pf. sind im Verein und in folgenden Adressaten zu haben: Frau Panzeram, Pappelallee 76 I; Frau Klopch, Rätestr. 1; Frau Jordan, Lühder Str. 43; Frau Köhler, Schreinerstr. 58; Frau Kullde, Prinzengr. 102; Frau Jachau, Lörzingstr. 88 II.

## Erwerbstätige Frauen in den Vereinigten Staaten.

In allen 308 Berufen, welche die letzte amerikanische Berufsstatistik verzeichnet, sind, mit Ausnahme von neun Berufen, auch Frauen, und zwar meist in großer Anzahl, beschäftigt. Insgesamt wurden in den Vereinigten Staaten sechs Millionen erwerbstätige Frauen gezählt, davon in der Stadt New York allein schon 400 000. Von den letzteren hatten 30 000 Frauen und Mädchen nicht nur sich, sondern auch noch ihre Angehörigen allein zu ernähren. Von den im Staate New York beschäftigten 750 000 Arbeiterinnen waren nicht weniger wie 14 000 über 64 Jahre alt. Solche Zahlen reden eine gar lebendige Sprache für die moderne Entwicklung der Vereinigten Staaten, noch mehr aber für die Notwendigkeit der Organisation des weiblichen Proletariats.

## Gerichts-Zeitung.

### Ungehör vor Gericht.

Am 16. Dezember berichteten wir davon, daß der Chauffeur Emil Lehmann vom Potsdamer Schöffengericht mit einer Ungehörstrafe von einem Tage Haft belegt war, weil er geäußert habe, die Angelegenheiten der Fabrikationsmänner hergestellt. Die gegen diesen ungeheuerlichen Beschluß eingelegte Beschwerde ist von den weltfremden Richtern beim Kammergericht zurückgewiesen. Der Vorfal zeigt, wie notwendig ein Schatz der Angeklagten gegen falsche Ansichten des Gerichts und die Freisetzung der gelehrten Richter durch Richter aus allen Kreisen der Bevölkerung ist.

Demselben Angeklagten war das Mißgeschick passiert, daß ihm zwar der Richter erlaubt hatte, vom Gefängnis aus an seine Frau zu telefonieren, daß ihm aber die Gelegenheit hierzu in Gefängnis scharf abgewiesen war. Seine hiergegen gerichtete Beschwerde ist mit der lakonischen Begründung abgelehnt, er habe seine Absicht, seine Angehörigen von seiner Verhaftung in Kenntnis zu setzen, nach den angestellten Ermittlungen — keinem der Gefängnisbeamten gegenüber geäußert! Dann ist es offensichtlich den Ermittlungen nicht gelungen, die Wahrheit zu ermitteln. Leider bleibt der Chauffeur in seinem Verstand getrübt — die preussische Justiz ist nicht in der Lage, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen oder auch nur dazu, Vorsetzungen dahin zu treffen, daß in Zukunft zu Recht oder Unrecht verhaftete Angeklagte sofort Gelegenheit erhalten, ihre Angehörigen von der ihnen widerfahrenen Unbill in Kenntnis zu setzen. Und bei dieser Zuständen wundern sich die Regierungen, daß das Vertrauen zur preussisch-deutschen Justiz immer mehr schwindet!

### Körpervorfälle

Tag einer Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zugrunde, die das Schwurgericht am Landgericht III beschäftigte. Angeklagt waren der Erbhauer Reinhold Stielich aus Freienbrunn bei Esmern und dessen Ehefrau Martha S.

Der Angeklagte Stielich, welcher in dem Dürschen Freientriest ein kleines Auenweid besitzt, lebte schon seit längerer Zeit mit seinem Nachbarn, dem Gastwirt Hermann Schmidt in grimmigster Feindschaft. Diese war durch folgenden geringfügigen Anlaß entstanden. Eine dem Angeklagten gehörende Gasse war in tiefer Zuneigung zu einem jungen Entenstreich entbrannt, der zum Geflügelbestand des Nachbarns Schmidt gehörte. Jeden Abend stellte es sich bei der Fütterung des Geflügels heraus, daß die verlebte junge Ente es vorgezogen hatte, ihre geliebten Enten in dessen nächstlichen

Aufenthaltort zu folgen. Der Angeklagte mußte dann jedesmal erst zu dem Nachbar Schmidt gehen und um Ausständigung der widerwilligen Ente bitten. Hierbei war es schon einmal zu Differenzen gekommen. Am 9. Mai d. J. warteten nun die beiden Angeklagten am Wasser, um sich aus den ankommenden Enten die ihnen gehörigen herauszugreifen. Als der Nachbar Schmidt hinkam, äußerte er noch gemüthlichen Tones, die Enten Schenkeleute sollten die Enten doch nicht so jagen, sondern sich die ihrigen dann aus dem Stall abholen. Diese Aeußerung wurde von den Angeklagten schief aufgenommen. Es kam zu einem Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Es entstand eine allgemeine Kauerer, bei welcher die Frau D. mit einem Holzposten auf Schmidt eingeschlagen haben soll. Schmidt stürzte plötzlich zu Boden und blieb tot liegen. Nachdem sich die Anwesenden von dem Schreck über diesen unerwarteten Ausgang erholt hatten, wurde ein Arzt hinzugezogen, der nur noch den Tod des Schmidt konstatieren konnte. Die Obduktion ergab als Todesursache eine Herzlähmung. Vor Bericht befandete der Sachverständige Gerichtsarzt Dr. Marx, daß die Herzlähmung als eine Folge der erlittenen Mißhandlungen anzusehen sei. Der auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Walter Jaffé geladene praktische Arzt Dr. Müller befandete dagegen, daß er den getöteten Schmidt schon seit mehreren Jahren an einem schweren Herzleiden behandelt habe, und daß mit aller Wahrscheinlichkeit die Herzlähmung eine Folge der Aufregung gewesen sei, in die Schmidt bei dem Streit geraten sei. Die Geschworenen vereinigten sämtliche Schuldfragen, so daß die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden mußten.

### Polizeibureaukratismus und Vereinigungs.

Als am 18. Oktober der von einem Streikbrecher ermordete Arbeiter Wendler in Nürnberg auf dem Zentralfriedhof beerdigt wurde, hatten 20—30 000 Arbeiter durch Arbeiterräte demonstriert. Einige Tausende waren nach der Vererdigung in die Färtherstraße gegangen, wo die Fabrik liegt, deren Besitzer durch sein brutales Verhalten die Nürnberger Arbeiterchaft so sehr erbittert hat. Die Polizeimannschaft hatte von ihrem Hauptmann den Befehl, die Massen mit Gewalt von dem Bereich der Färtherstraße wegzutreiben. Durch die unbedultere Art des Vorgehens der Polizei wurde die so wie so schon erregte Menge noch mehr erbittert. Als nun mit Eintritt der Dunkelheit einige halbwüchsige Burchen mit dem Werfen von Steinen begannen, machte sich die Schugmannschaft schüchtern. Der in diesem Augenblick hinzukommende Genosse Redakteur Schlegel erkannte die drohende Gefahr; er ließ den kommandierenden Polizeiwachmeister rufen und erbot sich, den Platz in wenigen Minuten zu räumen, wenn der Wachmeister die Schugmannschaft einen Augenblick zurückziehe. Der Wachmeister kam dem Wunsch bereitwillig nach. Genosse Schlegel forderte die Menge auf, mit ihm den Platz zu verlassen und die Polizei allein zu lassen. Schlegel stimmte ein Lied an, die Massen stimmten ein und marschierten ab. Was die Polizei mit dem Säbelhauen nicht fertig brachte, das war nun durch einige gute Worte gelungen. Schlegel führte die Masse weitab von dem Kriegsschauplatz in die Zentralfriedhof und forderte dort die Versammelten auf, die Färtherstraße in Zukunft zu meiden und ruhig nach Hause zu gehen.

Zwei Wochen darauf erhielt nun Schlegel einen Strafbefehl auf zehn Mark, weil er „ohne polizeiliche Genehmigung einen Aufzug von mehreren tausend Personen veranstaltet“ habe. Die auf den Einspruch hin erfolgte Gerichtsverhandlung sahete auf Antrag des Anklägers zu kostenlosen Freisprechung Schlegels mit der richterlichen Begründung, durch die Aussage des Polizeiwachmeisters sei erwiesen worden, daß es dem Angeklagten lediglich und in vollem Ernst darum zu tun gewesen sei, Blutergießen zu verhindern; wenn dabei eine Uebertretung des Vereinsgesetzes vorgekommen ist, sei ein Auge zuzubrüllen.

Auch ohne zugebrühtes Auge hätte Freisprechung erfolgen müssen, da ein „Aufzug“ bei richtiger Auslegung dieses Begriffes überhaupt nicht vorlag.

### Ein Jahr Gefängnis wegen Verkauf unzüchtiger Bilder.

Der Buchhändler Ferdinand Bayer in Kassel (früher in Breslau anständig) hatte in einem Kaffeehaus in Kassel unzüchtige Schriften und Photographien, sogenannte „Porrier Aufstos“ zum Kauf angeboten und war deshalb mit zwei Begleitern verhaftet worden. Nach längerer Untersuchungshaft verurteilte ihn die Strafkammer in Kassel zu der höchsten zulässigen Strafe von einem Jahr Gefängnis, 200 M. Geldbuße, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Die beiden anderen Angeklagten Photograph Hans Müller, der die unzüchtigen Photographien in München angefertigt hatte, und der Reisende Max Alexander aus Köln wurden wegen Weisheit zu je neun Monaten Gefängnis und gleichfalls zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die unzüchtigen Schriften — zwei große Koffer voll — wurden konfisziert.

## Versammlungen.

Eine vom Buchbinderverband einberufene Versammlung der in den Luxuspapierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Donnerstag im „Fürstenthor“ in der Köpenerstraße, um den Bericht der Branchenleitung entgegenzunehmen. Der Obmann Lippold schilderte ausführlich, was im abgelaufenen Jahr getan und erreicht worden ist. Es wurden 55 Agitationskommissionen, 12 Werkstube-delegiertenversammlungen, 14 Spartenversammlungen und 271 Betriebsversammlungen abgehalten und an 82 von der Ortsverwaltung einberufenen Sitzungen hatte die Branchenleitung gleichfalls teilgenommen. In 28 Fällen ist mit Unternehmern verhandelt und fünfmal die Gewerbeinspektion angerufen worden.

Der Geschäftsgang in der Branche war schon soviel weniger günstig, als durch den neuen amerikanischen Zolltarif eine weitere Verringerung der Produktionsfähigkeit eintrat. Mehrere Firmen haben umfangreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen. So hat z. B. die Firma Hugelberg, bei der mehr als 500 Personen beschäftigt waren, ein Drittel ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Infolgedessen hält es sehr schwer Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Die Unternehmer schieben solche Verbesserungen der Arbeiterchaft von sich ab, indem sie die Organisation in ihren Betrieben nicht erst aufkommen lassen. Die Firmen W. Grenc, Priester u. Co., Bernhard u. Co. und C. Feglow entlassen eilige Arbeiter und Arbeiterinnen wegen ihrer Zugehörigkeit bezw. Tätigkeit für die Organisation. Bei letzterer Firma besteht das Zwischenscheitersystem, insofern dessen bilden Löhne von 6, 7 und 8 M. für Arbeiterinnen die Regel.

Die technische Entwicklung brachte den Arbeitern neue gesundheitliche Gefahren. Erwähnt sei hier nur das in den meisten Betrieben zur Einführung gelangte neue Bronzebrudersystem. Die Arbeitsmethode sowie die Maschinen verursachen eine starke Bronzeaubentwidelung. Diese bedeutet nicht nur für die an den Maschinen Arbeitenden sondern für alle in den Räumen Beschäftigten eine schwere gesundheitliche Schädigung. Dem suchen die Arbeiter entgegenzuwirken, indem sie bessere Konstruktion der Maschinen, abgeschlossene Räume für dieselben, Verbot jeder Frauenarbeit, achtstündige Arbeitszeit, gute Ventilation, Lüftung von Röhren und alkoholfreien Getränken, genügende Reinigungsgelegenheit (Wabgelegentlich) fordern und durchzuführen suchen. Mehrere Firmen haben diese Forderungen teilweise bewilligt.

Eilige Unternehmer suchten die an sich schon fargen Löhne weiter herabzudecken. So mußte mehrmals mit den Inhabern der Firma Moriz u. Warschall wegen den den Sprickerinnen gemachten Lohnreduktionen unterhandelt werden, die teilweise

zurückgenommen wurden. Auch die Betriebsbedingungen entsprechen nicht den Anforderungen, die die Arbeiterinnen in hygienischer Beziehung berechtigterweise an sie stellen können. Mit Vorliebe werden von der Firma mit der überaus gesundheitschädlichen Sprickerarbeit jugendliche Arbeiterinnen beschäftigt. Bei der Firma Schloß waren die Lohnreduktionen nur durch den Streik abzuwehren. Nach vierstägiger Dauer desselben kam es zu einem Vertragsabschluß mit der Firma.

Uebens kam es bei der Firma Koh zu einem zweitägigen Streik. Die Firma gab nunmehr nach und bewilligte den Pressern Stundenlöhne von 65 Pf., den Arbeiterinnen von 37 Pf. Die Akkordlöhne wurden um etwa 20 Proz. erhöht. Die Arbeiterinnen an der Kollschere erhalten vom 1. Juni ab Lohnerehöhungen. Bei E. A. Schwertfeger u. Co. wurde der drohende Zustand durch eine Einigung, die noch in letzter Stunde zustande kam, abgewehrt. Vor dem glaubte die Firma den Wünschen der Arbeiter dadurch ausweichen zu können, daß sie die Kommissionenmitglieder kurzerhand entließ. Sie mußte jedoch zu der Ueberzeugung gelangen, daß sich die Arbeiter dadurch keinesfalls einschüchtern ließen, sondern nur noch weit vernehmlicher ihre Forderungen geltend machten. So entschloß sich denn die Firma zu Zugeständnissen. Die Löhne der Presser wurden von 27 auf 36 M. pro Woche erhöht. Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen wurden auf 25 Pf. heraufgesetzt und das Bronzeabwischen wurde von 1,35 M. auf 1,75 M. erhöht. Den Pressern an der Bronzepresse wurden zwei Bademarken, den Abwischerinnen Mittel und Röhren geliefert.

Die Arbeiterinnen der Firma Alfred Silbermann beklagten sich, daß ihnen die versprochenen Lohnzulagen nicht gezahlt wurden. Der Werkführer Schinke wies auch alle diesbezüglichen Anträge der Arbeiterinnen zurück. Bei der Unterhandlung mit der Firma zeigte sich, daß diese wohl die Lohnerehöhungen zahlte und auch noch weitere Erhöhungen bewilligt hatte, von denen aber die Arbeiterinnen nichts zu sehen bekamen, weil sie der noble Herr in seine Tasche steckte und somit die Arbeiterinnen wochenlang betrogen hat. Aber auch die Firma ist von ihm geschädigt worden, indem er Arbeiterinnen ausgeben ließ, aber im Kontor den Lohn für sie abforderte und für sich behielt. Der Herr wurde zwar sofort entlassen, aber die Arbeiterinnen erhielten die ihnen gestohlenen Lohnbeträge von der Firma nicht nachgezahlt.

Wie es in den Betrieben in hygienischer Beziehung manchmal aussieht, davon nur ein Beispiel: Bei Paul u. Finzer war die Mausepege ausgebrochen, die Erkrankungen der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Folge hatte. Die Krankheitserscheinungen äußerten sich in Flechten, Ausschlägen und Geschwüren. Die durch einen Polizeileutnant vorgenommene Betriebsrevision hatte nicht den gewünschten Erfolg. Den Erkrankten wurde von ihm eine Salbe empfohlen. Bei einigen anderen Firmen gelang es durch das Eingreifen der Organisationsleitung, Mißstände im Betriebe abzustellen.

Den Arbeiterinnen wird das bisherige gesetzliche Arbeiterschutz, den ihnen die Gewerbeordnungs-Novelle brachte, durch die Unternehmer zu rauen gesucht. Der Ring der Luxuspapierfabrikanten hat eine neue Arbeitsordnung verfaßt, die die Arbeitszeit bergeshalt abändert, daß die am Sonnabend beim den Vorabend der Feiertage ausfallende Arbeitsstunde an den übrigen Tagen vorgearbeitet werden muß. Hierzu soll in einer am 8. Februar stattfindenden Profeterversammlung seitens der Arbeiterchaft Stellung genommen werden.

In der dem Bericht folgenden Diskussion wird unter anderen noch die Firma Kreslawski erwähnt, die infolge der häufigen Unfälle geradezu berüchtigt ist. In kurzer Zeit haben sich dort sieben Unfälle ereignet, die hauptsächlich dem Unstände zuguschreiben sind, daß die Firma zur Bedienung der Maschinen fast nur jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen engagiert.

Alsdann wurde als Leitung der Branche eine aus neun Mitgliedern bestehende Agitationskommission gewählt; ihr gehören an: Kainwald, Janidi, Karnowski, Diller, Adolf Schulz, Müller, Schwanig, Kempke und Jrl. Selhard. Neben dem Obmann der Kommission, den sich dieselbe aus ihrer Mitte selbst wählt, sollen Lippold und Rosenzweig die Branche in der Ortsverwaltung vertreten.

## Eingegangene Druckschriften.

Soziale Kultur. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Hise und Dr. B. Gohn. R. Gladbach. 64 Seiten. Volkvereins-Verlag, R. Gladbach.

Der Fall Gozrichter. Aus dem Rottbach eines Journalisten. Von Max Winter. Preis geb. 1,50 M. Verlag von Albert Langen, W. u. N.

Die interprofessionellen Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsauberkeit. Von Franz Wegl. Preis 50 Pf. Verlag von Drexler u. Edlemann, Gamm (Wettl).

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser herzlich geliebter Mann und Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn, Schwager und Onkel  
**Karl Stief**  
am Montag, den 21. Januar, im 29. Lebensjahre verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.  
Dies zeigen hierdurch an  
Die trauernden Hinterbliebenen

**Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.**  
Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Zimmerer  
**Karl Stief**  
am 21. Januar seinen Leben erlegen ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt am heutigen Nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Wilmersdorf, Berliner Straße aus.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 27.  
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Karl Stief**  
am Montag, 21. Januar, im Kreis-Krankenhaus Wetzlar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Gemeinde-Friedhofes, Berliner Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Pelz-waren**  
jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre  
direkt aus der Fabrik.  
Einzelsverkauf. Engrospreisen.  
**F. Kalman**  
Kommandantenstraße 15, 1. Rein Vaden. Teleph. 1. 3017.

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.  
Tel. Gieg. 100. Gehst. 1,50. Hofe 1,00. Wette 60 Pf.

**Nur noch bis 31. Januar die Preise**  
Herrn-Anzugstoffe statt 6,50 jetzt 3,00 M.  
Damentuche . . . . . 2,50 . 1,75 .  
**Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.**  
Spezial-Haus moderner Herren- und Damenstoffe  
Berlin C., Rosßstraße 2, Sonntags geöffnet.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 8, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 30. Januar, vormittags präz. 9<sup>3/4</sup> Uhr, in den Ruffler-Festsälen (gr. Saal), Kaiser Wilhelmstr. 18m:

## Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Heinemann über: § 153 der Gewerbeordnung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten (Berichte).

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9<sup>3/4</sup> Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

## Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtl. in den mechanischen Betrieben beschäft. Kolleginnen u. Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Eduard Bernstein über: „Die Arbeiterorganisationen in England.“ 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

## Mitglieder-Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstatter über die Tätigkeit der Agitationskommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß seit einiger Zeit Mitteilungen über eine neue Tarifvorlage bei den Rohrlegern und Helfern verbreitet werden, ist es notwendig, daß Sie über diese Angelegenheit genügend Aufklärung erhalten. Deshalb darf keiner von Ihnen in dieser Versammlung fehlen, sondern ein jeder muß zur Stelle sein.

Kuherdem machen wir darauf aufmerksam, daß in der Versammlung die keinen Legitimationskarten ausgegeben werden.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt! Die Ortsverwaltung.

111/2

## Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.

Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 38 I.

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Wilske, Brannenstraße 188:

## Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresabrechnung, Revisionsbericht, Vorstands- und Aufsichtsratsbericht. 2. Ersatzwahl des Vorstandes: ersten Vorsitzenden, zweiten Kassierers, eines Beisetzers und vier Ersatzmänner, Wahl des Aufsichtsrates und vier Ersatzmänner. 3. Wahl eines Kassierers für Friedrichshagen. 4. Innerer Kassenanlagenbericht.

Mitgliedsbuch legitimiert! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. S. A.: G. Reetz.

88/1\*

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Hausangestellten.

Sonntag, den 30. Januar, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Dienstboten-Versammlung.

„Was nützt uns der Berliner Gefindebelohnungsfonds?“ Referent: Stadtk. Koblenzer. Saalöffnung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Diskussion. Nach dem Tanz. Genossen und Genossinnen, macht alle Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam. 282/10

## Ohne jede Anzahlung

verkaufte ich **Pianos** (Flügelton) gegen kleinstmögliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich schriftl. Garantie. **Conrad Krause Nachf.**, Berlin, Ansbacher Str. 1 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410. Auch Sonntags geöffnet.

Geprüft 1830. Geprüft 1830.

## Fruchtweine

kräftig und abgelagert sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als **Branntwein!**

Johannisbeerwein, herb und süß } 1/2 Flasche 60 Pf.  
Heidelbeerwein, herb und süß } 30 "  
Stachelbeerwein, süß }  
Himbeerwein, süß }  
Kirschenwein, süß } 1/2 Flasche 70 Pf.  
Brombeerwein, süß } 40 "  
Erdbeerwein, süß }  
Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!

## Fruchtweine

sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Faßo sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

## Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.

Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4096L\*

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortl.; Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Beginn der **WEISSEN WOCHE** 31. Montag Januar

**HERMANN TIETZ**  
Leipzigerstrasse Frankfurter Allee Alexander-Platz.

## Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft  
BERLIN O. 112, Frankfurter Allee 53/55.

### Ringfrei

In sämtlichen Ausschanklokalen nach wie vor

**4/10 Ltr. Bayerisch-Caramel-Bier 10 Pf.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

## Sie sparen Geld!

Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Hygienische Bedarfsartikel**  
Drogerie Zarenba, Weinbergweg 1, dir. a. Rosenhaller Tor. Billigste Bezugsquelle! Verkauf f. zur dauernden Kundsch.

## Hüte

in allen Preislagen.

**R. Weidner, Hutmacher,**  
Prinzenstr. 57, an der Drosdener Str.

**Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70**  
Telephon: Amt VII, 3047.

Billigste und bestsortierte Einkaufsquelle in:

## Zigaretten, Zigarren und Tabaken.

Größte Niederlage von:

## G.A. Hanewacker, Nordhausen.

— nur echt in 10 Pfg.-Rollen. —  
5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopf.

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

## Tischler-Verein

(E. H. 89.)  
Sonntags, den 29. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Reichorfstraße 15:  
**Versammlung.**  
Vortrag des Herrn A. Rautenberg über: „Synoptismus“ mit Experimenten. Billigkeitsgabe zum Faschensball am 28. Februar im „Santouci“. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. 198/2 Gäste (Damen und Herren) haben Zutritt. Der Vorstand.

## II. Nachtrag zum Statut der Orts-Krankenkasse für Britz

28. August 1903, beschlossen vom 21. September 1903, in der Generalversammlung vom 29. November 1903.

Die §§ 12, 13, 30 und 30 werden wie folgt geändert:

§ 12. Als Maßstab für die Bemessung der Klassenleistungen und der Beiträge gilt der für die betreffenden Mitglieder in Betracht kommende durchschnittliche Tagelohn.

Derzeit ist wie folgt festgelegt:

Für Klasse I bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 3,25 M. = 3,50 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse II bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 2,75—3,25 M. = 3,00 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse III bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 2,25—2,75 M. = 2,50 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse IV bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 1,75—2,25 M. = 2,00 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse V bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 1,25—1,75 M. = 1,50 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse VI bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von 0,75 bis 1,25 M. = 1,00 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

§ 13. Als Krankenunterstützung wird den Krankheitsmitgliedern im Falle der Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit gewährt.

1.—2. pp.

3. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag, einschließlich der Feiertage, welche auf einen Sonntag fallen, die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes.

§ 20. Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse folgendes Sterbegeld:

Klasse I	87,50 M.
II	75,00 "
III	62,50 "
IV	50,00 "
V	37,50 "
VI	25,00 "

§ 30. Die wöchentlichen Klassenbeiträge betragen 4 Proz. und zwar:

Für Klasse I	84 Pf.
II	72 "
III	60 "
IV	48 "
V	36 "
VI	24 "

Diese Veränderungen treten vom ersten Montage in dem auf die Genehmigung folgenden Monate in Kraft.

Britz, den 29. November 1903.  
Der Vorstand.  
gez. Bohrend, 1. stellv. Vorsitzender.  
gez. A. Prinz, Schriftführer.  
Genehmigt mit den in roter Linie vorgeschriebenen redaktionellen Veränderungen.  
Votsdam, den 22. Dezember 1903.  
(L. S.)  
Namens des Bezirksausschusses: Der Vorsitzende.  
In Vertretung: gez. Böttner. B. 16202. 270/15

Veröffentlicht.

Der Nachtrag tritt mit dem 7. Februar 1910 in Kraft.

Britz, den 28. Januar 1910.  
Der Vorstand.  
S. A.: gez. Bohrend, Vorsitzender.

Ziehung 5. Februar.

## 4-Schlesische Pferde-Lotterie

Lose 1 Mark 11 Loose = 10 Mark. Porto u. Liste 25 Pf. 2542 Gewinne. Gesamtwert Mark

**60000**  
apoc. 40 Pferde und 5 Tausende Mark

**40000**  
und 2000 Gütergewinne Mark

**20000**  
1. Hauptgewinn: 100000 Mark — Pferde 1 Mark

**10000**  
Lose empfehlen und versenden

**Lud. Müller & Co.**  
Bankgeschäft Berlin C., Dreieckstr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Lose auch in allen Lotteriegeschäften u. allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. (Dritte Abteilung.) Die Besichtigung des Museums für Naturkunde, Invalidenstr. 43, findet am Sonntag, den 30. d. M., mittags, statt und zwar für die Teilnehmer am Jubiläum in der Rodersstraße und für die Nichtteilnehmer um 12 Uhr, für die Teilnehmer am Jubiläum bei Julius Meyer um 1 1/2 Uhr. Die Genossen, die sich daran beteiligen wollen, werden gebeten, vorher die Profkür von Julius Meyer abzuholen und sich Sonntag pünktlich vor dem Museum einzufinden. Der Abteilungsführer.

Berliner Nachrichten.

Die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an die Schüler der Volksschulen ist von unseren Genossen in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt gefordert, von der freisinnigen Mehrheit aber ebenso oft abgelehnt worden. Daß selbst Pädagogen die Nichtigkeit dieser Forderung anerkennen, beweist die Tatsache, daß der Lehrer Lewin in einem Vortrage über Berliner Schulfragen, den er im Bezirksverein Roabit hielt, folgende Ausführungen machte:

„In Bezug auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sei die Reichshauptstadt noch weit zurück. Im Vorjahre wurden nur 124 000 Mark dafür ausgegeben, etwa 50 Pf. auf den Kopf des Gemeindeführers, mit einer halben Million wäre die volle Unentgeltlichkeit durchzuführen.“

Diese Darlegungen eines Fachmannes werden unsere Kommunalbefreiungen natürlich nicht hindern, nach wie vor die „sozialdemokratische Forderung“ abzulehnen.

„Nicht ermutigen“

Sollen die Erfolge sein, die auf den Gütern der Stadt Berlin im vorigen Winter mit der Beschäftigung Arbeitsloser erzielt worden sind. So sagt die Verwaltung der Sanalisationswerke und der Güter Berlins in ihrem neuesten, das Etatsjahr 1909/10 behandelnden Jahresbericht, den jetzt der Magistrat veröffentlicht hat. Auf den Stadtgütern wurden im Winter 1908/09 Arbeitslose aus Berlin mit Arbeiten beschäftigt, die vorher als nicht dringend aufgeschoben worden waren. Da waren Steine für Wegbauten zu zerlegen, die Erde um die Obstbäume herum aufzulockern, Naturwiesen durch Ueberflanden zu verbessern usw. Die Verwaltung glaubt nun in ihrem Bericht hervorheben zu sollen, daß die Leistungen der arbeitslosen Stadtarbeiter erheblich hinter denen landwirtschaftlicher Arbeiter zurückgeblieben sind.

Das kann stimmen und es war auch von vornherein zu erwarten, aber am Ende beweist das noch nichts gegen den Erfolg der Beschäftigung von Berliner Arbeitslosen auf den Gütern der Stadt. Die Landjunker Dilettanten schimpfen auf die Arbeiter Berlins, die in Zeiten des Niederganges der Industrie nicht aufs Land gehen wollen, um dort bei elendem Lohn und entwürdigender Behandlung ihre Leben zu fristen. Und in Berlin haben wir es erlebt, daß in der Stadtverordnetenversammlung der Stadtrat Hübner, der dem Magistrat als „Sachverständiger“ für die Sozialpolitik der Kommune „gut genug“ ist, den öffentlichen Junktur gelehrt nachplapperte, was die den beschäftigungslosen gewordenen Industriearbeitern der Großstädte zu empfehlen pflegen. Es ist klar, daß Industriearbeiter, die man zur Landarbeit verwendet, im allgemeinen minder leistungsfähig als Landarbeiter sein werden, und das selbe gilt für Beschäftigung mit Steinlopfen oder ähnlichen Arbeiten. Diese Selbstverständlichkeit, die — trotz den Agrariern samt Hübner — längst feststand, ist jetzt durch die Beschäftigung von Arbeitslosen Berlins auf den Stadtgütern nur aufs neue bestätigt worden. Aber damit ist, wie gesagt, gegen den „Erfolg“ dieser Maßregel nichts bewiesen. Ihr Zweck war ja nicht, den Gütern Arbeiter zu verschaffen, sondern der im Augenblick wichtigeren, Arbeitslosen nothdürftige Beschäftigung zu geben.

Die Arbeitslosenfürsorge ist eben doch nicht so ganz unsonst zu haben, wie der Berliner Stadtfreier es möchte. Ob aber den Gütern Berlins die Beschäftigung Arbeitsloser wirklich so teuer geworden ist, wie der Bericht das glauben machen will, muß doch bezweifelt werden. Da wird erzählt, ein Kubikmeter Schaufelsteine mit der Maschine geschlagen koste rund 1 Mark und die Handarbeit sei bisher mit 3/4—1/2 Mark pro Kubikmeter bezahlt worden; dagegen habe ein Kubikmeter von Arbeitslosen zerhackt 23 Mark gekostet. Keinhals, wenn auch nicht immer so hoch, sei es auch bei den übrigen Arbeiten gewesen. Die Beeinträchtigung der Gütererträge durch beratige Ausgaben sei daher nicht unerheblich gewesen. Fehlt doch noch, daß das Defizit, mit dem im letzten Jahr das Wirtschaftsergebnis der Güter abgeschlossen hat, den steinlopfenden Arbeitslosen zur Last gelegt wird! Was uns diese Ausführungen des Verwaltungsberichtes so verdächtig macht, das ist der Umstand, daß den allgemeinen Lebensarten keine Zahlenangaben beigelegt sind, aus denen man ein Bild von dem Umfang der ausgeführten Arbeiten gewinnen könnte. Man erzählt nicht, wieviel Arbeitslose überhaupt mit Steinlopfen beschäftigt wurden, wieviel Tagewerke oder Arbeitsstunden sie leisteten, welches Quantum Arbeit sie überhaupt lieferten, welcher Lohn pro Stunde und welche Lohnsumme im ganzen gezahlt wurde. Je winziger etwa das Ganze dieser Arbeiten war, desto schwerer mußte natürlich der Einfluß etwaiger Zufälligkeiten wiegen. Wenn die Verwaltung der Güter wünscht, daß die Schlüsse, die sie aus dem angeblich „nicht ermutigenden“ Experiment zieht, Bedeutung finden, so muß sie der Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Nachprüfung schaffen.

In dasselbe Kapitel gehört wohl auch die Angabe, daß es nicht immer leicht gewesen sei, Ruhe und Ordnung unter den Arbeitslosen aufrecht zu erhalten. Fragt sich nur, was da als Ruhe und Ordnung angesehen worden ist und mit welchen Mitteln man sie aufrecht zu erhalten versucht hat. Die Industriearbeiter der Großstädte sind eine andere Behandlung gewöhnt als diejenige, die der Landarbeiter leider noch immer sich gefallen läßt und für angemessen hält.

Berlin im Schnee. Durch den neuen starken Schneefall, der in der verflochtenen Nacht einsetzte, sind im Berliner Straßenverkehr recht empfindliche Störungen hervorgerufen worden. Sowohl im Omnibus als auch im Straßenbahnverkehr machten sich die Störungen besonders in den frühen Morgenstunden erheblich bemerkbar. Trotz Vorposten blieben die Omnibusse häufig stehen und besonders in aufsteigenden Straßenzügen und an Verkehrsanordnungen gab es Anstimmungen von Fußwerkern. Die Gleise der Straßenbahn wurden zwar beständig mit Salz bestreut, doch war es trotzdem nicht zu vermeiden, daß es zu Störungen kam. Einen recht schweren Stand hatten die Kollfahrwerke und Lastwagen.

Selber müssen wie auch wieder über eine ganze Reihe von Unfällen im Straßenverkehr berichten. Infolge der durch den Schnee hervorgerufenen Glätte kamen vielfach Passanten zu Fall und erlitten Verletzungen, Knochenbrüche und andere Verletzungen. Es kommen nahezu zwanzig betriebl. Unfälle in Betracht. Auf den Unfallsstationen, Rettungswachen und in Krankenhäusern fanden die Verwundeten die erste ärztliche Hilfe.

Ein Schrecken des Bögowiertels war der „Kellnermord“, ein gewerbmäßiger Klingelkoffer, der jetzt von der Kriminalpolizei unschuldig gemacht wurde. Vor einigen Jahren ward das Bögowiertel nachts von Einbrechern schwer heimlich. Die Kerle gingen damals mit der größten Frechheit vor. Sie drangen sogar in die Schlafzimmer ein und stahlen den schlafenden Leuten die Sachen von den Stühlen vor den Betten weg. Jetzt trieb es der „Kellnermord“ ebenso arg am hellen Tage. In der Regel zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags ging er auf die Fahrt aus. Als Helfershelfer benutzte er junge Burken, Kurlinge, die nach und nach halb der Kriminalpolizei in die Hände fielen, ihren „Meister“ aber nicht einmal dem Namen nach kennen lernten. Der Verkauf der gestohlenen Sachen führte endlich auf die Spur des Wandenhüptlings selbst. Es ergab sich, daß der „Kellnermord“ nur hin und wieder einmal als Kellner aushalf und viel in Mädchenkreisen verkehrte. In einer Kneipe in der Grenadierstraße hatte er unter den Kellnerinnen eine Braut. In deren Gesellschaft befand er sich, als er gestern nachmittags von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Er hatte gerade noch einige Sachen aus einem neuen Einbruch des Bögowiertels bei sich. Schmuckstücken und Kleiderstücke, die er stahl, pflegte der Verhaftete an Kellnerinnen zu verkaufen.

Bereinsamung und Arbeitslosigkeit haben den 40 Jahre alten Bildhauer Otto Götsch aus der Reichenberger Straße 25 in den Tod getrieben. Götsch hatte seit Juni vorigen Jahres nur wenig Arbeit. Seine einzige Tochter, ein Mädchen von zehn Jahren, ist bei seinem Bruder in Pflege. Im November vorigen Jahres verlor er seine Mutter, die ihn öfter unterstützte, durch den Tod. Alles das wirkte so auf ihn ein, daß er beschloß, seinem Leben ein Ende zu machen. Gestern nachmittags fand der Briefträger, der ihm eine Bestellung anrichten wollte, an seiner Tür einen Zettel mit der Aufschrift: Bitte, wer nach mir fragt, sich an den Vort zu wenden und öffnen zu lassen! Als jetzt der Hauswirt öffnen ließ, fand man Götsch tot im Bette liegen. Gewissen Anzeichen nach hatte er sich mit Zyankali vergiftet.

Tragödie eines geisteskranken Ehepaares. In der Gohlerstr. 31 erhängte sich gestern vormittag der geisteskranke Privatier Otto Müdter, der früher Tapezierer war, während seine 57 Jahre alte Frau Charlotte, ebenfalls in einem Anfall von Geisteskrankheit, vom Balkon des vierten Stock auf die Straße sprang. Die Leiche des Mannes wurde nach dem Schauhause gebracht, die schwer verwundete Frau nach dem Krankenhaus Bethanien.

Der Rigborfer Salzsäureprüfer ist immer noch nicht ermittelt! Es ist aber gelungen, jetzt eine genaue Beschreibung von ihm zu bekommen. Der Unhold ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, breitschultrig und beseit. Er hat dunkles kurz geschorenes Haar, einen kleinen dunklen Schnurrbart und ein volles gesundes Gesicht und trägt eine grüne Sportjoppe und einen schwarzen steifen Hut.

Gegen die „Deutsche Kranken-Unterstützungskasse in Rassel“ hatte ein Lagerverwalter P. in Vorjagwalde auf Auszahlung von Krankengeld geklagt und die Kasse war vom Gericht auch zur Zahlung verurteilt worden. Alle Bemühungen P.s, zu seinem Gelde zu kommen, sind aber fruchtlos geblieben, wie aus dem nachfolgenden Schreiben eines Rechtsanwalts hervorgeht. Das Schreiben lautet:

„In Ihrer Sache gegen die Krankenkasse teile ich Ihnen ergebenst mit, daß Zahlung seitens der Kasse nicht mehr zu erwarten ist.“

Alle Pfändungen, sowohl in das bewegliche Vermögen der Kasse als auch von Forderungen der Kasse, insbesondere bei den Vertretern auf Beiträge, sind erfolglos gewesen.

Ich habe daraufhin den Antrag auf Konturseröffnung bei dem hiesigen Amtsgericht gestellt. Das Amtsgericht teilt mir indessen mit, daß diesem Antrage nur stattgegeben werden kann, wenn ein Kostenvorschuß von etwa 1300 M. für die Auslagen geleistet werde.

Da hierzu von den Mandanten, die ich vertreten, und die sämtlich im Armenrecht geklagt haben, niemand in der Lage sein wird, besteht keine Möglichkeit, von der Kasse noch irgendwelche Zahlung zu erlangen. Unter diesen Umständen ist diese Angelegenheit hiermit für mich erledigt. Die Handakten füge ich bei.

Hochachtungsvoll  
Vartel, Rechtsanwalt.“

Nach alledem können wir unsere Warnung vor dem Beitritt zu Schwindelkassen nur wiederholen und wünschen, daß sie mehr als bisher Beachtung finden möge. Wer sich dennoch zum Beitritt zu solchen Kassen bewegen läßt, hat sich die Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben.

Wer ist der Tote? Verwundet aufgefunden wurde gestern mittag vor dem Hause Berliner Straße 48 zu Rigdorf ein unbekannter Mann von etwa 35 Jahren. Er starb schon auf dem Wege nach der Unfallsstation 12. Die Leiche wurde nach Berlin in das Schauhause gebracht. Der Unbekannte ist 1,65 Meter groß, hat dunkles Haar mit etwas Glatze und einen rötlichen Schnurrbart und trug dunkle Hose, Jackett und Weste, Knastfelle, ein gestreiftes Hemd, ein graues Halsuch und eine dunkle Schirmmütze.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin und Umgegend) hielt am Sonntag seine Generalversammlung im Gewerkschaftshause (großer Saal) ab. Zu dieser waren 465 Delegierte erschienen. Der Vorsitzende gedachte zunächst in ehrenvollen Worten der verstorbenen Sangesbrüder und nannte besonders die Namen Schrader und Mabel. Kupfer berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes und gedachte besonders der Spitation bezüglich der Verschmelzung der kleinen Vereine zu großen leistungsfähigen Chören. Die Beteiligung der Vereine zur Weisheit ist gegen das Vorjahr um 10 Proz. gestiegen, entsprach aber immer noch nicht den Erwartungen des Vorstandes. Eine Statistik über die Zugehörigkeit zur Organisation hat der Vorstand in diesem Jahre vorgenommen, um feststellen zu können, ob die Vereine auch den statistischen Bestimmungen Rechnung tragen. An Stelle des verstorbenen Bundesdirigenten H. Mabel ist Herr Diesbach in der letzten Ausschusssitzung gewählt worden. Es haben im vorigen Jahre 9 Ausschusssitzungen, 21 Vorstandssitzungen und 46 Versammlungen und Sitzungen stattgefunden, die sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigten, wovon 42 auf Groß-Berlin und 4 auf die Orte Rathenow, Trebbin, Werder und Degermühle entfielen. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 12 472,58 M. eine Ausgabe von 10 274,00 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 2198,58 M. verbleibt. In den Bund sind im vorigen Jahre 8 Vereine aufgenommen worden. 9 Wieder sind zur Ausgabe gelangt und 33 000 Exemplare der Sängerszeitung. Am Ende des Jahres zählte der Bund 170 Vereine. Es ist infolge der Verschmelzungen ein Rückgang auf 160 eingetreten. Die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr dieselbe geblieben. Die Zahl der Provinzvereine ist 93 und fällt auf 78 Ortskapellen, wovon 69 Orte je einen Verein haben.

Eine längere Diskussion rüst die Stellung des „Berliner Volkshor“ dem Bunde gegenüber hervor. Eine Resolution, die besagt, daß der „Berliner Volkshor“ solange als bürgerlicher Verein betrachtet werde und seine Veranstaltungen solange zu meiden seien, bis der Chor sich dem Arbeiter-Sängerbunde angeschlossen habe, wurde angenommen.

In den Vorstand wurden gewählt: Paul Kupfer, 1. Vorsitzender; Gustav Barowsky, 2. Vorsitzender; August Seifrit, 1. Kassierer; Jul. Steffens, 2. Kassierer; Otto Engel, 1. Schriftführer; Gustav Schönhal, 2. Schriftführer, und Gustav Wuyth, Beisitzer.

Vermiss wird seit Sonnabend nachmittag die 35 Jahre alte Dienstmagd Anna Thamm, die seit zwei Monaten in der Lothringer Straße 17 in Stellung war. Beim Weggehen sagte sie, sie wolle

eine Cousine, deren Mutter gestorben sei, aufsuchen um die Vererdigung zu besorgen. Von diesem Ausgange kehrte sie nicht zurück. Am Montag morgen erhielt die Dienstherrschaft eine im Osten Berlins aufgegebene Postkarte, auf der das Mädchen schrieb, sie habe es der Herrschaft nicht sagen wollen, aber sie müsse sterben und wolle sich das Leben nehmen. Deshalb sie das tun müsse, schrieb sie nicht. Seitdem hat die Herrschaft nichts mehr von sich hören lassen. Ihre Papiere liegen noch bei der Herrschaft. Die Verwundene P. Klein, geht vornübergebeugt, hat dunkles Haar und trägt einen dunklen Hut, einen schwarzen Mantel und ein braunes Kleid.

Vermiss wird ferner seit dem 30. Dezember der merbenkranke Schlosser Wilhelm Tuschy. Er ist 45 Jahre alt, 1,80 Meter groß und hat etwas ergrautes Haar und starken rotblonden Schnurrbart. Geleidet war derselbe mit einem braunen Paletot, brauner wollener Strickweste, schwarzer Hose und Weste, die mit kleinen Biereden gemustert sind. Er trug ein wollenes Normalhemd, darüber ein blau gestreiftes Vardenthemd und wollene Unterhose, graue wollene Strümpfe, dicke Jagstiefel und eine blaue Mütze mit Stoffschirm. Personen, die über den Aufenthaltsort des Vermissen irgendwelche Nachrichten geben können, werden gebeten, dieselbe an Frau Tuschy, Neue Poststr. 8, gelangen zu lassen.

Zugungesuch. Am 11. September, abends gegen 1/10 Uhr, verunglückte ein Arbeiter beim Verlassen eines Nordringzuges auf dem Bahnhof Gesundbrunnen so schwer, daß er im bestimmunglosen Zustande nach der Unfallsstation gebracht werden mußte. Von dort aus wurde er einem Krankenhaus überwiesen. Die Personen, die sich des Vorganges noch erinnern können, werden dringend gebeten, ihre Adressen an den Verunglückten, August Galand, Stettiner Str. 18, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung in diesem Jahre ab. Eine umfangreiche, aus 18 Punkten bestehende Tagesordnung unterlag der Beratung, darunter der Etat für das Rechnungsjahr 1910 mit 23 besonderen neuen Vorlagen. Eingang der Verhandlungen gab der Vorsteher Sander das kürzlich ergangene, im „Vorwärts“ an anderer Stelle bereits besprochene Urteil des Oberverwaltungsgerichts, welches die Berufung der Versammlung gegen das vom Genossen Conrad erstirnte obliegende Urteil des Bezirksausschusses zurückweist. Es wird darin die Anwendung des auf den einzelnen Wähler entfallenden Durchschnittsteuerbetrages bei der Aufstellung der Wählerlisten vom Jahre 1908 als ungleichmäßig erklärt und festgestellt, daß grundsätzlich an dem Durchschnittsprinzip so lange festzuhalten ist, bis der Durchschnitt einen niedrigeren Steuerfuß für die Abgrenzung der dritten von der zweiten Wählerabteilung ergibt. Damit haben die Argumente, welche unsere Genossen gegen den im Dezember 1908 vollzogenen Wahlrechtsbrauch anführten, der gar den anderthalbfachen Durchschnittsteuerbetrag ortstatutarisch festsetzt, ihre rückhaltlose Bestätigung gefunden; ohne Zweifel muß daher auch die hiergegen eingeleitete Klage den reaktionären Wahlrechtsverfechtern die verdiente zweite Maulschelle bringen. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügte Stadtv. Groger (Soz.), daß erst nach langer Pause wieder eine Sitzung stattfindet mit einer solchen Fülle von Beratungsstoff, die jede gewissenhafte Bearbeitung ausschließt.

Zum ersten Punkt berichtete Stadtv. Koye für den Wahl-ausschuß, er beantrage die Gültigkeit der letzten Stadtverordneten- und Freiwahlen anzuerkennen. Gewählt sind in der dritten Abteilung Gewerkschaftsangehöriger Jaed (Soz.) und Eigentümer Keil (Soz.) und in der zweiten Abteilung Kaufmann Kabermann und Rentier Schmidt. Gegen die beiden letzteren ist von sozialdemokratischer Seite ein Protest eingegangen, der auf Grund des schon oben angezogenen Oberverwaltungsgerichtsurteils die im Herbst vorigen Jahres nach dem anderthalbfachen Durchschnittsteuerfuß aufgestellten Wählerlisten und damit auch die nach diesen erfolgten Wahlen als rechtmäßig erklärt. Der Referent sowohl als auch der Justizrat Stadtverordneter Abraham mühten sich, mit den unglücklichsten Burzelbäumen die absolut harte Logik des Protestes und des Oberverwaltungsgerichtsurteils zu entkräften. Der letztere bekannte erst, nachdem die Stadtverordneten Conrad (Soz.) und Scholz (Soz.) treffend den Protest unterstützten und die Ungültigkeit der Wahlen in der zweiten Wählerabteilung beantragt hatten, auf einen jurist. „Gewalt geht vor Recht!“ durch seine Antwort: „Das machten Sie ja auch so!“, wie sich die bürgerlichen Wahlrechtsdrüber noch an die letzte Gelgenfrist bis zum formellen Abschluß der zweiten Klage unserer Genossen anklammern. Sie fügten schließlich dem ersten von 1908 noch einen zweiten Gewaltakt hinzu, indem sie in der namentlichen Abstimmung alle samt und sonders die Rechtsbeugung beschloßen und mit 37 gegen 22 sozialdemokratische Stimmen die Wahlen der Herren Kabermann und Schmidt für gültig erklärten. Durch den Bürgermeister Dr. Weinreich erfolgte hierauf die Einführung und Verpflanzung der Gewählten.

Bei der Wahl des Präsidiums wurde der bisherige Vorsteher Sander durch Akklamation wiedergewählt. Auf den Posten des Vorsteherstellvertreters erhob Stadtv. Groger (Soz.) namens der sozialdemokratischen Fraktion Anspruch, indem er auf die parlamentarische Gesinnung, die Stärke der Fraktionen zu berücksichtigen, hinwies. Dem sind die Nachbarnstädte Charlottenburg, Lichtenberg, Schöneberg bereits gefolgt. Nebenher verlangte daselbst für Rigdorf und schlug als Vorsteherstellvertreter den Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) vor, was die Mehrheit zu unartikulierten Lauten und undefinierbarem Gemurmel veranlaßte. Die Zettelwahl ergab die Wahl des Stadtv. Sögelke mit 38 Stimmen; Dr. Silberstein erhielt 23 und Stadtv. Koye 1 Stimme. Zu Schriftführern wurden wiedergewählt der Bureauverwalter Raetler und Magistratskassier Lehmman. Bei der Wahl der beiden Beisitzer, die abwechselnd amtierenden sollen, erhielten Stadtv. Prange 42, Stadtv. Scholz (Soz.) 34 und Stadtv. Koye 24 Stimmen; auch Herrn Walmig erlor sich ein Stadtwater. Die beiden Erstgenannten sind somit gewählt.

Gegen die jedes Grundes entbehrende Bestimmung der beiden Lokalblätter für die Bekanntmachungen der Stadtverordnetenversammlung wendet sich energisch in längeren Ausführungen Stadtv. Groger (Soz.) und beantragte Einsetzung einer Kommission, um die Vorarbeiten zur Gründung eines allen Interessenten zugänglichen Gemeindeflattes zu betreiben. — Bürgermeister Dr. Weinreich erklärte das Einverständnis des Magistrats dazu, während Stadtv. Abraham für Ueberweisung an den Rechnungsausschuß plädierte. Die Versammlung lehnte aber auf Antrag Walmig den sozialdemokratischen Antrag ab, worauf der Stadtv. Abraham auch den seinigen flugs zurückzog.

Die Uebernahme einer Garantiesumme von 1200 M. für die im Mai stattfindende Allgemeine Städtebau-Ausstellung wurde beschloßen, ebenso die Errichtung von neuen Lehrstühlen an den höheren Schulen und die Einführung von fakultativem Lateinunterricht an der Oberrealschule. Für die oberen Klassen des Realschulmanns und der Oberrealschule will der Magistrat das Schillerubern einführen und beantragt zur Beschaffung des Materials 3000 M. — Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) bekämpfte die Vorlage, da zunächst für die Volksschulen noch viel zu tun übrig ist und dort in erster Reihe Mittel anzuwenden sind. — Auch die Stadtv. Koye und Rosenow lehnten die Sache ab, letzterer, weil noch seiner Information im Lehrerkollegium nicht mal Sympathien dafür vorhanden sind und für die Körperpflege Wanderfahrten und Turnspiele

zweifellos richtiger sind. — Trotdem Bürgermeister Dr. Weinreich die Vorlage zu retten suchte, wurde diese einstimmig abgelehnt.

Ueber den Erfolg eines Ortstatuts gegen die Verunstaltung des Stadtbildes durch gesamtdörfliche Festschreiben, hässliche Neufassungen usw. berichtete namens des zur Vorberatung eingeleiteten Ausschusses Stadtd. Serno. Er bekräftigte die Vorlage, wolle aber in die zuständige Deputation statt der beiden hinzuzuziehenden sachverständigen Bürgerdeputierten (die als künstlerischer Beirat gedacht sind) zwei „sachverständige Handwerker“ gewählt wissen, da diese — wie er meinte — am besten die Interessen der Häuserbauer wahrnehmen würden. Der Stadtd. Schuch (Soz.) wandte sich lebhaft gegen diese Forderung, da hier unbedingt tüchtige künstlerische Fachmänner notwendig sind. Das Ortstatut wurde nach längerer Debatte genehmigt.

Der Magistrat beschließt eine Festsetzung des Fahrgeldtarifes für die Omnibuslinie Hermannplatz—Krankenhaus im folgenden Sinne: Hermannplatz—Budoow 20 Pf., Ringbahn—Budoow 15 Pf., Buschstrug—Budoow 10 Pf., Hermannplatz—Ringbahn 5 Pf., Ringbahn—Buschstrug 10 Pf.

Die Stadtd. Groger (Soz.), Dr. Silberstein (Soz.) und Wuyly (Soz.) bekräftigten entschieden diesen Tarif, den sie als fiskalisch bezeichneten und der darauf hinausläuft, daß durch die hohen Preise dem Mittellosen ein Krankenbesuch unmöglich gemacht wird. Das dürfte keineswegs eintreten, es sei deshalb der Fahrgeldtarif durchzuführen. — Stadtrat Rier versuchte erfolglos zu beweisen, daß der neue Tarif den Kindern gerade Erleichterungen bringen soll, indem dadurch die Kinder und Budoower Fahrgäste zurückgedrängt würden. Trotdem genehmigte die Mehrheit den Tarif, der vielen der Armen die Fahrt mit dem Omnibus unmöglich macht.

Die auf der Tagesordnung stehende erste Beratung des Stats für 1910 wurde nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte verlag; es folgte eine geheime Sitzung, die noch bis 10 Uhr währte.

### Friedenan.

Auf seinem Wagen gestürzt wurde gestern früh ein Wirtskutscher der Vereinigten Berliner Wirtskutscher. Als der Kutscher mit dem Wagen auf die Abfahrtsstraße des Neubaus Bornstr. 14 fahren wollte, wühlte das Gefährt durch eine 2,25 Meter hohe Durchsahrt. Der Kutscher blieb auf dem Wagen sitzen in der Meinung, die Durchsahrt sei hoch genug, um mit dem Gefährt bequem durchzukommen. Hierin hatte er sich leider getäuscht. Bei der Durchsahrt prallte der Bedauernswerte mit dem Kopf an den eisernen Träger an, zugleich wurde er mit der Brust eingeklemmt. Der Verunglückte war beim Eintreffen eines herbeigerufenen Arztes bereits tot. Ein anderer Kutscher sprang zum Glück noch kurz vor der Einfahrt vom Wagen ab, sonst wäre ihm das gleiche Schicksal beschieden gewesen wie seinem Kollegen.

### Schöneberg.

Am Sonntag, den 30. Januar, abends 6 Uhr, findet im Restaurant „Schwarzer Adler“, Hauptstraße, eine Jugendfeier statt, bestehend aus Festsprede, Gesangsdarstellungen des Schöneberger Männerchor, Klavier- und turnerische Aufführungen. Zur Dekung der Unkosten wird von den Erwachsenen ein Entree von 20 Pf. erhoben, Garderobe frei. Es wird um recht rege Beteiligung der Jugendlichen und Erwachsenen ersucht.

### Zehlendorf (Bannseebahn).

Die diesjährige Ausfertigung der Wählerliste zeigt, daß eine Anzahl Arbeiter, denen das Wahlrecht zusteht, nicht in die Liste eingetragen sind. Die Listen liegen nur noch bis Sonntag, den 30. Januar, in den Dienststunden im Gemeindebüro täglich von 8 bis 3 Uhr aus. Außerdem ist das Bureau am heutigen Freitag von 5—8 Uhr und Sonntag, den 30. Januar, von 10—11 Uhr geöffnet.

### Zempelhof.

Ueber Gesundheitspflege referierte in einer von Frauen gut besuchten Versammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Alfred Bernstein. In der anschließenden Diskussion wurde auch die Gesundheitspflege unserer Gemeinde kritisch beleuchtet. In dieser Beziehung fehlte am Orte ziemlich alles. Die Schule habe weder einen Schularzt noch ein Bad. Ein öffentliches Volksbad ist auch noch nicht vorhanden; ja nicht einmal einen Krankenwagen habe die Gemeinde in eigenem Besitz. Daß dem hiesigen Arbeiterturnverein auch die Turnhalle nicht zur Verfügung steht, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Mit einem warmen Appell an die versammelten Frauen, auch zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß bei der kommenden Gemeindevahl Vertreter des werktätigen Volkes in das Gemeindeparlament hineinkommen, schloß die Vorsitzende die Versammlung.

### Sichtenberg.

Ein Frühlingsstübchen wurde vorgestern früh in der Person des Grillkramhändlers Wöckig dingelst gemacht. Seit längerer Zeit wurde den Anwohnern der Emanuel- sowie der umliegenden Straßen die Frühlingsstübchen entwendet. Einem Wäckermeister Wolke aus der Emanuelstraße wurden allein 60 Stübchen gestohlen. Letzterer legte sich nun vorgestern früh in einem Hause Ruppertsstraße auf die Lauer und es gelang ihm auch den obenbezeichneten Wöckig, Tischler, 33, dabei zu ertappen, wie er gerade wieder einenbeutel an sich nehmen wollte. Wie man uns mitteilt, soll W. seit längerer Zeit seine Waare zu einem billigeren Preise wie alle seine Konkurrenten verkauft haben.

In der Wahlvereinsversammlung am Dienstag, den 18. Januar, ist ein Spazierstock stehen geblieben. Abzuholen ist derselbe in der „Vorwärts“-Expedition, Kronprinzstr. 4.

### Grünau.

Beschlußfähig war die für den 30. d. M. anberaumte Gemeindevorstandssitzung. Trotdem mehrere sehr wichtige Punkte zur Beratung standen, konnte die Vertretung wegen allzu spärlichen Erscheinens der Mitglieder nicht tagen. Es ist an der Zeit, daß bei den bevorstehenden Ersatzwahlen die Arbeiterschaft dafür Sorge trägt, daß solche Vertreter ins Parlament kommen, die den Beratungen größere Aufmerksamkeit widmen.

### Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Der Verschönerungsverein will sich allen Ernstes an den diesjährigen Gemeindevorstand beteiligen. Er hat die Einwohnererschaft mit einem Flugblatt beglückt, in dem unter ungläublichen Bindungen und Drehungen der Nachweise geführt werden soll, daß kein die Gemeinde schädigendes Treiben berechtigt war und die daraus entstandenen Folgen nur auf das Konto der jetzigen Gemeindevorstandsetzung zu setzen seien. Weil, so verfährt das Flugblatt den stauenden Lesern in Sachen der Gasanstalt, der Bau des Gaswerkes unter einschränkenden Bedingungen — 20 an der Zahl — hygienischer Art genehmigt worden ist, hatten die Protestler eine Berechtigung zu ihrem Vorgehen! Eine ganz sonderbare Logik. Umgekehrt liegt die Sache. Weil durch eine ganze Reihe von Vorschriften, die bei dem Bau berücksichtigt werden mußten, Vorsorge getroffen war, daß die Anwohner keinen Anlaß zu Klagen hatten, waren Proteste überflüssig und unberechtigt; sie sind ja auch in allen Instanzen zurückgewiesen worden. Zum Schluß spielt das Flugblatt dann folgenden Trugschluß aus: Der Verschönerungsverein bot der Gemeinde 15 „Petroleum“-Laternen als „Beleuchtung“ an und wollte noch jährlich circa 250 M. zu der „Petroleum“-Beleuchtung zahlen. Dieses Angebot habe aber die Gemeindevorstandsetzung abgelehnt! Dadurch seien die Steuerzahler um circa 250 M. geschädigt! Dieser Schluß kennzeichnet die Kampfesweise dieser Herrschaften. Erst protestieren sie mit allen möglichen und unmöglichen Gründen gegen das kommunale Gaswerk und legen die Gasbeleuchtung auf ein ganzes Jahr still und, nachdem die Proteste keine Aussicht auf Erfolg haben und die Gasbeleuchtung in Aussicht steht, wollen sie der Gemeinde grobmächtig 15 „Petroleum“-Laternen, also altes Eisen schenken und jährlich eine Summe für „Petroleum“-Beleuchtung stiften. Daß die Gemeindevorstandsetzung für derartige Witze nicht empfänglich ist

und nach gebührender Kennzeichnung durch unsere Genossen den Antrag in den Papierkorb wandern ließ, ist allerdings für die Spender betrüblich, ihr Geschimpfe daher auch erklärlich.

Die Arbeiterschaft wird sich durch derartige Täuschungsversuche nicht beirren lassen. Haben diese Gegner jeder gesunden Kommunalpolitik ein Interesse daran, ihre Handlungen möglichst dem Lichte zu entziehen, wir werden sie in bengalischer Beleuchtung vorsehen. Die Arbeiterschaft hat die Ehrenpflicht, auf dem Platze zu sein.

### Friedrichshagen.

Die Gemeindevorstandssitzung liegt von heute ab auch bei folgenden Genossen zur Einsichtnahme aus: Otto Franke, Friedrichstraße 98, Konsumgenossenschaft; H. Rehrmann, Schornweberstraße 110; A. Singuhr, Seeferstraße 38. Die Einsichtnehmenden werden ersucht, ihre Steuerzettel mitzubringen.

### Nieder-Schönhausen.

In der Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins erstattete der Bezirksleiter, Genosse Hellrich, den Halbjahresbericht. Aus demselben ist zu erwähnen, daß sechs Mitglieder-vereinigungen, eine öffentliche Versammlung und vier Flugblattverteilungen stattgefunden haben. Die Bibliothek enthält 216 Bände gegen 190 im Juli 1909. Für Versammlungen stehen uns im Bezirk 12 Lokale zur Verfügung. Den Kassenericht, welcher gedruckt vorlag, ergänzte Genosse Brückmann. Die Mitgliederzahl beträgt 255 männliche und 47 weibliche. Die Ergänzungswahlen hatten folgendes Ergebnis: Als zweiter Kassierer wurde Genosse Schaper, als Revisor Genosse Lehmann und in die Zeitungskommission Genosse Meyer gewählt. Bezüglich der Gemeindevorstandssitzung teilte Genosse Hellrich mit, daß in der ersten Klasse 31, in der zweiten 281 und in dritten 207 Wähler eingetragen seien. In der dritten Klasse sind zwei Hausbesitzer zu wählen, während in der ersten ein Mieter genügt. In früheren Jahren sind die Gegner mit 150 Papierstimmen aufmarschiert, denn jeder Wauplahbesitzer hatte eine Forenstimme zu verleihen. Hiergegen hat Genosse Müller Protest eingelegt, weil nach § 45 der Landgemeindeordnung solchen Besitzern ein Wahlrecht nicht zusteht. Daraus wurden die Berichte von der Kreisgeneralversammlung und von der Kreisversammlung erstattet. Eine anregende Debatte rief hierbei die Frage der Jugendheime hervor, an welcher sich die Genossen Vieh, Legien, Diege und andere beteiligten. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 30. Januar, eine Flugblattverteilung stattfindet.

### Reinickendorf-Sf.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins erstattete Genosse Schönberg zunächst Bericht über die Tätigkeit des Vereins und der Bezirksleitung im abgelaufenen Jahre. Es haben stattgefunden: 3 öffentliche, 3 General- und 5 Mitgliederversammlungen. Der Mitgliederbestand ist auch im abgelaufenen Jahre in erfreulicher Weise gestiegen. Derselbe betrug am 1. Januar 1909 452 männliche und 45 weibliche Mitglieder. 162 männliche und 51 weibliche Mitglieder traten neu hinzu, denen leider 88 männliche und 8 weibliche ausgeschiedene Mitglieder gegenüber stehen, so daß mit einem Reinzuwachs von 94 männlichen und 43 weiblichen Mitgliedern ein Mitgliederbestand von 546 männlichen und 89 weiblichen Mitgliedern vorhanden ist. Die gestiegene Mitgliederzahl kommt in erfreulicher Weise auch im Bericht des Kassierers zum Ausdruck. Die Einnahme an Beiträgen, Vons, Sammellisten usw. beträgt 1750,43 M., die Ausgaben 1880,78 M., davon sind an den Kreis 1088,83 M. abgeführt worden. Die Bibliothek wird, obgleich in steigendem Maße benutzt, noch immer nicht so gewürdigt, wie sie es verdient. Es sei daher an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß dieselbe an jedem Sonntagvormittag von 9<sup>1/2</sup>—11 Uhr geöffnet ist. Sie befindet sich im Lokale des Genossen Brückner, Provinzialstraße (Ecke Herdstraße). Die Benutzung ist kostenfrei. Veranlassungsfälle stehen uns vierzehn am Orte zur Verfügung, in Liebenwalde eins. In der Diskussion nahm die Erörterung einer Differenz des Vergütungskomitees mit dem Genossen Ramlow einen größeren Raum in Anspruch; es wurde anerkannt, daß das Vergütungsomitee nur seine ihm von der Mitgliederversammlung erteilten Aufträge ausgeführt, als es die Höhe des Lokals für die an einem Sonntag stattfindende Waisfeier und das ebenfalls an einem Sonntag abzuhaltende Sommerfest für die Abhaltung des Stiftungsfestes in H's Lokal zur Verfügung machte. Da Genosse Ramlow die erste Bedingung zwar als Opfer bezeichnete, sie jedoch akzeptierte, die zweite aber strikt ablehnte, war das Komitee gezwungen, auch für das Stiftungsfest ein anderes Lokal in Vorschlag zu bringen. Die beiden auscheidenden Revisoren Genossen Reikner und Röhre wurden wiedergewählt. Als Kandidaten für die bevorstehende Gemeindevorstandswahl wurden die Genossen Höpfer und Kühn nominiert. Die vom Vorstand beantragte Anstellung eines „Vorwärts“-Spekiteurs wurde nach Hinweis des Genossen Schönberg auf den heutigen unzulässigen Zustand genehmigt und der Genosse Gursch als Spekiteur gewählt; auch wurde der Bildung einer Expeditionsfirma zugestimmt. In Erledigung der vom Kreise den Bezirken übermittelten Anträge wurde den Vertretern im Kreise aufgegeben, für einen monatlichen Extrabeitrag von 5 Pf. für Agitationszwecke zu stimmen, dagegen hielt die Generalversammlung die Abhaltung einer Frauenkonferenz in diesem Jahre für überflüssig, da absolut keine die Frauen speziell berührende Frage die Öffentlichkeit beschäftigt.

### Tegel.

Die Freie Jugendorganisation von Tegel und Umgebung veranstaltete am Sonntag, den 30. Januar, in den „Vorhölzchen Festsälen“ in Vorkingwalde, Spandauer Straße, Ecke Conradstraße, einen Unterhaltungabend, bestehend aus Musik, Vortrag des Herrn Dominik über: „Proletarische Kunst“ mit Rezitationen. Hieran schließt sich ein gemütliches Beisammensein und Tanz. Die Veranstaltung beginnt nachmittags 4 Uhr und ist für Jugendliche sowie für deren Angehörige kostenlos, außer 10 Pf. Garderobengeldes. Wir bitten die Arbeiterschaft von Tegel, Wittenau-Vorkingwalde und Reinickendorf-Weh, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

## Vermischtes.

### Das überschwemmte Paris.

Das Hochwasser ist, wie aus Paris gemeldet wird, im Laufe der gestrigen Nacht noch gestiegen. Vorgestern abend um 10 Uhr wurde in Paris eine Steigerung der Seine um weitere 60 Zentimeter festgestellt, im oberen Laufe der Seine wurde um dieselbe Zeit eine Steigerung um weitere 74 Zentimeter gemessen. Ministerpräsident Briand hat den Betroffenen die Gebäude, die ehemals den Kongregationen gehörten, zur Verfügung gestellt. Künftig wird die Regierung auch Kasernen und Schulgebäude für die Opfer der Überschwemmung bereit halten. Den Deputierten des Seine-Departements erklärte Briand, die Lage sei auch weiterhin als sehr ernst aufzufassen. Alle kommandierenden Generale in den von der Überschwemmung nicht betroffenen Gegenden sind von Briand angewiesen worden, im Bedarfsfalle Hilfstuppen zu entsenden.

Das Wasser ist in die Druckerei des Rathhauses eingedrungen.

Man beschränkt, daß es auch in die Keller eindringen und die Heizungs- und Beleuchtungsanlagen betriebsfähig machen wird. In den Gewölben der Untergrundbahn zeigen sich schwere Beschädigungen. Am Canal du Louvre sind Arbeiter damit beschäftigt, die dort errichtete Schutzwehr zu erhöhen. Das Wasser ist in die Unterkellern des Museums eingedrungen. Es macht sich bereits ein Mangel an Lebensmitteln sichtbar, eine Anzahl von Wädern verlangt gegen hohe Doppelpreise.

Ein weiteres Pariser Telegramm vom gestrigen Tage besagt: Die gegen Morgen von der oberen Seine und ihren Nebenflüssen eingetrossenen Nachrichten lassen hoffen, daß die Ueberschwemmung in Paris ihren höchsten Stand überschritten hat und daß nunmehr ein Fallen des Wassers zu erwarten ist. Am Boulevard Berch ist eine Senkung des Gewölbes der Untergrundbahn erfolgt, große Wassermassen sind in den Tunnel eingedrungen. Da für die Hochhäuser Einsturzgefahr besteht, wurden die Bewohner aufgefordert, ihre Wohnungen zu räumen.

### Einsturz eines Gewölbes.

Paris, 27. Januar. Heute vormittag gegen 9 Uhr ist das Gewölbe der Orleansbahn bei der Rue Cit le Coeur eingestürzt; in der Rue de Lille hat sich das unterwählte Pflaster teilweise gesenkt. In der deutschen Botschaft ist das Wasser noch im Steigen begriffen. Die Untergrundbahn hält auf den Linien 2 und 3, von der Place de la Nation bis zur Rue Dauphine und von der Avenue de Villiers bis zur Avenue Gambetta ihren Betrieb aufrecht.

Eine Pariser Meldung von gestern abend lautet: Das Wetter ist heute in Paris trocken und die Nachrichten vom Oberlauf der Seine lauten besser, doch erwartet man für morgen noch ein Steigen der Flut um etwa 30 Zentimeter. Ein in der Nähe der Vorpflanzung des Pont Sully errichteter Damm ist geborsten, das Wasser überflutete den Canal und hob den Belag der Brücke empor. Der Stadtteil Berch ist vollständig geräumt. Der Verkehr auf dem Pont d'Arcole ist seit 10 Uhr vormittags unterbrochen, da die Brücke durch Schwenmholz bedroht wird. Im Palais Bourbon ist der innere Hof unter Wasser, und nur ein einziger Zugang zu der Deputiertenkammer noch vorhanden. In der Straße Traversiere ist die Decke eines Hauses eingestürzt, wodurch eine Person verletzt wurde. Der Cours la Reine und die benachbarten Straßen sind überschwemmt. Die Kanalisation an der Porte Courcelles ist geplatzt. Das Kaufhaus Printemps ist infolge der Ueberschwemmung der Kellerräume geschlossen worden. Das Rathaus von Jvry ist seit heute früh um 10 Uhr unter Wasser.

### Hochwasser-Nachrichten aus der Provinz.

Nach einem anderen Telegramm aus Paris laufen dort auch aus der Provinz fortwährend neue Hochwasser-Nachrichten ein. Neuilly-Plaisance (Seine et Oise) steht halb unter Wasser. Die ganze Ebene bei Rouen ist ein einziger See. Der See im Departement Hauts-Pyrenées sind überschwemmt. Die Zuflüsse des Lac du Bourget (Savoie) beginnen zu fluten, doch liegen im Gebirge noch beträchtliche Schneemassen. In Tours hat ein Wirbelsturm schweren Schaden angerichtet. — Im Witternacht traf die Nachricht ein, daß die Norme merklich sinkt. Auch aus Chateau Thierry und Troges lauten die Nachrichten günstiger. In Melun ist eine 5000 Kubikmeter Holz enthaltende Brücke von den Fluten weggerissen worden.

Die Saone nimmt fortgesetzt ab, obwohl etwa zehn Dorfschaften und ein Teil von Chalons sur Saone, Verdun sur le Doubs und Tournus noch unter Wasser sind. In der Nähe von Autun sind Brücken eingestürzt. Bei Jurbij bildet das Hochwasser einen gewaltigen See, der mit einer leichteren Eisdede überzogen ist. Rathhäuser und Schulen sind mit Kranken überfüllt.

In Villars bei St. Etienne wurden drei Arbeiter durch einen Erdrutsch verschüttet. Zwei Mann sind tot, der dritte wurde verletzt.

Der Wasserspiegel der Norme ist während der Nacht um einen Meter gestiegen. Die Brücke zwischen Alfortville und Jvry ist sehr bedroht, da die Seine um die Brückenbogen Trümmer aller Art angehäuft hat, namentlich auch zwei Getreidehöcker. Die Brücke ist erschüttert, schwankt und bildet gleichsam ein Stauewehr. Das Wasser ergießt sich in das umliegende Gelände. Die Jbge Paris-Bronn-Mittelmeer verkehren nur noch bis Maisons-Alfort. Dennoch scheint sich die Lage im allgemeinen zu bessern.

Ueber das Schicksal von acht Bewohnern der Insel St. Pierre, die am Zusammenfluß der Seine und Norme liegt, ist man sehr besorgt. Die Leute weigerten sich, ihre Behausungen, die seit drei Tagen von 4 Meter hohem Wasser umgeben sind, zu verlassen. Man befürchtet, daß sie ganz ohne Lebensmittel sind. In Alfortville weigerten sich 200 Einwohner ihre Häuser zu verlassen; sie konnten später mit Lebensmitteln versehen werden.

Noch immer auf der Suche. Die aus Amsteg gemeldet wird, brachen gestern vormittag ungeachtet der ungeheuren Schwierigkeiten (sowohl von Sintflut wie von Amsteg neue Rettungsaktionen zur Aufsuchung der zwei vermissten Touristen auf. Die eine Kolonne ist sieben, die andere zehn Mann stark; sie hoffen im Laufe des heutigen Tages bei Hüschütten aufeinander zu stoßen.

### Schnee und Sturm in Spanien.

Wie aus Madrid berichtet wird, werden aus verschiedenen Gegenden Spaniens starke Schneefälle und Hagelstöße gemeldet. In einigen Teilen der Provinz Saragossa liegt der Schnee einen Meter hoch.

In Coruna ist bei heftigem Sturm ein Fischerboot untergegangen, 11 Personen sind ertrunken. — In San Sebastian ist das Wasser gestiegen und in eine Anzahl Häuser eingedrungen.

### Ein Neffe Rampollas als Wechselfälcher.

Ein Neffe des Kardinals Rampolla, der Herzog von Campobello, ist, wie uns aus Rom gemeldet wird, dort wegen Wechselfälchung unter Anklage gestellt worden. Der hochgeborene Herr, der jetzt 34 Jahre alt ist, führte seit langem ein äußerst ausschweifendes Leben, für das seine nicht unbeträchtlichen Renten nicht ausreichten. Er half auf verschiedene Weise durch Wechselfälchungen nach und tat auch einmal einen tiefen Griff in die Kasse der altkatholischen Antiflobergesellschaft, deren Kassierer er war. Der Falschbetrag von 30000 Lire wurde vom Kardinal Rampolla beglichen. Trotdem fuhr der junge Lebermann fort, Wechsel und Bauscheitungen zu fälschen, so daß die Familie es durchsetzte, ihn wegen Verschwendungssucht unter Kuratel stellen zu lassen. Da die Familie nicht alle Gläubiger befriedigt hat, strengten mehrere Klagen an. Das Urteil, durch das die Kuratel verbängt wurde, soll nicht rechtskräftig sein, da es auf Grund ärztlicher Sachverständigen erfolgte, die allein von der Familie, die an der Bewahrung des Betrugs Interesse hatte, ernannt worden waren. Der Skandal in der sogenannten schwarzen Aristokratie ist ungeheuer. Geldverleiher und Kaufleute sollen um Hunderttausende geschädigt worden sein.

Ueber eine Eisenbahnkatastrophe wird aus Campobasso (Abruzzen) folgendes gemeldet: Infolge eines Erdrusses entgleiste in der Nähe der Station ein Eisenbahnzug. Zwei Wagon stürzten von dem Eisenbahndamm herab. Drei Personen wurden getötet und zehn leicht verletzt.

Antiklerikal Marktbericht der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur stark, Getreide reger, Preise für Oelfen- und Schweinefleisch nach oben, sonst un verändert. Milch: Futur genügend, Weichkäse reger, Preise fast un verändert. Weizen: Futur reichlich, Weichkäse lebhaft, Weizen gut. Rindfleisch: Futur reichlich, Weichkäse lebhaft, Weichkäse lebhaft, Butter und Käse: Getreide ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur genügend, Weichkäse sehr still, Preise wenig verändert.

Eingegangene Druckschriften.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das preussische Brautentum. - Die Bauernbewegung in Rumänien. Von Christian Klotz. - Eine Geschäftsordnungsreform und ihre Bedeutung. Von Friedrich Müller (Wien). - Die Kontingenzbewegung. Von Wilhelm Hänggen. - Der Untergang der Kleinrentiere. Von Fritz Thiem (Bremen). - Literarische Rundschau: 3. Act Harde, India. Impressions and Suggestionen. Von Karl Nabel. - Notizen: Die Arbeitsverhältnisse in den italienischen Bergwerken und Steinbrüchen. Von Oda Elberg. - Feuilletons.

Verkaufsmäßig. - H. S. 1. 1. und 2. Reim. - G. S. 1. 1. 2. und 3. Reim. - S. 20. 1. 2. 3. aber das Verzeichnis gilt nicht für Sie. 2. und 3. Reim. - G. Wulf 14. 1. Ein Recht auf Herausgabe der Möbel hat die Armenverwaltung nicht. Ihre Forderung müßten Sie eintragen und könnten dann allerdings pfänden. 2. Reim. 3. Teilen Sie der Armenverwaltung mit, daß Sie die Möbel für Ihre Verwandten aufbewahren. - J. W. 27. 1. u. 2. Ja, die Höhe des Schadens ist zu beweisen. 3. Und den pfändbaren Gegenständen kann der Wert sich halten. Der Lohn ist nicht pfändbar. - S. 130. 1. Reim. 2. Nach der herrschenden Ansicht der evangelischen Religionsgemeinschaft. - D. D. Die Rente würde etwa 17 bis 18 M. betragen. - S. 53. Wir haben wiederholt dringend vor dem Anschlag auf die Sankter Krankenkasse gewarnt. Die Statuten sind so unglücklich, daß sich mit Sicherheit nicht sagen läßt, daß Sie im Falle einer Klage zu dem, was Sie für Recht halten, kommen würden. - S. 123. Eine Schadenersatzpflicht des Vaters liegt nicht vor. Sie müßte nur vorliegen, wenn der Unfall bei gebrüderlicher Ausübung der Aufsichtspflicht vermieden worden wäre. - Gr. 1910. 1. Ja. 2. und 3. Reim. Die Gemeinde ist berechtigt, für die von ihr gemachten Auslagen auf die Gebühren der Invalidentversicherung Anspruch zu machen. - Regel 9. Eine Klage auf Zahlung des Lohnes hätte Anschlag auf Erfolg. Das Weihnachtsgeld ist nicht zurückzugeben, weil nur ein probenemmer Dienst vorlag. - G. S. 70. Wenn Sie vor dem Landgericht sich nicht durch einen Anwalt vertreten lassen, so kann durch Verfallensurteil zu Ihren Ungunsten entschieden werden. - W. S. 701. Nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1909. - B. S. 6. Von dem gültig geschlossenen Vertrage kann ein Rücktritt nur mit Einwilligung beider Teile stattfinden. - H. S. 8. Sie müßten Ihren Schaden beim Amtsgericht eintragen. Zur Einbehaltung der Miete können wir nicht raten, da Sie sich wahrscheinlich im Widerspruch dieses Rechts begeben haben. - J. S. 1. Bis zu erreichter Volljährigkeit (vollendetes 21. Jahr), falls nicht die Volljährigkeitserklärung durch das Vormundschaftsgericht auf Antrag bereits früher erfolgt ist. - W. S. 33. 1. Reim. 2. Eltern (Mutter) frühestens auf den 22. März, spätestens auf den 25. April. - M. S. 18. Reim, das Statut müßte zu einer dahingehenden Bestimmung enthalten. Sie würde aber als ungesetzlich nicht genehmigt sein. - Otto 76. 1. Ja. 2. Reim. - B. S. 60. Hildorf. 1. Ja. 2. In der Ehezeit gegen geringes Entgelt. - B. S. 60.

Ja. - J. S. 90. Unterlegen Sie die Miete bei der Unterlegungsstelle. Das ist das Geratene, wenn, wie in Ihrem Falle, vorliegende sich um das Recht auf die Miete streiten. - W. S. 1. Reim. - H. S. 97. 1. u. 6. Nach zureichender Ansicht sind Sie zu Unrecht ohne Rücksicht auf Sie von der Armenverwaltung Veräußerung nicht verpflichtet. Lehnen Sie die Zahlung ab. Zur Unterstüßung der Mutter sind Sie nur verpflichtet, wenn dadurch Ihre sonstigen Verpflichtungen, insbesondere der handwerkliche Unterhalt Ihrer Familie nicht beeinträchtigt wird. 2. Reim. 3. Schreiben Sie Ihre Mutter, so erben Sie auch die Schulden mit. Sie müßten der Erbschaft innerhalb sechs Wochen eintragen. 4. Die Kinder erhalten drei Viertel (jedes davon ein Drittel), die Frau ein Viertel des Nachlasses. 5. Da gibt es keine allgemeine Regel. 7. Ja. - B. S. 31. Das Recht besteht. - W. S. 1. Reim. 2. Ja, falls nicht nachgewiesen wird, daß innerhalb der letzten Zeit noch ein anderer intimer Verkehr getrieben hat. - H. 47. 1. Ja. 2. Reim. - S. W. 100. Ja, seit dem 1. Juli 1909. - G. S. 78. Die von Ihnen angeführten Gründe würden nicht zu einer Scheidungslage, sondern nur zu einer Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft als ausreichend erachtet werden. - W. S. Sie müssen leider zahlen. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß derjenige, der in eine neue Gemeinde wechselt, zur Vermeidung einer Doppelzahlung der Steuer für den ersten Monat gut tut, dafür zu sorgen, daß der Gemeinde seines früheren Wohnortes direkt noch vor dem Monat, in dem er übertritt, die Abmeldung zugeht. - H. S. 17. Ein Recht auf einen größeren Beitrag steht Ihnen leider nicht zu, doch kann derselbe Ihnen auf Antrag von der Versicherungsanstalt gewährt werden. - G. S. 51. Das wäre an sich gesetzlich zulässig. In der Regel wird davon aber Abstand genommen. - J. S. 33. Der Schein ist auch gültig, wenn er nicht geliepert ist. Der Stempel ist bei einem Stempeltributoren zu erwerben, er beträgt 3 Mark. - H. S. 30. 1. Die vorgedachte Miete kann genügen. 2. und 3. Die Klageeinreichung erfolgt erst später. 4. Wenden Sie sich an das städtische Amt. 5. Ihr Recht ist verjährt. Die Verjährungsfrist beträgt 2 Jahre. - G. S. 60. 1. Ja. 2. Die Gemeinde kann die Rückzahlung der Kosten verlangen. 3. Der auferlegte Erzeuger hat nicht das Recht, das Kind an sich zu nehmen. Die Krankenkasse oder die Gemeinde, welche für das Kind oder die Mutter georgt hat, kann gegen den auferlegenden Vater Regressansprüche erheben.

Briefkasten der Redaktion.

Die familiäre Erbschaft hat die Einkünfte 3, zweiter Colletter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl und wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Erbschaft um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Tag vorher und eine Zahl als Restzahlung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen tragen man in der Erbschaft vor.

B. N. 114. Leider läßt sich gegen das Urteil, da es rechtskräftig ist, nichts mehr machen. - Paulwitz 8. Sie können nur auf Befreiung der Miete und auf Schadenersatz beim Amtsgericht klagen. - R. N. 25. Der Selbstversicherer muß 500 Markten gestellt haben, sonst genügen 200 Markten. - H. S. 1. Die Klage ist rechtzeitig erfolgt; Ansprüche können Sie mit Erfolg nicht geltend machen. - W. S. 18. Die Ansprüche gegen den Erzeuger des Kindes verfahren erst in 30 Jahren von der letzten fruchtlosen Verbindung ab gerechnet. Sie können neue Verbindungs-

Verhältnisse machen. - H. S. 1. 1. und 2. Reim. - G. S. 1. 1. 2. und 3. Reim. - S. 20. 1. 2. 3. aber das Verzeichnis gilt nicht für Sie. 2. und 3. Reim. - G. Wulf 14. 1. Ein Recht auf Herausgabe der Möbel hat die Armenverwaltung nicht. Ihre Forderung müßten Sie eintragen und könnten dann allerdings pfänden. 2. Reim. 3. Teilen Sie der Armenverwaltung mit, daß Sie die Möbel für Ihre Verwandten aufbewahren. - J. W. 27. 1. u. 2. Ja, die Höhe des Schadens ist zu beweisen. 3. Und den pfändbaren Gegenständen kann der Wert sich halten. Der Lohn ist nicht pfändbar. - S. 130. 1. Reim. 2. Nach der herrschenden Ansicht der evangelischen Religionsgemeinschaft. - D. D. Die Rente würde etwa 17 bis 18 M. betragen. - S. 53. Wir haben wiederholt dringend vor dem Anschlag auf die Sankter Krankenkasse gewarnt. Die Statuten sind so unglücklich, daß sich mit Sicherheit nicht sagen läßt, daß Sie im Falle einer Klage zu dem, was Sie für Recht halten, kommen würden. - S. 123. Eine Schadenersatzpflicht des Vaters liegt nicht vor. Sie müßte nur vorliegen, wenn der Unfall bei gebrüderlicher Ausübung der Aufsichtspflicht vermieden worden wäre. - Gr. 1910. 1. Ja. 2. und 3. Reim. Die Gemeinde ist berechtigt, für die von ihr gemachten Auslagen auf die Gebühren der Invalidentversicherung Anspruch zu machen. - Regel 9. Eine Klage auf Zahlung des Lohnes hätte Anschlag auf Erfolg. Das Weihnachtsgeld ist nicht zurückzugeben, weil nur ein probenemmer Dienst vorlag. - G. S. 70. Wenn Sie vor dem Landgericht sich nicht durch einen Anwalt vertreten lassen, so kann durch Verfallensurteil zu Ihren Ungunsten entschieden werden. - W. S. 701. Nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1909. - B. S. 6. Von dem gültig geschlossenen Vertrage kann ein Rücktritt nur mit Einwilligung beider Teile stattfinden. - H. S. 8. Sie müßten Ihren Schaden beim Amtsgericht eintragen. Zur Einbehaltung der Miete können wir nicht raten, da Sie sich wahrscheinlich im Widerspruch dieses Rechts begeben haben. - J. S. 1. Bis zu erreichter Volljährigkeit (vollendetes 21. Jahr), falls nicht die Volljährigkeitserklärung durch das Vormundschaftsgericht auf Antrag bereits früher erfolgt ist. - W. S. 33. 1. Reim. 2. Eltern (Mutter) frühestens auf den 22. März, spätestens auf den 25. April. - M. S. 18. Reim, das Statut müßte zu einer dahingehenden Bestimmung enthalten. Sie würde aber als ungesetzlich nicht genehmigt sein. - Otto 76. 1. Ja. 2. Reim. - B. S. 60. Hildorf. 1. Ja. 2. In der Ehezeit gegen geringes Entgelt. - B. S. 60.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 28. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. La Traviata. Königl. Schauspielhaus. Strand. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen. Neues. Der Philosoph von Sanssouci. Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung. Kommerzielle. Der Arzt am Scheidewege. (Auf. 8 Uhr.) Anfang 8 Uhr. Sessing. Tanti der Rarr. Neues Schauspielhaus. Oskus. Komische Oper. Das Iol der Liebe. Berliner. Hohe Politik. Gebel. Die Revolutionstochter. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Wehen. Die geschiedene Frau. Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg. Urania. Suridans Esel. Kleines. Der große Name. Weiden. Im Landenschatz. Thalia. Die Dollarprinzessin. Schiller O. (Theater.) Viel Lärm um Nichts. Sch. Charlottenburg. Der Heineidbauer. Friedrich-Wilhelmsstadt. Galali. Volkoper. Der Trompeter von Säckingen. Lützen. Gemal. Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Metropoli. Galali II - Die große Krone. Folies Caprice. Eider II. Säger. Unter Teil. Der Mann meiner Frau. (Auf. 8 1/2 Uhr.) Casino. Der Überganger. Wehr. Herrsche. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel. Galali. Der Holzschuh. (Auf. 8 1/2 Uhr.) Noads. Buchschiel. (Auf. 8 1/2 Uhr.) Wonne. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Palast. Spezialitäten. Wagon. Spezialitäten. Bughagen. Spezialitäten. Siar. Daberland. Spezialitäten. Waha. Spezialitäten. Urania. Tantenstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Dr. H. Berger: In schiffes Wildkammern. Sternwarte. Anandent 37-62.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr Dr. A. Berger: In Afrikas Wildkammern. Residenz-Theater. Direktion: Richard Megander. Abends 8 Uhr: Im Landenschlag. Schwank in 3 Akten von Hennequin und Weber. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, den 30. Januar, 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Gretchen. Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Anfang 7 1/2 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Luisen-Theater. Gastspiel Lucie Blerna. Heimat. Schauspiel von Hermann Sudermann. Regie: Lucie Blerna. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: Hansel u. Gretel. 8 Uhr: Lolos Vater. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen. 8 Uhr zum erstenmal: Der Weihnachtsfest.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Freitag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um Nichts. Lustspiel in 5 Akten v. W. Schlegel. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Hobbs. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Sonntag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um Nichts. Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Der Heineidbauer. Vollständ. in 3 Akten von Ludw. Angenruber. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Heineidbauer. Sonntag, abends 8 Uhr: Maria Stuart. Brauerei Friedrichshain am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins. Heute Freitag: Großes Schlachtfest sowie Bräuterei der drei längsten Domengänge und der drei größten Herrngläser (modernster Kochstuhl) 100 M. Geldpreise in bar. Der berühmte Schorsch Ehrengreber Festwirt mit seiner Truppe (90 Mitwirkende) aus München. Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114. Täglich: Großes Bockbier-Fest in den bayerischen Alpen. Baron Muckls Bauernkapelle. - Andreas Hoftruppe. Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Macapa Rossi. Schneider Duncker Mile. Farfalla und das sensationelle Januar-Programm. Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin! 50 wilde Weiber Männer, Kinder. Drei Negerdörfer Ohne Extra-Entree! Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirnau. Burgstraße 24, am Bahnhof Wetz. Das sensationelle Januar-Programm. u. a.: Kapit. Frahn's dress. Seelöwen. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. bis 2 M. Borgustorien, zu halben Preisen gültig, überall. Sanssouci, Kottbusser Straße 2. Direction Wilhelm Kalmr. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutscher Sänger und Tanztruppe. Stets neues, hochaktuelles Programm. Die modernsten Schläger. Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 U.

Zirkus Schumann. Freitag, den 28. Januar 1910, abends 7 1/2 Uhr: Ausserordentl. große Vorstellung. Auftreten des Kammissionsrats Gustav Stensbeck als Gast mit seinen neuen hervorragenden Schülern. Der kleinste komische Reiter der Welt. Original-Bagonghi. Der Prof. Mensch de Marlow unübertrefflich in f. Leistungen. Die neuen u. modernen Dressuren v. Dr. Albert Schumann. Sergeant Brennan, berühmter Diabolospieler. Am 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr. Die drei Rivalen. Große Feerie in 3 Akten. Sonntag: Zwei Vorstellungen. Circus Sarrasani. Alter Botan. Garten. Eingang Grunewaldstr. Täglich abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung. - Mittwoch, Sonnabend, Sonntag und Feiertage: 2 Vorstellungen mit aurohaun gleichreichhaltig. Programm nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. z. Feldweibel halbe Preise.

Zirkus Busch. Heute Freitag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Galabend. Sisters Curtis! Luftserpentin-Akt. Hr. Heleerich Fills, Schulleiter. Die Horandis. Phänomenale Leiterakrobatik v. Frl. Kremler v. Herr E. Schumann, Meisterdross. 9 Uhr ca. Ende 11 1/2 Uhr. Die russische Pantomime. Marja. Vorher das große Galaprogramm. Königstadt-Kasino. Polmarstraße 72. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Franz Sobanski, Ida Wittbas, Elsa Gohl, Viktor Ritter, Willy u. Oskar Luol, Mtr. Goltz, Wink, Krumann, Gregg und Schellu Kramer-Lio ufm. Familie Knope. Vollständ. m. Anfang v. D. Richter. Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr. Bughagen am Moritzplatz. 7 1/2 Uhr. Im oberen Saale: Die glänzenden Spezialitäten. Heute 9 1/2 Uhr riegen: 2 gr. Entscheidungskämpfe: Jila Heta, Kuba Heta, Koepell Paul Schibilaki. Ferner riegen: Gambler Pettisjan, Frankel Berlin. Im unteren Saale: Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest mit Doppel-Konzert. Karl Haverland. Anfang Theater, präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79. Das glänzende ersteilfge Januar-Programm. Schläger auf Schläger!

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr. Faust. Tragödie von Goethe. I. Teil. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schneewittchen. 8 Uhr: Die Herren Zöhne. - Sonntag nachm. 3 Uhr: Faust. Abends 8 Uhr: Die Herren Zöhne. Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. WINTERGARTEN. Letzte Woche! Olga Desmond, die Berühmtheit der 'Schönheits-Abende' sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Januar-Attraktionen! Folies Caprice. Sicher ist sicher. Unter Teil. Der Mann meiner Frau. Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Apollo Theater. Nur noch 4 Tage! 8 Uhr. Henry Bender als Prinz Piane. 9 Uhr 15: Lotte Sarrow i. Tr. Minodrama 'Die Ehebrecherin'. 9 Uhr 45: Schimpanse. Konsul James Grant. Dienstag, 1. Februar. Premiere der Operette: Der Liebeswälder mit Konrad Dreher u. G. Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5063. Durchschlagendster Erfolg! 'So muß man's machen' Ein Rettungsmittel. Komödie v. L. Dana. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis 2 Uhr. Sonntag nachmittag 4 Uhr: Die beiden Bindelbands. W. Noacks Theater. Oranienstr. 16, am Rosenhaleer Tor. Freitag zum letztenmal: Die lustigen Weiber von Windsor. Das grobe Hemd. Casino-Theater. Goldbinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: Sensationeller Vorkurs! Der Überganger. Lustspiel in drei Akten von 1811. Vorher: Das ersteilfge bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trudhens Sommerreise.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 30. Januar 1910: Der Walzerkönig. Große Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt. Pufft von G. Steffens. Waha. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Berliner Theater. Abends Hohe Politik. 8 Uhr: Morgen 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Denison Schüller. Neues Theater. Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Der Philosoph von Sanssouci. Morgen und folgende Tage: Der Philosoph von Sanssouci. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, den 28. Januar, 8 Uhr: Galali. Sonnabend: Im Bunter Hof. Sonntag nachm. 3 Uhr: Oskus. Abends 8 Uhr: Galali. Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 2, a. d. Luisenstr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonnt. 8 Uhr: Der Zignosbaron. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr. Faust. Tragödie von Goethe. I. Teil. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schneewittchen. 8 Uhr: Die Herren Zöhne. - Sonntag nachm. 3 Uhr: Faust. Abends 8 Uhr: Die Herren Zöhne. Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. WINTERGARTEN. Letzte Woche! Olga Desmond, die Berühmtheit der 'Schönheits-Abende' sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Januar-Attraktionen! Folies Caprice. Sicher ist sicher. Unter Teil. Der Mann meiner Frau. Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

Wahalla. Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Podbiereck. Regimentskapelle. Schrammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt! Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel. Voigt-Theater. Gellendbrunnen. Badstr. 55. Freitag, den 28. Januar 1910: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Akten von Schönthan. Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Berpentin. u. F. Moysel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Biletts heiß 8 Tage vorher.

